Bezirksverband der GEW · 60313 Frankfurt · Bleichstraße 38a

D 6402 F
Postvertriebsstück · Gebühr bezahlt

FLZ Nr.5-2012
Jahrgang 33
Dezember 2012

FLZ
ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL-, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH

Die Frankfurter GEW bei der Streikdemo am 17. 11. 2009 in Wiesbaden

Tarif, Besoldung und Arbeitszeit – treten wir 2013 gemeinsam für unsere Interessen ein!

Anfang 2013 beginnt die heiße Phase einer neuen Tarif- und Besoldungsrunde für die Landesbediensteten in Hessen und in den anderen Bundesländern. Betroffen sind auch die Beschäftigten an der Goethe-Universität Frankfurt und an der TU Darmstadt.

Beamtinnen und Beamte sind aufgerufen, sich an der Tarif- und Besoldungsrunde 2013 insgesamt zu beteiligen. Denn wie bereits 2009 und 2011 verlangen die Gewerkschaften auch 2013 die Übertragung der Arbeitszeit- und Einkommensentwicklung im Tarifbereich auf die Beamtinnen und Beamten der Länder und der Kommunen.

Das Land Hessen führt eigene Tarifverhandlungen, weil es seinerzeit aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgeschert ist. Allerdings haben die Auseinandersetzungen und Verhandlungen mit der TdL eine gewisse Signalwirkung.

Zudem steht in Hessen nach wie vor die Übertragung der tarifvertraglich seit 2010 geltenden Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche auf den Beamtenbereich bzw. auf die Pflichtstundenregelung der Lehrkräfte aus.

Inzwischen hat die Bundestarifkommission-Länder (BTK-L) der GEW getagt und die unten stehenden Forderungen beschlossen.

Diese müssen allerdings noch mit den anderen Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes abgestimmt werden. Dies wird am 11. 12. 2012 geschehen. Wir werden auf der GEW-Homepage das Ergebnis veröffentlichen.

Hessens Beamtinnen und Beamte: weit abgeschlagen!

Eine Ursache dafür, dass dies gelingen konnte, ist in der Arbeitszeitverlängerung für Beamtinnen und Beamte im Rahmen der Operation „düstere Zukunft“ auszumachen. Aktuelle Berechnungen des DGB zeigen: Hessen liegt im Bundesländer-Vergleich der Jahresbruttobesoldung 2012 zwar im Mittelfeld – abhängig von der Besoldungsgruppe mal etwas weiter vorne, mal weiter hinten. Werden bei diesem Vergleich aber die in den Bundesländern und beim Bund unterschiedlichen Arbeitszeiten einbezogen, fällt Hessen bei allen Besoldungsgruppen auf den vorletzten oder drittletzten Platz zurück. Das gilt entsprechend auch für die Lehrkräfte, da Hessen bei der Lehrerarbeitszeit in den vergangenen Jahren ebenfalls auf dem letzten oder vorletzten Platz im Ländervergleich rangierte.

Schlechter als Hessen behandelt nur noch Berlin seine Beamtinnen und Beamten. Wiewohl an anderer Stelle die Regierung in Wiesbaden nicht müde wird zu betonen, dass das Land im Hinblick auf seine Finanzkraft glänzend da stehe und auch wieder 2011 der größte Pro-Kopf-Einzahler in den Länderfinanzausgleich gewesen sei.

Es ist also richtig, auch weiterhin die Übertragung der 2009 tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeit auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten sowie der Lehrkräfte zu fordern. Für die Beamtinnen und Beamten ist es wichtig, in die Tarif- und Besoldungsrunde 2013 einbezogen zu werden, um einem weiteren Abkoppeln der Einkommensentwicklung entgegen zu wirken.

Am 13.11.12 fand die Sitzung der GEW-Tarifkommission Land Hessen, der Goethe Uni u. TU Darmstadt statt.
Hier die wichtigsten Beratungsergebnisse zur Tarif- und Besoldungsrunde 2013:

1. Kündigung der Entgelttabellen des TV-H zum 31. 12. 2012
2. Die Forderung der GEW zur Entgelterhöhung soll linear sein und 6,5% betragen
3. Mit den Arbeitgebern soll eine Vereinbarung zur stufenweisen Reduktion der befristeten Beschäftigungsverhältnisse auf 50% des derzeitigen Niveaus an Schulen und Hochschulen getroffen werden.
4. Am 11. 12. 12 sollen die Forderungen mit Verdi abgestimmt werden.
5. Verhandlungsauftaktrunde für Hessen am 01. 02. 2013
6. Voraussichtlich Ende Februar 13 / Anfang März13 erste Warnstreiks in Hessen. Beamte sollen zu Warnstreiks nicht aufgerufen werden. (Vom letzten Streik sind noch Missbilligungen in den Akten) Selbstverständlich sollen die beamteten LehrerInnen in ihrer unerrichtsfreien Zeit an den Warnstreiks teilnehmen.
7. Die Forderung der Übertragung der tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeit von 40 Wochenstunden auf BeamteInnen bleibt bestehen.

An **Schwarz-Grün** in Frankfurt: **Lasst endlich die Hände von den PPP-Finanzprodukten!**

Die sind desaströs für die städtischen Finanzen, für die kommunale Demokratie, widersprechen einer nachhaltigen Politik und bedienen die Finanzlobby!

Die GEW hatte ebenso wie andere Kritiker von Finanzprodukten in Staat und Kommune angenommen, dass nach dem für die Stadt nicht ganz billigen Scheitern des Frankfurter Brückenprojekts in der Form von ‚Public-Private-Partnership‘ endlich Vernunft in den Römer einkehren würde. Und dass die Argumente gegen PPP und für die vielfältigen zarten Ansätze von Rekommunalisierung bei den politisch Verantwortlichen angekommen seien.
Diese sind:

- PPP ist i.d.R. teurer als Bau und Betrieb in kommunaler Eigenregie. PPP entzieht somit die dringend benötigten Mittel für weitere wichtige staatliche und kommunale Projekte.
- PPP ist ein Finanzprodukt, mit dem viele Firmen von der Beraterbranche bis zu den großen Finanzinstituten eine Menge Geld auf Kosten von Staat und Kommune verdienen. Auch im Fall des PPP-Produkts IGS-West ist eine große Bank im Spiel, nämlich die Württembergische Landesbank.
- Vergleichsrechnungen, die für die staatliche oder kommunale Eigenregie sprechen, werden entweder nicht gemacht oder von ‚Beraterfirmen‘ einseitig geschönt.
- PPP entzieht den gewählten Politikern das Kontrollrecht, weil alle relevanten Daten unter das Geschäftsgeheimnis fallen.
- Somit wird die Demokratie ausgehebelt. Ähnlich den ‚Rettungsschirmen‘ in der Finanzkrise. Die Androhung von Ordnungsgeldern wie jüngst gegenüber den Piraten im Römer zeigt, dass private Geschäftsinteressen höher eingestuft werden als demokratische Transparenz.
Die Bedrohung der Demokratie durch Finanzgeschäfte ist mittlerweile selbst im bürgerlichen Lager angekommen, wie die entsprechenden Kommentare in der FAZ gezeigt haben. Dies ist auch bitter nötig, denn ohne diese Unterstützung wäre sicher auch die Vorbereitung des Bürgerbegehrens zum „Cross-Border-Leasing“ der Frankfurter U-Bahn 2003 nicht so erfolgreich gewesen. Und die Stadt Frankfurt hätte – wie viele andere Kommunen – ein erhebliches Problem mehr gehabt!
- PPP legt Staat und Kommunen über extrem lange Zeiträume, meist 30 Jahre einseitig fest. Anpassungen und Veränderungen, soweit überhaupt möglich, gehen dann i.d.R. zu Lasten von Staat und Kommunen, weil ansonsten das PPP-Finanzprodukt nicht mehr gewinnbringend handelbar ist. Dazu gehört auch die ‚Forfaitierung mit Einredeverzicht‘.
- PPP führt i.d.R. auch nicht zu schnelleren Investitionen, wie zahlreiche Beispiele gezeigt haben. Meist führen die selbst verschuldeten mangelhaften Planungen zu der nachträglichen Rechtfertigung, es ginge nicht anders.

Leider sieht es jedoch so aus, dass alle diese immer wieder vorgetragenen Argumente bei den politisch Verantwortlichen in dieser Stadt – und das sind im Wesentlichen CDU und Bündnis 90/Grüne – abprallen. Und dies, obwohl sich sogar die privaten Medien ebenso wie das städtische Revisionsamt, zu dessen Aufgaben auch die Korruptionsbekämpfung gehört, kritisch zu Wort melden.

Dass man im Frankfurter Magistrat schon zu dem Mittel von Umetikettierungen greift, lässt vermuten, dass man ohne diesen Trick nicht glaubt, PPP so leicht wie früher durchsetzen zu können. Tatsächlich sollten Bau und 30-jähriger Betrieb der neuen IGS-West auch als „Mietkaufmodell“ durchgehen. Selbst die SPD in Frankfurt scheint darauf hereingefallen zu sein.

In der Zwischenzeit sind in Frankfurt eine Vielzahl neuer PPP-Produkte aufgelegt worden. Dies verwundert auch nicht in der Finanzmetropole Frankfurt und angesichts mächtiger Lobbyisten von PPP, zu denen über Tagungen wie jüngst in Frankfurt eigene „Task-Forces“ und die dazu passenden Politiker gehören.

Diese Interessen und Interessenverquickungen müssen offen gelegt werden. Es muss langsam Ernst gemacht werden, die Banken „an die Leine zu legen“. Schlagzeilen in den Medien reichen nicht.

Die vielfältigen Ansätze erfolgreicher Rekommunalisierung bzw. Rückgewinnung staatlicher Gestaltungsmöglichkeiten sollten uns Vorbild sein!

Herbert Storn

Erklärung zum Dienstrechtmodernisierungsgesetz auf Seite 9

Die GEW wünscht Euch viel Kraft, Durchsetzungsvermögen und Gesundheit im neuen Jahr!

Umsetzung der Inklusion in Frankfurt Auch ein wichtiges Thema in der Personalvertretung

Das Themengebiet der Inklusion beschäftigt auch den Gesamtpersonalrat und die Schulpersonalräte in vielfältiger Art und Weise. Über die Arbeit im Gesamtpersonalrat berichten für die GEW-Fraktion Maike Wiedwald und Sebastian Guttmann.

Abordnungen von Förderschullehrkräften

Abordnungen von Förderschullehrkräften vom regionalen BFZ an allgemeine Schulen zur Durchführung der „Inklusiven Beschulung" (die nach unserer Auffassung nichts mit der Vorstellung von Inklusion der UN-Behindertenrechtskonvention zu tun hat) beschäftigen Schulpersonalräte und den Gesamtpersonalrat (GPRLL) gleichermaßen.

Vor kurzem wurden dem GPRLL die Verteilungspläne der regionalen Beratungs- und Förderzentren vorgelegt, die wir in unserer Prüfung der Abordnungen mit einbeziehen werden. Daran, wie lang diese Beschäftigung mit am Beginn des Schuljahres vollzogenen Maßnahmen andauert, kann man sehen, wie wenig das Hessische Kultusministerium die Folgen des eigenen Gesetzes (bzw. Verordnung) bedacht hat. Wären die benötigten Förderschullehrkräfte Mitglieder der Kollegien der allgemeinen Schule, könnte man sich nicht nur diesen großen Verwaltungsaufwand sparen, sondern auch die Förderung der jeweiligen Kinder viel mehr an deren Bedürfnissen orientieren.

Auswirkung der neuen Pflichtstundenverordnung

Auch die Auswirkungen der neuen Pflichtstundenverordnung beschäftigen uns in diesem Zusammenhang. Durch die Festlegung der Pflichtstundenzahl für Förderschullehrkräfte auf 28 (unabhängig von ihrem schulischen Einsatzort) entstand vor allem an der Ernst-Reuter-Schule ein rechnerischer Stundenüberhang. Konnten in den Sommerferien (bei abgeschlossener Planung des Schuljahrs) noch Abordnungsmaßnahmen verhindert werden, so unternimmt das Staatliche Schulamt zum 01. 02. 13 einen weiteren Versuch, beim laufenden Betrieb Lehrkräfte von der Schule weg abzuordnen. Wir finden ein solches Vorgehen nicht hinnehmbar.

Feststellung eines Anspruchs auf sonderpädagogische Förderung

Bei verschiedenen Treffen mit Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen „inklusiv" beschulenden Schulen zeigte sich, dass ein großer Bedarf an Informationen über das Zustandekommen eines Anspruchs auf Förderbedarf und der Zuweisung der der Schule zustehenden Förderschullehrerstunden besteht. Aus diesem Grund umreißen wir hier noch einmal kurz den (theoretischen) Ablauf eines Verfahrens zur Prüfung, ob ein Anspruch auf sonderpädagogische Förderung besteht.

Wenn bei einem Kind an der allgemeinen Schule ein Anspruch auf sonderpädagogische Förderung in Frage käme und die allgemeinen unterstützenden Maßnahmen nicht ausreichen, muss beim zuständigen Regionalen Beratungs- und Förderzentrum eine „förderdiagnostische Stellungnahme" angefordert werden. Auf Grundlage dieser Stellungnahme wird dann ein Förderausschuss von der Schulleitung der allgemeinen Schule einberufen.

Stimmberechtigte Mitglieder des Förderausschusses sind: Schulleiter/in der allgemeinen Schule, Lehrkraft der allgemeinen Schule (die das Kind unterrichtet), Lehrkraft vom R-BFZ, Eltern, unter Umständen ein Vertreter/ eine Vertreterin des Schulträgers (falls besondere räumliche oder sächliche Leistungen erforderlich sein könnten). Bei Bedarf können auch noch andere Personen, die mit dem Kind arbeiten und in §54 (3) genannt werden, beratend am Förderausschuss teilnehmen. Der Förderausschuss soll eine Empfehlung über Art, Umfang und Organisation der sonderpädagogischen Förderung abgeben. Fällt diese einstimmig aus (hierzu ist eine Abstimmung notwendig!) und wird vom Staatlichen Schulamt genehmigt, entscheidet der Schulleiter/ die Schulleiterin der allgemeinen Schule über die genannten Punkte und ob das Kind an dieser Schule (weiter) beschult werden kann. Gibt es keine einstimmige Empfehlung, wird dies vom Staatlichen Schulamt entschieden.

Es gibt aber einen Haken: Unabhängig davon, wie viele Förderausschüsse stattfinden und wie viele Kinder „inklusiv beschult" werden, bleibt die Zahl der dafür zur Verfügung stehenden Stunden immer gleich. Verteilt werden diese Stunden über die regionalen Beratungs- und Förderzentren. Bevor Förderausschüsse an einer Schule einberufen werden, sollte zunächst einmal geklärt werden, wie viele Stunden für sonderpädagogische Förderung der allgemeinen Schule vom R-BFZ zur Verfügung gestellt werden.

Dies war nur eine kurze und nicht ins Detail gehende Ablaufschilderung. In diesem Zusammenhang weisen wir auf die GEW-Veranstaltung „Was passiert im Förderausschuss?" am 07. 02. 2013 hin (siehe auch Veranstaltungen), die sich vor allem an Regelschullehrkräfte wendet, die an einem Förderausschuss teilnehmen sollen.

Pilotregion Süd zur Inklusion

Der Gesamtpersonalrat begleitet die Initiative zur Installierung einer Pilotregion Süd zur Inklusion kritisch. Es hat schon vor einigen Wochen ein Treffen der Schuleiter/innen der Grundschulleitungen im Frankfurter Süden mit dem Staatlichen Schulamt und der Stadt Frankfurt gegeben. Dort wurden die ersten Überlegungen vorgestellt und Grundschulen gebeten sich zu bewerben. Geplant ist, mit drei bis vier Grundschulen zu beginnen. Die Grundschulen sollen nur Kinder zur inklusiven Beschulung aufnehmen müssen, die auch im Schulbezirk wohnen. Koordiniert werden soll die Inklusive Beschulung von den Grundschulen und dem Regio-BFZ Wallschule und dem Zentrum für Erziehungshilfe. Die Stadt Frankfurt will 200.000 – 250.000 Euro in dieses Projekt investieren, das Staatliche Schulamt unterstützt dieses Projekt mit einer Stufenleiter/innenstelle. Bewerbungsschluss soll für die Schulen der Region der 25. Januar 2013 sein. Jetzt ist bekannt geworden, dass noch ein Antrag beim HKM gestellt werden muss, um ein Modellprojekt zur Inklusion genehmigen zu lassen. Was das für den geplanten Beginn des Projekts zum kommenden Schuljahr bedeutet ist noch ungewiss.

So wird Inklusion an die Wand gefahren!

GEW fordert Kultusministerin Beer auf, einzuschreiten

Das Modell des gemeinsamen Unterrichts an der Ernst-Reuter-Schule II sollte für das Kultusministerium eigentlich Vorbild für eine flächendeckende Umsetzung der Inklusion sein. Stattdessen wird ein über Jahre erfolgreiches Modell schrittweise abgebaut.

Nun erreicht uns die Mitteilung, dass die Schule vom Staatlichen Schulamt Frankfurt aufgefordert wurde, mitten im Schuljahr, nämlich zum 1. Februar 40 weitere Förderlehrerstunden, das sind eineinhalb Lehrerstellen, „abzubauen".

Das bedeutet, dass die abgeschlossene Planung für das laufende Schuljahr vollkommen über den Haufen geworfen wird, inklusive Ansätze zerstört, pädagogische Arbeit entwertet und die betroffenen Schüler extrem benachteiligt werden.

So kann schon eine Regelschule nicht arbeiten, eine Schule mit inklusivem Konzept schon gar nicht.

Die GEW fordert zusammen mit der alarmierten Öffentlichkeit Kultusministerin Beer, FDP, auf, direkt zu intervenieren und eine derartig destruktive Maßnahme mitten im Schuljahr im Interesse aller Betroffenen zu stoppen!

Die GEW fordert zweitens, über lange Jahre erprobte und nachweislich erfolgreich praktizierte Modelle von Inklusion wie den Gemeinsamen Unterricht nicht weiter aufzulösen!

Dazu gehört, dass Förderschullehrkräfte an den Regelschulen bleiben.

Der Ressourcenvorbehalt aus dem Schulgesetz muss gestrichen werden.

Presseerklärung vom 29.11.2012, Kultusministerin Beer, FDP am 30.11.2012 persönlich überreicht

Aus umliegenden Kreisen

Offener Brief an Frau Kultusministerin Nicola Beer vom 10. 11. 2012 der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer an den Schulen in Stadt und Kreis Offenbach an

Diese Verantwortung können wir so nicht tragen!

Das staatliche Schulamt Offenbach (Stadt und Kreis) teilte dem Gremium des Gesamtpersonalrats mit, dass die alleinige Verantwortung für die inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen vor allem den Klassenlehrerinnen und –lehrern der Regelschulen obliegt. Sie alleine sind für die Förderplangestaltung zuständig.

Hierzu möchten wir folgendes anmerken: Wir haben uns bewusst für das Studium der Grundschulpädagogik entschieden und nicht für das Studium der Sonderpädagogik. Genau diese sonderpädagogische Unterstützung halten wir aber für eine wichtige Voraussetzung, um den betroffenen Kindern eine qualifizierte Bildung zu vermitteln.

Wir wehren uns nicht gegen die inklusive Beschulung als solche, im Gegenteil, fordern aber in diesem Rahmen ausreichenden kontinuierlichen, begleitenden Unterrichtseinsatz durch Förderschullehrerinnen und -lehrer , die in der täglichen Praxis die Verantwortung für eine qualifizierte Bildung der Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigung in Zusammenarbeit mit uns Grundschullehrerinnen und -lehrern übernehmen. Eine sporadische Beratung reicht nicht aus.

Darüber hinaus fordern wir, die Bedingungen für eine inklusive Beschulung so zu gestalten, dass sie letztendlich auch gelingen kann:

- Kleine Klassen! Auf keinen Fall dürfen die Klassenobergrenzen des Gemeinsamen Unterrichtes überschritten werden.
- Zeitliche Entlastung für die Kooperation des Teams.
- Die personelle Versorgung inklusiver Beschulung muss förderliche und arbeitsfähige Strukturen durch Kontinuität und Verlässlichkeit für alle Beteiligten gewährleisten.
- Erhalt von Kleinklassen und Sprachheilklassen! Auf die Präventivarbeit kann nicht verzichtet werden.
- Präventivarbeit bereits vor der Grundschule (ausreichende Angebote für Vorlaufkurse etc.)!
- Pflichtstundenreduzierung für die Grundschullehrkräfte, da die gleichberechtigte Arbeit in multiprofessionellen Teams im inklusiven Unterricht eine ungleiche Pflichtstundenregelung nicht verträgt und die Pflichtstundenkürzung für Förderschullehrkräfte an Grundschulen nach § 1 Abs.2 Pkt.2 PflichtstdVO auch für die Grundschullehrkräfte dringend erforderlich ist.

Sehr geehrte Frau Beer, unter den gegebenen Umständen sehen wir uns nicht in der Lage, für die qualifizierte Bildung der Kinder mit Beeinträchtigungen die Verantwortung zu übernehmen.

Es ist unverantwortlich, uns diese Verantwortung zu übertragen!

Resolution der Personalversammlung der ERS II vom 13.11.12

Gegen den Abbau von Förderlehrerstunden im laufenden Schuljahr

Das Kollegium der Ernst-Reuter-Schule II hat mit Unverständnis und Entsetzen die Forderung des Staatlichen Schulamtes Frankfurt nach Abbau von 40 Förderlehrerstunden im laufenden Schuljahr zur Kenntnis genommen.

Die Schule war aufgefordert ein Konzept zum Abbau des Stundenüberhangs vorzulegen, was sie auch termingerecht getan hat. Zu Beginn des Schuljahres 2013/ 2014 wird es dementsprechend keine überzähligen Förderlehrerstunden an der Ernst-Reuter-Schule II mehr geben.

Dass nun schon zum 1.2.2013, also im laufenden Schuljahr, dessen Planung in Bezug auf Unterrichtseinsatz bzw. Lehrerversorgung für alle abgeschlossen ist, Förderlehrkräfte unserer Schule abgeordnet werden sollen und die Entscheidung über Personenkreis und Stundenumfang bereits im Dezember fallen soll, steht der Fürsorgepflicht des Schulamtes für seine Bediensteten entgegen und ist für alle Beteiligten unzumutbar und in höchstem Maße sozial unverträglich.

Wir fordern das SSA auf, im Rahmen dieser Fürsorgepflicht, insbesondere im Hinblick auf Kontinuität und Verlässlichkeit, den Abbau des Stundenüberhangs so zu gestalten, dass allen Betroffenen, nämlich der Schulleitung, der Lehrer-, der Schüler- und der Elternschaft die Möglichkeit gegeben wird, sich auf die einschneidenden Folgen dieses Abbaus einzustellen bzw. die Art und Weise, wie seitens des Amtes vorgegangen wird, nachvollziehbar zu machen.

Dies wäre bei einer Aufrechterhaltung der Forderung nach einem Stundenabbau im laufenden Schuljahr unmöglich. .

Aus umliegenden Kreisen

Inklusion: Alle mitnehmen – keinen ausgrenzen!

Auszüge aus dem Offenen Brief der GU-Initiativen im Main-Taunus-Kreis an Frau Staatsministerin Beer

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Beer, seit über 20 Jahren arbeiten wir im Main-Taunus-Kreis sehr erfolgreich integrativ. (…)

Integrativ bzw. inklusiv arbeiten – Wie schaffen wir das?

– Personelle Verlässlichkeit durch die Teamstruktur

Nur eine direkte und tägliche Betreuung der Kinder mit Förderbedarf durch eine qualifizierte Förderschullehrkraft ermöglicht eine hohe Bindung durch konstante und verlässliche Bezugspersonen.

– Fest verankerte Interdisziplinarität

Durch die Zusammensetzung der Teams aus Regel- und Förderlehrer/innen in enger Zusammenarbeit mit den Integrationshelfer/innen und Therapeut/innen ist ein multiprofessioneller Austausch, welcher allen Kindern zugute kommt, gewährleistet.

– Angepasste Klassengrößen

In den GU-Klassen liegt die Obergrenze bei 23 Kindern (Regelklassen: 27).

– Welcome Diversity

Durch die pädagogische Grundhaltung, dass alle Kinder bei uns willkommen sind, entsteht ein Klima welches ermöglicht, dass jedes Kind auf seine Weise so gut wie möglich gefördert und gefordert wird, dass Unterschiede keine Angst machen, sondern vielmehr eine Bereicherung darstellen. So entsteht eine Schul- und Unterrichtskultur der offenen Türen, wo Lehrer/innen sich gegenseitig beraten und wo Unterschiede offengelegt und nicht vertuscht werden.

Wir als Eltern sehen nun, dass das zu Grunde liegende pädagogische Konzept jetzt gefährdet ist, da die vorliegenden Rahmenbedingungen der Verordnung zur Inklusion weit hinter dem bisherigen Unterrichtsalltag zurück bleiben. (…)

Wir sind empört über die Umsetzungsverordnung, mit der „Inklusion“ an allen Schulen seit diesem Schuljahr konfrontiert bzw. beauftragt sind, werden doch die sich bereits seit Jahren verschlechternden Bedingungen des GU‘s noch weiter abgebaut:

– Förderlehrer/innen werden den Beratungs- und Förderzentren zugeordnet und sind nicht mehr Teil des Kollegiums der Schulen.

Die Schulen verlieren nicht nur wertvolle (Fach-)Kolleg/innen, es ist auch ein Angriff auf ihre Teamstruktur. Sie verlieren ihre Multiprofessionalität, während die Förderlehrer/innen als „pädagogische Feuerwehr“ von Schule zu Schule hetzen müssen. Außerdem steht zu befürchten, dass die im schulischen Alltag so wichtigen Integrationshelfer/innen als Ersatz für die Förderlehrerinnen und Förderlehrer herhalten sollen.

Auch die behinderten Kinder, für die Konstanz und Vertrauen das Wichtigste ist, verlieren hier wichtige Grundpfeiler in ihrem täglichen Schulalltag. Die Bindung der Kinder an ihre Förderlehrer/innen ist die Basis dafür, dass die erstellten Förderpläne umgesetzt werden können. Unsere langjährige Erfahrung hat gezeigt, dass nur Förderlehrer/innen, die in die Struktur der Schulen eingebunden sind und diese kennen, die Kinder und ihre Familie effektiv begleiten können. Dieses Know-how besteht an den GU-Schulen im MTK und wird durch den Abzug der Förderlehrer/innen massiv geschwächt.

Kam auf ein Kind mit Förderstatus vor zehn Jahren noch ca. zehn Förderlehrerstunden pro Woche waren es zuletzt noch knapp vier und nach heutigem Stand noch um die zwei! Dies macht für alle Beteiligten keinen Sinn! (…)

– Vergrößerung der Klassen auf regulär 27 Schülerinnen und Schüler

Mit der Verordnung müssen alle Klassen mit 27 Kindern gefüllt werden. Die Erfahrung zeigt, dass die ideale Klassengröße bei 20 Schüler/innen liegt. So wurde der GU auch im Main-Taunus-Kreis begonnen, erst später wurde die Schüler/innenzahl auf 23 Kinder erhöht, was das System an seine Grenzen brachte. (…) Eine weitere Erhöhung auf 27 Schüler/innen führt dazu, dass ein differenziertes Unterrichten kaum noch möglich sein wird …

– Keine Umsetzung der inklusiven Beschulung möglich

Die Förderstunden für inklusive Beschulung speisen sich ausschließlich aus dem bereits bestehenden Topf des GU‘s. (…) Das heißt im Klartext: Ist die Kasse leer, gilt das Menschenrecht - leider - nicht. (…)

Echte Inklusion bedeutet: Weg mit der Stigmatisierung von Kindern mit Behinderung!

Echte Inklusion braucht eine inklusive Haltung, braucht Erfahrung, braucht Ressourcen.

Darum fordern wir:

- Inklusive Kollegien für inklusive Schulen
- Inklusive Schulleitungen
- Klassengrößen bei inklusiver Beschulung von 20 Kindern
- Planungssicherheit durch zuverlässige Zuweisung von Förderstunden
- Ausreichende materielle, räumliche und personelle Ressourcen, um alle Kinder, die dies wünschen, inklusiv beschulen zu können

Deshalb fordern wir Sie auf, die aktuelle Verordnung zurückzunehmen und erwarten stattdessen eine Verordnung, welche die Voraussetzung für eine gelingende Inklusion schafft.

Außerdem möchten wir unseren verloren Status Quo im MTK im Hinblick auf Förderstundenzuweisung pro Kind und zugeteilten Präventivstunden für Sprachheilförderung und Erziehung zurück. Wir akzeptieren die Verschlechterung in der Qualität der heute schon jahrelang integrativ arbeitenden Schulen nicht!

GU-Initiative MTK, Stark,
Behindertenbeirat MTK,
Lebenshilfe MTK

Editorial

Log-In

Hirnforschung macht dumm!

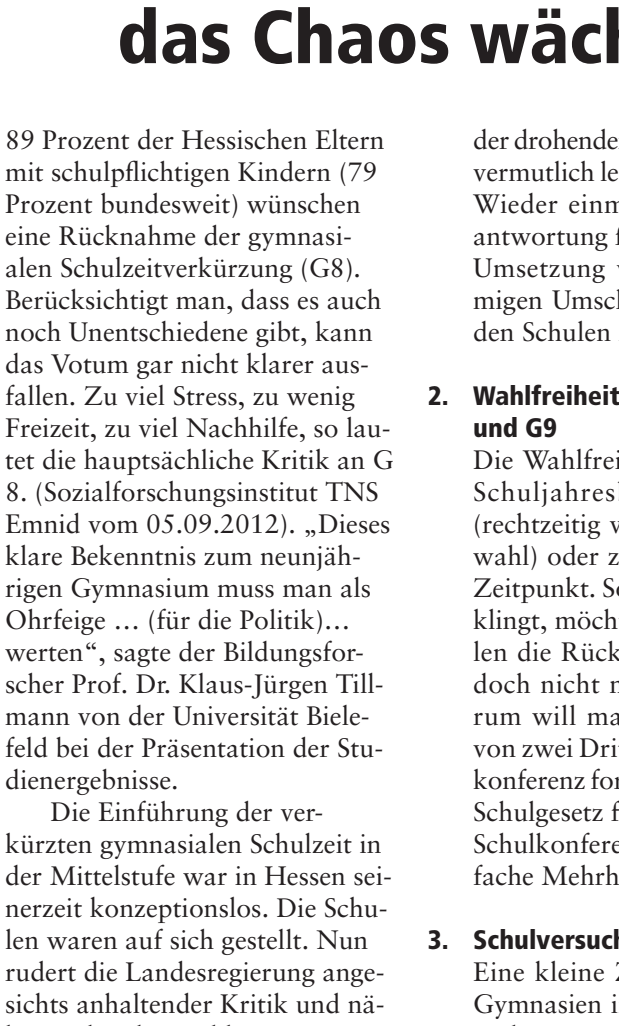
Gerald Hüther, ein professoraler Scienceunternehmer der Uni Göttingen, der als Lakai in eigener Sache für verschiedene rentierliche Einrichtungen unterwegs ist, die sich vorwiegend dem Fitmachen und –halten von Führungspersonal der Renditemaschinerie widmen, beschuldigt die Schule, sie verdumme die Kinder und lasse deren grenzenlose Hirnpotenziale verkümmern. Daran hauptschuldig seien Besitzer von Hirnen im Zustand der Verkümmerung, die gerade mal den Sprung in den Lehrerberuf geschafft hätten (S. HLZ 12/2012) und dort nun alles mit terrorisierenden Methoden niederkämpften, was sich noch an Kreativität und Lern-Enthusiasmus rege.
*Ganz anders Hüther, der sich in Bescheidenheit übt, wenn er schreibt, **„dass ich weiss (sic!), dass ich von Vielem keine Ahnung habe.“** Zum Glück verhilft ihm die Neurobiologie als sein eigentliches Metier in vielem, wovon er nichts versteht, zu Einsichten, die auch der Öffentlichkeit endlich klarmachen, wozu die Forschungsmilliarden der „Exzellenz-Initiativen“ gut sind. Zum Beispiel folgende: **„Märchenstunden sind die höchste Form des Unterrichtens,“** denn dort, wo laut Hüther Lustgrausen kindliche Seelen beim Vorlesen an die Handlung fesselt und Happyends wohlige Gefühle auslösen, wachsen die Synapsen, und sie sind nun mal des Neurobiologen A&O des Menschlichen. Doch nicht nur für die Synapsen der Kleinen ist die Märchenwelt ein neurobiologischer Whirlpool, nein, auch die Großen profitieren davon, denn **„weil sie im Allgemeinen solche frühen, emotional positiv bewerteten Erinnerungen wachrufen, machen die alten Märchen auch uns Erwachsene auf eine geheimnisvolle Weise wieder stark.“** Ach, wenn die Welt ein Märchen wär’!*
*Leider jedoch bleibt beim Älterwerden die kindliche Begeisterungsfähigkeit auf der Strecke und damit droht den Synapsen Ungemach, denn **„indem wir älter werden, Erfahrungen sammeln und unsere Lebenswelt nach unseren Vorstellungen gestalten (!!), laufen wir zunehmend Gefahr, im Hirn einzurosten(!).“** So klingt es, wenn der Herr Professor zum Volke spricht, dessen Synapsen schon vom schulischen Terror verkleistert sind, der sich in seinen synapsenwidrigsten Formen folgendermaßen zeigt: **„Die [Kinder] werden mit Wissen abgefüllt (!) und es werden ihnen bestimmte Fähigkeiten und Fertigkeiten beigebracht (!!), anstatt in ihnen die Fackel der Begeisterung am eigenen Entdecken und Gestalten zum Lodern zu bringen.“** (Hvhbg. E. O.)
Anstelle also dem verderblichen Irrglauben weiter zu frönen, Schule habe etwas mit der Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu tun, geht es künftig um die in Märchen **„enthaltenen Botschaften von den Erwachsenen einer bestimmten Familie, Sippe (!), Gemeinschaft, also letztlich eines bestimmten Kulturkreises zu den in diesem Kulturkreis hineinwachsenden Kindern. [...] Sie wirken daher Identitäts-stiftend (sic!) und festigen auf diese Weise den Zusammenhalt einer Gemeinschaft. Mit anderen Worten: Märchen sind auch Kitt für den Zusammenhalt einer Kulturgemeinschaft.“** Und dass es letztlich auf Familie und Sippe ankommt, werden doch wohl auch Mohammed und Hatice verstehen, damit auch interkulturell alles in Butter ist.
Immerhin: Als man in Deutschland das letzte Mal die Fackel der Begeisterung für die identitätsbildende Kraft der Gemeinschaft entzündete, blieben mehr als 50 Millionen Tote auf dem europäischen und außereuropäischen Schlachtfeld zurück!
Und wie gut passt die Botschaft von dem „Kitt“, den die Gemeinschaft für ihren Zusammenhalt nötig habe, in Zeiten, in denen laut „Armuts- und Reichtumsbericht 2012“ die Schere zwischen den Vermögenden und jenen, die sich nicht einmal mehr durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft über Wasser halten können, mit atemberaubender Geschwindigkeit immer weiter auseinanderklafft.
Alle idyllischen Bilder von der häuslichen Gemeinschaft zwischen Eltern und Kindern, denen in abendlicher Geborgenheit zur Pflege der Synapsen Märchen vorgelesen werden, zerbersten an den Zahlen über die soziale Wirklichkeit: **„Von den Eltern mit schulpflichtigen Kindern aus der höchsten sozialen Schicht möchten annähernd 70 Prozent ihren Kindern unter anderem Lesefreude vermitteln, von den Eltern aus den unteren sozialen Schichten sind es gerade einmal 26 Prozent [...].“** [1] Eine soziale Realität, in der 2010 über vier Mio. Menschen weniger als Euro 7,00/Std. für ihre Arbeit bekamen, ca. ein Viertel der Erwerbstätigen einen Bruttostundenlohn erhält, der geringer als zwei Drittel des Durchschnittsstundenlohns ist und wo seit Jahren Reallohnverluste für die unteren 40% der Lohnempfänger/-innen Fakt sind, ist keine Welt, in der mit Märchen den Kindern der Benachteiligten weiterzuhelfen ist.
Von ca. 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten in der Gruppe der Personen zwischen 18 und 64 Jahren geht die Studie aus, was nicht überrascht ist angesichts der Tatsache, dass **„beim Übergang in die Schule [...] Kinder aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status und Kinder mit Migrationshintergrund häufiger wegen Sprach- und Sprechstörungen, psychomotorischen Störungen sowie intellektuellen Entwicklungsstörungen von der Einschulung zurückgestellt [werden]. Verspätet eingeschulte Kinder holen auch im Verlauf der Grundschulzeit ihre Defizite nicht auf. Stattdessen erfolgt eine überproportionale Zuweisung auf Förder- und Hauptschulen, in denen in einem hierarchisch gestuften Bildungssystem ein deutlich niedrigeres Lernangebot mit deutlich niedrigeren Bildungserwartungen von Eltern, Schülern und Lehrern zusammentrifft.“** Zuweisungen in Schultypen, die ihrer Anlage nach qualifikationsbeschränkend wirken, aber kann es nur geben, solange diese Schultypen existieren. Andersherum ausgedrückt, wird es durch die Existenz von derartigen Schultypen zur beruflichen Notwendigkeit, deren Filterfunktion durch die Zuweisung von entsprechenden Schülern/-innen zu bedienen. Die stattfindende Hierarchisierung der menschlichen „Begabungen“ wird durch die existierende Hierarchie der Schultypen geradezu bedingt, ein Umstand, der schon länger immer wieder zum Gegenstand von Kritik am Schulsystem wird und den auch die Studie erneut aufgreift: **„Das deutsche Bildungssystem ist damit heute weniger als andere europäische Bildungssysteme (insbesondere Finnland und Dänemark) in der Lage, benachteiligte Kinder in ihren aktuellen Klassenverbänden zu fördern und damit familiär bedingte Bildungsungleichheiten auszugleichen. Eine wesentliche Ursache dafür ist klar zu benennen: Es fehlt hierzulande noch immer an angemessener Kinderbetreuung und Ganztagsschulen.“**
Und wenn die Kinder der Armen aus den geschützten Bereichen von Schule und familiärem Heim hinausgehen, betreten sie in aller Regel Gebiete einer Umwelt, in der die ganze Vielfalt der Gewerbetreibenden Jagd auf das Portemonnaie der umherziehenden Menschheit macht und auch da sieht es für sie schlecht aus: **„Kinder aus benachteiligten Familien nehmen deutlich seltener an außerhäuslichen Aktivitäten teil als Kinder aus Familien, die besser gestellt sind.“** Und da bleibt bei unzureichenden öffentlichen Freizeitangeboten, die auch bildend wirken können, nur der heimische Konsum von TV und WWW, wo Träume angeboten werden, die nicht denen des Herrn Professors aus Göttingen entsprechen. Die hässlichen sozialen Realitäten wegzuträumen, kann nicht gelingen: Weder mit „Counterstrike“ noch mit den Brüdern Grimm! Gerade deswegen ist aber auch ewiggestrigen Träumern von einer identitären Gemeinschaft, die Wissen und Kenntnisse durch Begeisterung ersetzen soll, wie Gerald Hüther sie vertritt, mit Entschiedenheit entgegenzutreten!*

1 *Armuts- und Reichtumsbericht 2012, S. 99*

G8 / G9 – das Chaos wächst

89 Prozent der Hessischen Eltern mit schulpflichtigen Kindern (79 Prozent bundesweit) wünschen eine Rücknahme der gymnasialen Schulzeitverkürzung (G8). Berücksichtigt man, dass es auch noch Unentschiedene gibt, kann das Votum gar nicht klarer ausfallen. Zu viel Stress, zu wenig Freizeit, zu viel Nachhilfe, so lautet die hauptsächliche Kritik an G 8. (Sozialforschungsinstitut TNS Emnid vom 05.09.2012). „Dieses klare Bekenntnis zum neunjährigen Gymnasium muss man als Ohrfeige … (für die Politik)… werten", sagte der Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus-Jürgen Tillmann von der Universität Bielefeld bei der Präsentation der Studienergebnisse.

Die Einführung der verkürzten gymnasialen Schulzeit in der Mittelstufe war in Hessen seinerzeit konzeptionslos. Die Schulen waren auf sich gestellt. Nun rudert die Landesregierung angesichts anhaltender Kritik und näher rückender Wahlen genauso konzeptionslos zurück. Statt abzuwarten, bis die Einführungsphase abgeschlossen ist und die Ergebnisse ausgewertet sind, oder einfach dem Elternwillen zu folgen und zu G9 zurückzukehren, werden dem Weg zum Abitur weitere Chaosbausteine hinzugefügt.



Der gymnasiale Bildungsgang in Hessen ab 2013 / 2014

Pressemitteilung des HKM vom 15. 09. 12

Kultusministerin Beer stellt drei Bausteine vor:

1. **Weiterentwicklung von G8**
   Die Kultusministerin meint: „G8 braucht einen Schulalltag, der nicht nur Möglichkeiten zum Lernen, sondern auch zum Üben und Entspannen bietet. An vielen Schulen gelingt dies bereits heute. Diese Schulen haben ihre Stundentafel angepasst und den Schulalltag so getaktet, dass sich die Zeiten für Unterricht, Hausaufgaben, Lern- und Übungsphasen sowie Entspannungs- und Bewegungsphasen sinnvoll abwechseln." Was hier in der Pressemitteilung des HKM vom 15.09.2012 beschrieben wird, ist nichts anderes als eine gute, gebundene Ganztagsschule. Prima – nur die war der Landesregierung bisher immer zu teuer und wird es angesichts der drohenden Schuldenbremse vermutlich leider auch bleiben. Wieder einmal wird die Verantwortung für die schwierige Umsetzung von G8 mit blumigen Umschreibungen allein den Schulen zugeschoben.

2. **Wahlfreiheit zwischen G8 und G9**
   Die Wahlfreiheit kommt zum Schuljahresbeginn 2013/14 (rechtzeitig vor der Landtagswahl) oder zu einem späteren Zeitpunkt. So einfach, wie das klingt, möchte man den Schulen die Rückkehr zu G9 aber doch nicht machen oder warum will man eine Mehrheit von zwei Dritteln in der Schulkonferenz fordern, obwohl das Schulgesetz für Beschlüsse der Schulkonferenz i.d.R. nur einfache Mehrheiten kennt?

3. **Schulversuch Parallelange**
   Eine kleine Zahl von großen Gymnasien in Hessen soll G8 und G9 parallel anbieten können, denn die „Zweizügigkeit in jeder Organisationsform (G8 und G9) muss gewährleistet sein." In den Jahrgangsstufen 5 und 6 wird nach der G8 Stundentafel unterrichtet. Danach entscheidet *die Schule*, in welchen Zweig das Kind geht. Damit liegt an solchen Schulen der Beginn der zweiten Fremdsprache weiter in Klasse 6. Der frühe Beginn hat die Schülerinnen und Schüler schon bisher schwer belastet und stellt ein immenses Hindernis für einen Schulwechsel dar. Fangen dann an solchen Schulen die Schüler, die G9 besuchen, in Klasse 7 die 2. Fremdsprache noch einmal neu an? Bei G9 liegt nämlich da üblicherweise der Beginn der 2. Fremdsprache! Was geschieht, wenn sich G8- und G9-Schüler nach Klasse 6 sehr ungleich verteilen? Kommt dann nur ein Zweig zustande? Hier scheint ebenso wenig zu Ende gedacht worden zu sein wie schon bei G8.

Die ***GEW setzt sich für eine unverzügliche Rückkehr zu G9*** ein.

Maike Wiedwald

Arbeitsgruppe auf der GEW Fachtagung zu G8/G9 am 15. 11. 2012

Von 26 Schulen gibt es bereits Rückkehrbeschlüsse zu G-9

Interview mit Stefan Edelmann, Fachgruppe Gymnasien der GEW

Die GEW hat am 15. November 2012 eine Fachtagung zu G-8/G-9 i Frankfurt gemacht. Anlass war die Änderungsinitiative von Kultusministerin Beer, FDP, zu G-8, nämlich die Rückkehr der Gymnasien zu G-9 zuzulassen.

FLZ: *Ist der Schwenk von Frau Beer ein wahltaktischer, ein Jahr vor der Landtagswahl, oder hat sich der Unmut so vergrößert, dass ein Reagieren unausweichlich geworden ist?*

S.E. Sowohl als auch. Erstens ist der Druck in Richtung Rückkehr zu G-9 in den letzten Jahren nicht kleiner geworden. Umfrageergebnisse unter Schülern, Eltern und Lehrkräften haben gezeigt, dass um die 90% der Befragten gegen G-8 sind. Dies ließ sich vom HKM nicht mehr unter den Teppich kehren. Hier ging und geht es auch um die Klientel der FDP oder der CDU, die sie bedienen wollten oder sogar mussten. Jetzt merken sie, dass ihnen das Ganze entgleitet. Dass die Überlegung von Ministerin Beer, wonach es sich nur um wenige Schulen handle, die zu G-9 zurück wollten, sich schnell als falsch herausstellte.

So lässt sich auch das momentane Agieren des Kultusministeriums erklären. Dass nämlich die Hürden immer höher gelegt werden, dass das Ministerium das „Kriterienpapier" für die Rückkehr zu G-9 lange zurückhält, dass danach die Rückkehr zu G-9 zum nächsten Schuljahr praktisch unmöglich wird.

Sodass dann im Landtagswahlkampf damit geworben werden kann, dass es ja nur wenige Schulen seien, die faktisch zu G-9 zurückkehren wollten. Und für die habe man ja eine echte Wahlfreiheit ermöglicht.

FLZ: *Wo war der Unmut größer, bei den Schülern, den Eltern oder den Lehrkräften?*

S.E. Schwierig. Ich glaube, den größten Unmut gab es bei den Eltern. Bei den Lehrkräften sind durch 8 Jahre Versuche, pragmatisch mit dem G-8-Elend umzugehen, gewisse Abnutzungserscheinungen eingetreten. D.h. nicht, dass sich die Lehrkräfte damit abgefunden hätten. Das zeigt die Zahl der Schulen, die davon wieder weg wollen. Aus den Staatlichen Schulämtern gab es die Rückmeldung, dass 26 Schulen bereits Rückkehrbeschlüsse gefasst hätten. Und das trotz der widrigen Umstände, dass noch nicht mal die Modalitäten klar sind und die Zeitfenster immer kleiner gefasst werden.
Auch die LSV hat sich eindeutig für die Rückkehr zu G-9 ausgesprochen.

FLZ: *Ist die von Frau Beer vorgelegte Änderung überhaupt eine Alternative?*

S.E. Die proklamierte Wahlfreiheit ist genau genommen keine. Weil die Schulen nicht die erforderlichen Ressourcen bekommen, weil den Schulen Steine in den Weg gelegt werden. Das bereits angesprochene „Kriterienpapier" gibt es bis heute nicht offiziell, obwohl es zugesagt war. Die Aussagen der Staatlichen Schulämter über die Konditionen für die Rückkehr zu G-9 sind vage. Bis heute wissen die Schulen nicht, wie sie genau vorgehen müssen. Die Hürde für die Abstimmung in der Schulkonferenz wurde auf eine zwei Drittel-Mehrheit hoch gesetzt. Ungeklärt ist auch noch immer, was es konkret heißt, dass eine Schule, die zu G9 zurückkehren will, keinen Mehrbedarf an Räumen geltend machen kann.

FLZ: *Lässt sich aus deiner Erfahrung das in der Änderung des Kultusministeriums ebenfalls vorgesehene Nebeneinander von G-8 und G-9 an einer Schule überhaupt verwirklichen?*

S.E. Man kann den Schulen davon nur abraten, u.a. weil auch die Ressourcen für notwendige Klassenmehrbildungen nicht bereitgestellt werden sollen. Das HKM selbst beziffert dieses Modell als das teuerste. Schließlich sprechen aber auch pädagogische Argumente dagegen, denn man würde an den Schulen quasi eine „2-Klassengesellschaft" entwickeln (müssen). Am Ende von Jahrgangsstufe 6 würde die Schule über den weiteren Schulweg der jeweiligen Schüler entscheiden müssen, nach dem Motto, wer ‚schlau' ist, geht in G-8, wer etwas ‚langsamer' ist, in G-9. So spukt das jedenfalls in manchen Köpfen rum. Also: die Kriterien für die Schulen sind unklar, es sind viele Facetten tangiert. Warum müssen beispielsweise die Eltern, die G-9 wollen, akzeptieren, dass ab Klasse 6 mit der zweiten Fremdsprache begonnen werden muss?!

FLZ: *Ist es richtig, dass insbesondere die Kasseler Gymnasien erst mal die Landtagswahl 2013 abwarten wollen, bevor sie aus G-8 aussteigen?*

S.E. Die Landtagswahl abzuwarten bringt nichts, weil ja alle Parteienkonstellationen nach der Landtagswahl eine Rückkehrmöglichkeit zu G-9 wollen. Die Überlegungen der SPD zur flexiblen Oberstufe haben mit der Mittelstufe erst einmal nichts zu tun. Die Grünen präferieren leider schon sehr lange eine Wahlfreiheit zwischen G-8 und G-9.

Man könnte die CDU-Position – denn die CDU ist in der Frage Rückkehrmöglichkeit zu G-9 ja vorgeprescht und hat die FDP zum Nachziehen gezwungen – sogar als Koalitionsangebot an die Grünen auffassen. Aber das ist wieder eine andere Frage.

FLZ: *Vielen Dank für das Gespräch.*

Stefan Edelmann ist u a. Vorsitzender der Fachgruppe Gymnasien im Landesverband Hessen der GEW.
Das Gespräch führte Herbert Storn

Verabschiedung von Hajo Dröll

Die Frankfurter GEW verabschiedet den Kollegen Hajo Dröll, der seine seit dem Jahr 2000 ausgeübte Tätigkeit als Weiterbildungssekretär für den Bereich Südhessen im Sommer diesen Jahres beendet hat und in die Freistellungsphase der Altersteilzeit überwechselte. Mit Hajo Dröll, der in den letzten Jahren auch dem Bezirksvorstand angehörte, verliert die GEW Frankfurt einen weit über das durchschnittliche Maß hinaus aktiven Kollegen, einen kundigen und phantasievollen Organisator und eine ihrer Galionsfiguren in den täglichen Kämpfen gegen Arbeitgeberwillkür und für bessere Entgelt- und Arbeitsbedingungen.

Dabei ist Hajo in seinem Leben selbst oft und hart genug zum Opfer von Machtmissbrauch und Willkür geworden. Die Aufnahme in den Schuldienst wurde ihm verweigert, da er unter das Berufsverbot fiel, u. a. mit der Begründung, dass er für eine klassenlose Gesellschaft eintrete, ein erbarmungswürdiges Zeugnis des „Ideal"bildes von Gesellschaft, dem die Erfinder und Exekutoren der Berufsverbote anhingen. Damit nicht genug, folgte der staatlicherseits verfügten Vernichtung seiner beruflichen Existenz der Ausschluss aus der Gewerkschaft auf dem Fuße, da sowohl die damalige Gewerkschaft ÖTV als auch die GEW in liebedienerischer Weise gegenüber den staatlichen Willkürmaßnahmen durch so genannte „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" Kolleginnen und Kollegen, die sich zu radikal klassenkämpferischen Zielen bekannten, aus ihren Reihen verbannten. Dass die GEW jüngst in Stellungnahmen von den damaligen Praktiken Abstand nahm, sie verurteilte und sich bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen entschuldigte, war ein längst überfälliger Schritt, der aber die geschlagenen Wunden bei den Opfern dieser Maßnahme nicht wirklich zu heilen vermag.

Hajo selbst sagt heute dazu: „Ich war einer von den wenigen, die für eine breite Bewegung geblutet haben. Einige der ehemaligen Sprecher dieser Bewegung haben Karriere und über den Menschenrechts-Interventionismus den Krieg wieder hoffähig gemacht, als sie 1999 im Kosovo einfielen und Restjugoslawien zerschlugen. Diese Ideologie gilt bis heute und wird voraussehbar noch viel Leid hervorrufen. Dabei habe ich nicht mitgemacht und werde ich nicht mitmachen."

Durch das Berufsverbot gelangte Hajo zu den privaten Bildungsträgern und lernte die dortigen Zustände kennen, die im Widerspruch zu jeder Sozialstaatlichkeit standen. Der Kampf gegen diese Verhältnisse gebot sich nicht nur aufgrund seines schon bestehenden kritischen Bewusstseins, sondern war angesichts der Einschränkungen durch die miserable Arbeits- und damit verbundene Lebensqualität von existenzieller Bedeutung. Über die damaligen Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber kehrte Hajo Dröll wieder in die Gewerkschaft zurück. Es folgte eine Phase der Betriebsratsarbeit, die sich in enger Anbindung an die Gewerkschaft vollzog.

Wenn die Redewendung, aus der Not eine Tugend zu machen, je mit einem passenden Inhalt zu verbinden gewesen ist, dann sicher durch die Aktivitäten, die Hajo in diesem neuen Berufsfeld entwickelte, denn er wurde zu einem der Schrittmacher einer innergewerkschaftlichen Entwicklung, die zur Integration des Weiterbildungsbereiches in die Aufgabenpalette der GEW führen sollte. Zu den Zeiten, als Hajo mit seiner Arbeit dort begann, war der Weiterbildungsbereich sowohl in der ÖTV als auch in der GEW eine Leerstelle. Es ist einigen wenigen Pionieren wie ihm zuzurechnen, dass sich die GEW auf dem Weg zu einer Bildungsgewerkschaft zunehmend auch dieses Bereiches annahm.

Hajos Arbeit mündete unter anderem in die Gründung des Referats „Weiterbildung und Bildungsmarkt" beim Landesvorstand. Damit gelang es, die Arbeit in diesem Feld zu einem neuen Schwerpunkt hessenweit zu machen, eine Entwicklung, die auch auf die Bundes-GEW ausstrahlte. Die GEW wurde so dazu gebracht, sich den besonderen Herausforderungen eines Arbeitsfeldes zu stellen, in dem gewerkschaftliche Aktivitäten als besonders schwer zu betrachten sind, da hier spezielle Instabilitäten herrschen, die u. a. daher rühren, dass die jeweiligen Beschäftigungsmöglichkeiten – anders als etwa in der Staatsschule - in hohem Maße konjunkturabhängig und daher rasch wechselnd sind, was zu erhöhter Erpressbarkeit der Beschäftigten seitens der Arbeitgeber führt. Wenn die GEW diesem Arbeitsfeld heute ihre Aufmerksamkeit widmet, wie es sich beispielsweise in der Erarbeitung und Publikation von Broschüren wie dem „Schwarzbuch Weiterbildung" (s. entspr. Artikel in dieser FLZ) niederschlägt, ist dies der Anstrengung von Pionieren wie Hajo Dröll zu verdanken.

Ein in diesem Kontext erwähnenswertes Projekt war die Weiterbildungszeitung „Prekär", die Hajo zusammen mit anderen engagierten Gewerkschaftern vor allem aus Frankfurt als Chefredakteur herausgab. Die Zeitung, die Pierre Bourdieu als Leitartikler gewinnen konnte, wurde ursprünglich vom Hauptvorstand der GEW finanziell gefördert. Das basisdemokratisches Gewerkschaftsblatt, in dem die extrem benachteiligten Beschäftigten aus dem Weiterbildungsbereich zum ersten Mal eine Stimme erhielten, profilierte sich schnell als Sprachrohr gegen die Agenda 2010. Nach wachsendem Erfolg in ihrer Zielgruppe wurde der Zeitung aus politischen Gründen vom Hauptvorstand der Geldhahn wieder zugedreht.

Als Weiterbildungssekretär und Mitglied des Vorstandes des GEW-Bezirks Frankfurt hat Hajo unschätzbare Arbeit für die Kolleginnen und Kollegen verschiedener

Hajo beim Lehrerstreik zum TV Hessen am 26. 02. 2009

Bildungsträger geleistet wie zuletzt bei der Lehrerkooperative, wo es mit seinem Einsatz zu verdanken war, dass die dort Beschäftigten endlich als Tarifpartner ernst genommen wurden. Die Arbeit des Büros für Weiterbildung hat nicht nur dazu beigetragen, die GEW zu einer Größe im Weiterbildungsbereich zu machen, sondern auch einen bedeutenden Beitrag zur Rekrutierung neuer Mitglieder (mehr als 700 Eintritte, sehr viele auch aus dem sozialpädagogischen Bereich) geleistet.

Die vielen neuen Mitglieder aus dem sozialpädagogischen Bereich, vor allem den städtischen Kitas, verdanken sich seit 2009 den Streikaktionen zum TVöD, die Hajo für die Frankfurter Umgebung organisierte.

Darüber hinaus hat Hajo in der Organisation und Durchführung von Warnstreikaktionen der angestellten Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen des Landes Hessen im Bereich Frankfurt seine Arbeit geleistet und damit wesentlich zur Entwicklung der GEW zu einer unterdessen auch von den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ernstgenommenen Größe im Tarifkampf beigetragen. Hajo war bei unzähligen Demonstrationen und Kundgebungen ein Motor des Kampfes, dem es gelang, sein starkes Engagement auf andere zu übertragen. Diesen Aktivitäten entsprach auch sein kontinuierliches und verlässliches Engagement in den gewerkschaftlichen Gremien, bei dem besonders hervorzuheben ist, dass neben seinem inhaltlich immer pointierten Auftreten der Gedanke der gewerkschaftlichen Einheit und des notwendigen Zusammenhalts auch bei bestehenden Konflikten Leitidee war.

Hajo hat zwar sein Berufsleben beendet, bleibt aber als Vorsitzender des Landesangestelltenausschusses der ehrenamtlichen Arbeit der GEW – stark reduziert, aber immerhin - noch eine Zeit erhalten.

Im Namen des Vorstandes dankt die FLZ Hajo Dröll für seinen Einsatz und wünscht ihm einen genussreichen und freudvollen Ruhestand.

Ernst Olbrich

„Rote Laterne für ASB-Lehrerkooperative / Wir lassen uns nicht abhängen! / **Anschluss an den TVöD jetzt!"**

Mit „roten Laternen" schmückten die Kolleginnen und Kollegen der GEW und ver.di den Saal der Betriebsversammlung 28. 11. 2012, um den Arbeitgeber an die Tarifforderungen der Beschäftigten zu erinnern. „Wir lassen uns nicht abhängen," sagte Andreas Werther, GEW-Vertrauensmann, und fuhr fort: „Sie hatten seit Mai Zeit, uns ihre Vorstellungen zum Mantel vorzulegen, wie wir das in den Verhandlungen vereinbart hatten. Es ist nichts passiert!"

Der Geschäftsführer der ASB-Lehrerkooperative, Jörg Gonnermann, betonte erneut, der ASB habe nach der Übernahme der Lehrerkooperative bereits angekündigt, vor 31. 12. 2013 nicht über eine Gehaltsanpassung zu reden, da zunächst die wirtschaftliche Situation beurteilt werden müsse. Die Ankündigung auf dem Zeitplan zu beharren rief Unmut hervor. Einige Anwesende kündigten offen an, sich in Zukunft an Aktionen zu beteiligen: „Wir haben genug Geduld gehabt und können nicht bis 2014 auf mehr Geld warten!"

Großer Unterschied bei gleicher Leistung

Die Kluft zwischen den Entgelten im Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes (TVöD) und den Einkommen bei freien Trägern wie der ASB-Lehrerkooperative wird immer größer. Und das bei gleichen Leistungen und gleicher Arbeit in Kindertageseinrichtungen, der Familienhilfe und anderen Leistungen der Jugendhilfe.

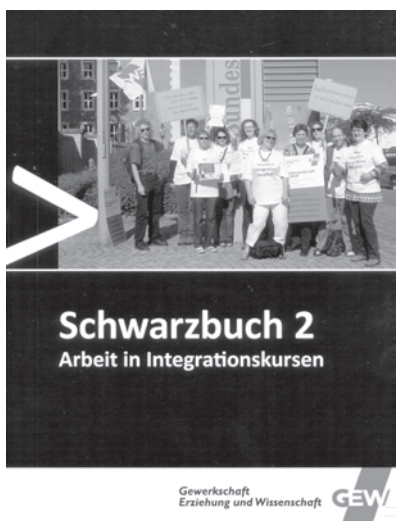
Während im ersten Jahr gegenüber dem öffentlichen Arbeitgeber noch ein kleines Jahres-Plus von 276 Euro (brutto) für eine Erzieherin oder einen Erzieher herauskommt, wachsen die Jahresverluste gegenüber den Entgelten im TVöD binnen 5 Jahren Betriebszugehörigkeit auf „drei sehr gute Elektro-Fahrräder für die Familie". Schon im Folgejahr erreicht der Verlust den Wert eines „funkelnagelneuen Smart" beschrieb Karola Stötzel (GEW) den Unterschied. Sie kündigte dem Arbeitgeber Aktionen der Beschäftigten an, sollten die Verhandlungen weiter verzögert werden.

Der Entgeltunterschied wirkt ausgesprochen negativ auf die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen und die pädagogische Qualität der Einrichtung – denn schon seit geraumer Zeit fällt es dem Betrieb immer schwerer, offene Stellen mit entsprechenden Fachkräften zu besetzen. „Es liegt an uns, den Druck zu entfalten, der die Geschäftsleitung zum (Ver-)Handeln zwingt. Damit wir bald die Lücke zum TVöD schließen und nicht weiter abgehängt werden. Um damit die Voraussetzung zu schaffen, dass endlich die offenen Stellen, insbesondere im KITA-Bereich, besetzt werden können", forderte das aktuelle Tarifinfo von GEW und ver.di die Kolleginnen und Kollegen der Lehrerkooperative auf, für eine Anpassung an den TVöD zu streiten.

Karola Stötzel

Neu erschienen! **Schwarzbuch 2 – Arbeit in Integrationskursen**

Eine Verdienstspanne von Euro 15 bis Euro 30 pro Unterrichtseinheit, damit – wie Gutachter im Auftrag der Bundesregierung feststellten – eine unterdurchschnittliche Vergütung, keine Möglichkeit der Festanstellung und daher Beschäftigungsunsicherheit auf ganzer Linie sowie keine Sozialleistungen: Das ist die Situation von Lehrkräften im Bereich der Integrationskurse für Einwanderer, in Deutschland als „Zuwanderer" oder noch besser als „Migranten" bezeichnet, als handele es sich um Personen auf der Wanderschaft. Dafür soll nach obligatorischer Absolvierung eines berufsqualifizierenden Hochschulstudiums eine Tätigkeit ausgeübt werden, die aufgrund der verlangten fachlichen und pädagogischen Kenntnisse hohe Anforderungen an die Lehrkräfte stellt, die Bedürfnisse von Lernenden aller Länder, Sprachen, Kulturen und



sozialen Schichtzugehörigkeiten zu erfüllen.

Das neu erschienene „Schwarzbuch 2" zur Arbeit in Integrationskursen leuchtet eine der finstersten Regionen der deutschen „Arbeitswelt" aus, wo Prekarisierung Normalzustand ist und qualifizierte Arbeit unter meist unzumutbaren Bedingungen verrichtet wird. Das Schwarzbuch ist aber nicht einfach nur eine eindrucksvolle Zusammenstellung der staatlich organisierten Brutalausbeutung der Lehrkräfte, sondern stellt zugleich auch einen Leitfaden für die individuelle Interessenswahrung und die Aussichten eines kollektiven Widerstandes gegen die erpresserischen Umstände für die Ausübung eines Berufes dar, der – das wird an den dargestellten Beispielen deutlich – ein hohes Maß an Idealismus und Einfühlungsvermögen in andere Menschen verlangt.

Umso wichtiger sind die Hinweise darauf, wie Lehrkräfte sich aus der gezielt durch die Arbeitsbedingungen hergestellten Vereinzelung, die sie besonders erpressbar macht, lösen und zu gemeinschaftlichen Formen der Gegenwehr gelangen können. Immerhin wird deutlich, dass die mittlerweile bestehenden regionalen und bundesweiten Netzwerke keine Eintagsfliegen sind, sondern sich zu dauerhaften Organisationen entwickelt haben, die kämpferisch für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen eintreten und auch schon Erfolge erzielt haben, wenngleich auch der große Durchbruch noch auf sich warten lässt und weitere Anstrengungen nötig macht. Das „Schwarzbuch 2" ist ein weiterer wichtiger Schritt auf diesem Wege: Es verallgemeinert Erfahrungen, die in den bisherigen Kämpfen gesammelt wurden und stellt Gruppierungen vor, die nützliche Kontaktmöglichkeiten für alle diejenigen bilden, die sich nicht länger widerstandslos den Zumutungen ihrer Arbeitsplätze unterwerfen wollen. Das Schwarzbuch ist zu beziehen über *http://www.gew-shop.de*

Ernst Olbrich

Tarif- und Besoldungsrunde 2013 in Hessen

Anfang 2013 beginnt die heiße Phase einer neuen Tarif- und Besoldungsrunde für die Landesbediensteten in Hessen und in den anderen Bundesländern. Betroffen sind auch die Beschäftigten an der Goethe-Universität Frankfurt und an der TU Darmstadt.

Das hieß für die Gewerkschaften, die Forderungen zu debattieren und zu beschließen, mit denen wir in die Tarif- und Besoldungsauseinandersetzung gehen wollen.

Beamtinnen und Beamte sind aufgerufen, sich an der Tarif- und Besoldungsrunde 2013 insgesamt zu beteiligen. Denn wie bereits 2009 und 2011 verlangen die Gewerkschaften auch 2013 die Übertragung der Arbeitszeit- und Einkommensentwicklung im Tarifbereich auf die Beamtinnen und Beamten der Länder und der Kommunen. Zudem steht in Hessen nach wie vor die Übertragung der tarifvertraglich seit 2010 geltenden Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche auf den Beamtenbereich bzw. auf die Pflichtstundenregelung der Lehrkräfte aus.

Inzwischen hat die Bundestarifkommission-Länder (BTK-L) der GEW getagt und die Forderungen beschlossen *(siehe Abbildubg 1)*.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen 2000 bis 2012: Knapp die Inflationsrate kompensiert

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu betrachten, bedeutet zunächst einmal in die Portemonnaies der Beschäftigten zu schauen. Der Anstieg der Besoldungs- und Gehaltstabellenwerte in Hessen, so muss man dann festzustellen, verlief in den vergangenen zwölf Jahren relativ bescheiden (siehe Abbildung 1). Von Mitte 2000 bis 2012 wuchsen die Tarifentgelte in Hessen um nominal 22,0% an. Dies entspricht knapp der Inflationsrate für denselben Zeitraum. Die Konsumgüterpreise stiegen um 22,8%. Von einem Reallohnzuwachs (= die Gehälter steigen schneller als die Preise) kann also keine Rede sein. Verantwortlich für diese schlechte Entwicklung ist unter anderem das Stagnieren der Einkommen in den Jahren 2005 bis 2007 im Zusammenhang mit der „Operation düstere Zukunft“ *(siehe Abbildubg 2)*.

Arbeitszeit erhöht und Weihnachts- und Urlaubsgeld gekürzt bzw. gestrichen

Zudem wurde Mitte des vergangenen Jahrzehnts auch noch die Arbeitszeit deutlich erhöht und das Weihnachts- und Urlaubsgeld gekürzt bzw. gestrichen. Die Lücke in den Portemonnaies und der Nachholbedarf der Landesbediensteten sind also beträchtlich.

Zumal wenn berücksichtigt wird, dass im betrachteten Zeitraum der so genannte „neutrale Verteilungsspielraum“ bei den Abschlüssen bei weitem verfehlt wurde.

Der „neutrale Verteilungsspielraum“ setzt sich zusammen aus der Inflationsrate und der Entwicklung der Produktivität. Wird der „neutrale Verteilungsspielraum“ ausgeschöpft, dann bleibt der Einkommensanteil der Betroffenen am gesamten Volkseinkommen gleich. Zwischen 2000 und 2012 sind also die Stücke für die hessischen Landesbediensteten am insgesamt zu verteilenden Kuchen immer kleiner geworden. Das trifft auch auf andere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu, wie Abbildung 2 zeigt. Während der Einkommensanteil der abhängig Beschäftigten (preisbereinigt) zwischen 2000 und 2011 mehr oder weniger stagnierte, stiegen die realen Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich an. Zwar mit einem Dämpfer während der Krise, der jedoch 2011 wieder zu großen Teilen kompensiert werden konnte, so dass 2011 ein Plus von 27% gegenüber 2000 zu konstatieren ist *(siehe Abbildubg 3)*.

Haushalt Hessen

Auf der anderen Seite sollen nun kurz die Ausgaben des hessischen Landeshaushalts unter die Lupe genommen werden. Abbildung 3 zeigt deren Entwicklung bezogen auf das hessische Bruttoinlandsprodukt (BIP). Deutlich wird: Von einer aus dem Ruder laufenden Ausgabenentwicklung kann – anders als es immer wieder von interessierter Seite suggeriert wird – keine Rede sein. Die Gesamtausgabenquote weist 2011 – trotz Konjunktureinbruch 2009 – ungefähr wieder denselben Wert aus wie 1998. Deutlich gefallen sind sogar die aufs BIP bezogenen Ausgaben für das aktive Personal.

Man kann deshalb festhalten: Das aktive Personal des Landes Hessen wurde in den vergangenen Jahren bereits in erheblichem Maße zur Kompensierung von Steuergeschenken an Unternehmen und Vermögende im Haushalt herangezogen.

Hessens Beamte und Beamtinnen: weit abgeschlagen

Eine Ursache dafür, dass dies gelingen konnte, ist in der Arbeitszeitverlängerung für Beamtinnen und Beamte im Rahmen der Operation „düstere Zukunft“ auszumachen. Aktuelle Berechnungen des DGB zeigen: Hessen liegt im Bundesländer-Vergleich der *Jahresbruttobesoldung 2012* zwar im Mittelfeld – abhängig von der Besoldungsgruppe mal etwas weiter vorne, mal weiter hinten. Werden bei diesem Vergleich aber die in den Bundesländern und beim Bund unterschiedlichen Arbeitszeiten einbezogen, fällt Hessen bei allen Besoldungsgruppen auf den vorletzten oder drittletzten Platz zurück. Das gilt entsprechend auch für die Lehrkräfte, da Hessen bei der Lehrerarbeitszeit in den vergangenen Jahren ebenfalls auf dem letzten oder vorletzten Platz im Ländervergleich rangierte.
Schlechter als Hessen behandelt nur noch Berlin seine Beamtinnen und Beamten. Wiewohl an anderer Stelle die Regierung in Wiesbaden nicht müde wird zu betonen, dass das Land im Hinblick auf seine Finanzkraft glänzend da steht und auch wieder 2011 der größte Pro-Kopf-Einzahler in den Länderfinanzausgleich gewesen ist.

Es ist also richtig, auch weiterhin die Übertragung der 2009 tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeit auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten sowie der Lehrkräfte zu fordern. Für die Beamtinnen und Beamten ist es wichtig, in die Tarif- und Besoldungsrunde 2013 einbezogen zu werden, um einem weiteren Abkoppeln der Einkommensentwicklung entgegen zu wirken.

Konjunktur und Steuermehreinnahmen

Der Finanzplan Hessen für die Jahre 2012 bis 2016 ging im August 2012 von einem Plus bei den hessischen Steuereinnahmen (nach Länderfinanzausgleich) von 4,8% für 2012 und 5,0% für 2013 aus. Diese Annahmen beruhten auf den Steuerschätzungen vom Mai 2012, die wiederum ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von real 0,7% für 2012 und 1,6% für 2013 unterstellten.

Die im Oktober veröffentlichten Prognosen der Bundesregierung und verschiedener Wirtschaftsforschungsinstitute gehen im Durchschnitt von einem Wachstum von 0,75% in 2012 aus und von rund 1% für 2013. Auch wenn sich also die Konjunktur im kommenden Jahr aufgrund der derzeit herrschenden Krisenpolitik in der EU abkühlen dürfte, könnte doch der hessische Finanzminister im kommenden Jahr spürbare Steuermehreinnahmen verzeichnen.

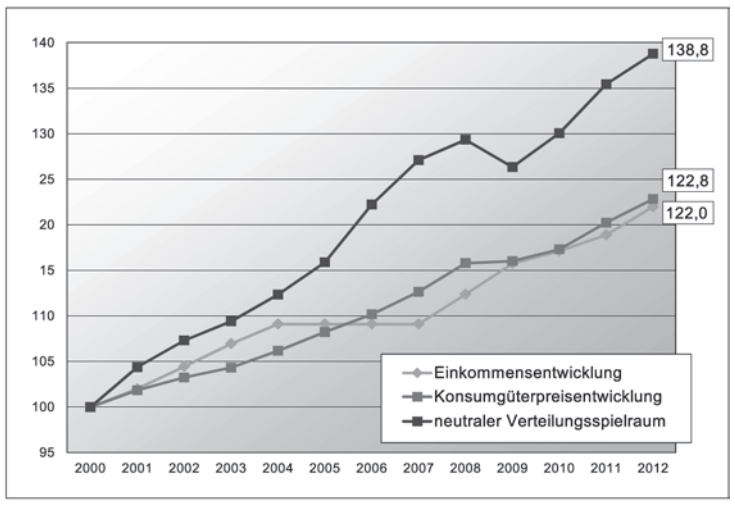


Abb. 1: *Entwicklung der Einkommen im hessischen Landesdienst (Tabellenwerte), der Inflation und des sogenannten „neutralen Verteilungsspielraumes“, 2000 bis 2012 (2000 = 100). (Verteilungsspielraum 2012: Prognose, Inflation 2012: Halbjahreswert; Quelle: Statistisches Bundesamt)*

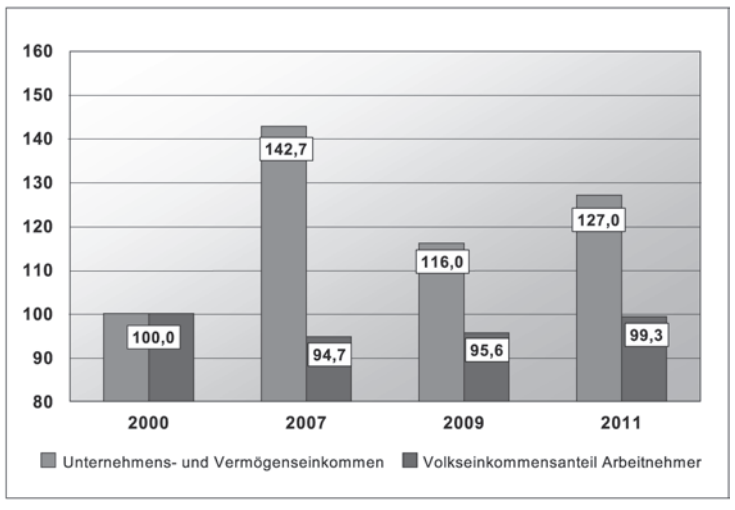


Abb. 2: *Entwicklung der Arbeitnehmereinkommen sowie der Unternehmens- und Vermögenseinkommen 2000 (=100) bis 2009*
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18.4. 2011, eigene Berechnungen

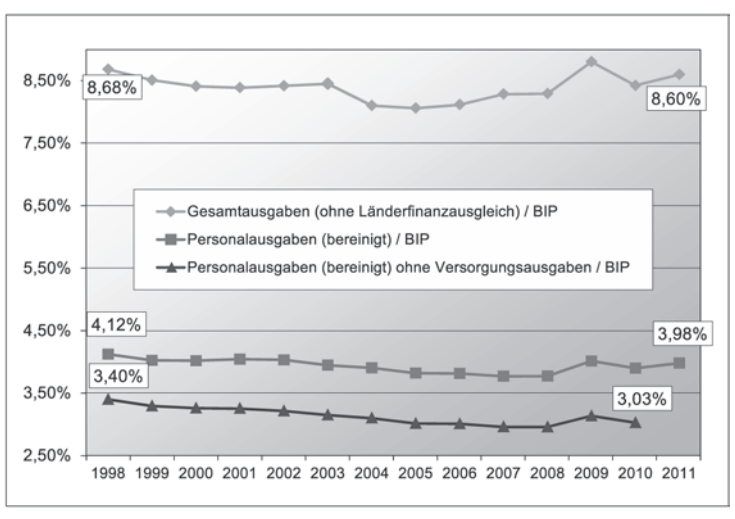


Abb. 3: *Ausgaben des Landes Hessen 2000 bis 2011 als Anteil am hessischen Bruttoinlandsprodukt (BIP).*
Quelle: Landesrechnungshofberichte; bei der Bereinigung der Personalausgaben berücksichtigt der Rechnungshof die Ausgliederung u.a. der Universitäten zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts, eigene Berechnungen

Weitere Themen der Tarif- und Besoldungsrunde 2013:

Entgeltordnung für Lehrkräfte

Im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) wird die für die GEW besonders wichtige Frage einer Entgeltordnung für Lehrkräfte in der Tarifrunde 2013 wahrscheinlich eine Rolle spielen. Zur Erinnerung: 2011 wurde mit der TdL eine allgemeine Entgeltordnung für die Beschäftigten vereinbart, bei der aber die Lehrkräfte keine Berücksichtigung fanden. Die hessischen Verhandlungen zu einer Entgeltordnung zum TV-Hessen, bei denen es selbstverständlich auch um die Frage der Einbeziehung von Lehrkräften geht, sind allerdings noch nicht soweit gediehen, dass sie mit der Tarifrunde 2013 in irgendeiner Weise verknüpft werden könnten.

Angesichts der oben beschriebenen zurückhaltenden Entwicklung bei den Personalausgaben in Hessen in den vergangenen Jahren sieht wohl auch die Landesregierung in Wiesbaden die Notwendigkeit, höhere Aufwendungen fürs Personal zu berücksichtigen. Die mittelfristige Finanzplanung sieht bei den Personalausgaben für 2013 eine Erhöhung von 4,5% vor.

Begründung: *„Der starke Anstieg der Ausgaben für die Beschäftigten und Versorgungsempfänger des Landes im Jahr 2013 in Höhe von 360 Mio. Euro (…) ist vor allem auf die Auswirkungen bereits beschlossener sowie auf die Vorsorge für künftige Tarif- und Besoldungsanpassungen zurückzuführen.“*

Dies ist auch mehr als überfällig, wenn man von der einseitigen Exportorientierung in Deutschland auf Kosten seiner Nachbarn wegkommen und die Binnenkonjunktur stärken will.

Urlaubsregelung

Das Land Hessen ist mittlerweile dem Vorbild der TdL gefolgt und hat die Urlaubsregelung des § 26 Abs. 1 TV-H fristgerecht gekündigt. Hintergrund ist die höchstrichterlich attestierte altersdiskriminierende Wirkung der tarifvertraglich festgelegten Altersstaffelung beim Erholungsurlaub. Diese Frage wird daher Gegenstand der nächsten Tarifrunde sein. Im Organisationsbereich der GEW sind von der Urlaubsregelung insbesondere die sozialpädagogischen Fachkräfte betroffen. Auch in den Hochschulen sind die Urlaubsregelungen von Bedeutung.

In der gewerkschaftlichen Debatte zur Tarif- und Besoldungsrunde 2013 wurde bisher betont, dass unsere Forderungen vor allem Einkommenssteigerungen in den Blick nehmen sollten und dass es möglichst zu vermeiden ist, dem Arbeitgeber einen allzu bunten Blumenstrauß an tarifpolitischen Ansprüchen zu Beginn der Verhandlungen zu präsentieren.

Trotzdem sind im Rahmen einer Forderungsdiskussion auch tarifpolitische Regelungsgegenstände zu berücksichtigen, die nichts mit den Tabellenwerten zu tun haben. Die Rolle der Entgeltordnung für Lehrkräfte im Rahmen der TdL-Verhandlungen wurde bereits erwähnt. Die Frage der Übernahme von Auszubildenden könnte für ver. di 2013 eine wichtige Rolle spielen, auch weil die Azubis bei den letzten Tarifauseinandersetzungen sich sehr aktiv beteiligt haben.

Für die hessischen Schulen wären wegen der Vielzahl von befristeten Arbeitsverhältnissen verbesserte Regelungen z.B. bei der Anrechnung von einschlägigen, aber kurzfristigen Berufserfahrungen wünschenswert. Allerdings hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass es aus nachvollziehbaren Gründen nicht einfach ist, diese Beschäftigtengruppe in Tarifauseinandersetzungen einzubeziehen.

Dienstvereinbarung Mobbing: **Gesamtpersonalrat Frankfurt gewinnt Silber beim Deutschen Personalrätepreis**

Ein Interview mit Marianne Friemelt und Rainer Koch

FLZ: *Zuerst einmal herzlichen Glückwunsch zur Silbermedaille beim Deutschen Personalrätepreis! Erzählt mal, wie es dazu gekommen ist!*

Marianne: Dieser Preis wurde vor zwei Jahren zum ersten Mal ausgelobt, und wir haben aus der Zeitung „Der Personalrat" davon erfahren, die zusammen mit dem DGB und der HUK Coburg den Preis vergibt. Sebastian hat damals zu mir gesagt, dass das tolle Sachen sind, die die Preisträger für die Beschäftigten erreicht haben. Als der Preis in diesem Jahr zum zweiten Mal ausgeschrieben wurde, hat Maike Wiedwald vorgeschlagen, wir sollten uns mit der Mobbing-Vereinbarung bewerben. Ich habe daraufhin eine Bewerbung geschrieben, in der ich unsere zehnjährige Arbeit im Arbeitsschutzausschuss beschrieben und als vorläufigen Höhepunkt die Mobbing-Vereinbarung in den Mittelpunkt gestellt habe.

Rainer: Ja, Marianne und ich waren für den GPRLL seit Beginn in dem Ausschuss. Ganz am Anfang haben wir die Dienstvereinbarung Sucht durchgesetzt, und später ging es dann um den Fragebogen zur Erhebung der psychischen Belastungen an Schulen. Der steht ja heute als „Frankfurter Fragebogen" sogar auf der Seite „Schule und Gesundheit" des Kultusministeriums. Dort wird eine Online-Auswertung für Schulen, die sich anmelden wollen, angeboten. Natürlich war Gegenstand unserer Aktivitäten auch immer wieder die Auseinandersetzung mit dem Schulträger wegen gesundheitlichen Belastungen an Schulbauten.

Marianne: Das ist allerdings ein dickes Brett zu bohren. Um da etwas durchzusetzen, braucht man die Energie der gesamten Schulgemeinde, möglichst von der Presse unterstützt. Ich sage nur: hallige Klassenräume! Dass die dem Lernen abträglich sind, ist wissenschaftlich erwiesen. Trotzdem geschieht nichts (außer bei Umbauten oder Gesamtsanierungen).

FLZ: *Ihr sprudelt ja nur so zum Thema Gesundheitsschutz. Aber jetzt lasst uns mal zur Mobbing-Vereinbarung kommen. Wie kam es denn dazu?*

Marianne: Rainer Georg-Lilling, der damals mit im Vorsitzendenteam war, hatte schon sehr früh einen Vorstoß für eine Vereinbarung gemacht, die allerdings nicht so weit kam, dass wir sie dem Schulamt vorgelegt hätten. Bei mir hat eine Kollegin den Ausschlag gegeben, die mich um Unterstützung bat. Ich konnte es damals nicht fassen, was Leute sich ausdenken, um andere fertig zu machen. Ich habe daraufhin ein einwöchiges Seminar besucht und mit dem Know-how, das ich dort gewonnen habe, den Text für eine Dienstvereinbarung für Schulen geschmiedet. Dabei halfen mir Vorlagen aus an die 20 Dienstvereinbarungen, die ich bei dem Seminar als Muster bekommen hatte. Da hab ich mir jeweils das Passende herausgepickt.

Rainer: Danach haben wir lange in der GEW-Fraktion an dem Entwurf geschliffen. Wir haben dann auch zwei Informationsveranstaltungen mit einer Expertin gemacht, bei denen auch Schulamtsvertreter anwesend waren.

Marianne: Das ist uns eigentlich erst im Nachhinein klar geworden, dass es schlau war, die dazu einzuladen. Die hatten nämlich auch Interesse an dem Thema, weil im Schulamt auch das eine oder andere Hässliche lief. Und außerdem wussten sie dann gleich, dass wir mit dem Entwurf zu einer Vereinbarung auf sie zukommen würden.

FLZ: *War es schwierig, die Vereinbarung beim Schulamt durchzusetzen?*

Rainer: Es mussten schon mehrere Sitzungen und Verhandlungen geführt werden. Letztendlich hat Eifert, der damalige Schulamtsleiter, gesagt: lassen sie es jetzt so, ich unterschreibe. Und die neue Amtsleiterin Bouffier-Spindler hat inzwischen zugestimmt, dass die Vereinbarung nun unbefristet gilt. (Sie war zunächst auf nur ein Jahr begrenzt.)

FLZ: *Was war strittig?*

Marianne: Es war uns wichtig, dass in der Vereinbarung betont wird, dass jemand, der gemobbt hat, nicht oder nicht mehr für die Übernahme von so genannten Führungsaufgaben in Frage kommt.

Rainer: Den Begriff „Bossing" wollte man ursprünglich in der Dienstvereinbarung nicht haben, das sei unwissenschaftlich, nicht in der Literatur verankert...

Am Ende, nach längerer Diskussion, wurde der Begriff dann doch gerechterweise mit eingefügt. Andernfalls hätten wir die Vereinbarung nicht unterschrieben.

Marianne: Nach meiner Erfahrung hat Mobbing sowieso nur dann eine Chance, wenn die Vorgesetzten mitmachen oder es zumindest dulden. Lässt der oder die Vorgesetzte erkennen, dass er oder sie so etwas an der Schule nicht will, dann geht dem Mobbing-Prozess sehr schnell die Luft aus. Das gilt übrigens auch für Dezernenten im Staatlichen Schulamt: Wenn von dort das Signal kommt, dass Mobbing an einer Schule unerwünscht ist, dann läuft es auch nicht. Das habe ich mehrmals erlebt.

FLZ: *Jetzt seid Ihr schon bei der Frage, die ich Euch ohnehin stellen wollte: Wie wirksam ist die Vereinbarung?*

Rainer: Die Sensibilität für unfaires Verhalten am Arbeitsplatz ist enorm gestiegen. Das gilt für die Mobbing-Opfer, denn wir erleben es immer öfter, dass wir um Übersendung der Vereinbarung gebeten werden. Es gilt aber auch für die Vertreter der Schulaufsicht, die inzwischen teilweise schnell reagieren, wenn ein Mobbing-Verdacht geäußert wird. Dann wird rasch ein Gespräch anberaumt und nach einer Lösung gesucht. Ob die Vereinbarung auch auf die Täter wirkt, können wir am schlechtesten beurteilen, denn die melden sich ja nicht gerade bei uns. Ich habe aber kürzlich einem Kollegen, der sich an mich gewandt hatte, empfohlen, mehrere Dienstvereinbarungen Mobbing einfach auf dem Tisch im Lehrerzimmer zu verteilen.

Marianne: Manchen Beschäftigten ist halt immer noch nicht so richtig klar, dass es sich bei Mobbing um Körperverletzung handelt. Dass jemand eine Kollegin in der Schule zusammenschlägt, so dass sie blutet, kommt relativ selten vor. Jemanden aber psychisch so stark zu verletzen, dass der Körper mit – im Extremfall – schwerer Krankheit reagiert, das ist genauso strafbar, nur vielleicht nicht so leicht nachweisbar. Die Idee von Rainer mit der Mobbing-Vereinbarung auf den Tischen finde ich gut. Mobber agieren im Dämmerlicht. Immer dann, wenn ihr Verhalten ans Licht gezogen wird, kriegen sie Probleme. Ich rate den Opfern, zu überlegen, auf welche Schwachstelle die Mobber immer wieder einhauen und diese offensiv zu verteidigen.

Marianne Friemelt und Rainer Koch nahmen den Preis für den GPRLL FFM entgegen.

FLZ: *Hast Du dafür ein Beispiel?*

Marianne: Da war zum Beispiel eine Frau, die mit sich selbst unzufrieden war, weil sie immer sehr emotional reagierte. Die Mobber hatten das mit ihren kleinen Radarantennen erkannt und hieben immer wieder in diese Wunde. Eines Tages sagte ein ihr wohlgesinnter Kollege zu ihr, dass er eigentlich gerade die Emotionalität an ihr so sympathisch finde. Und das gab ihr Kraft, beim nächsten Mobbing-Angriff selbstbewusst zu ihrer Persönlichkeit zu stehen. Womit das Mobbing augenblicklich aufhörte! Ist doch irre, oder? Die Stelle, an der man am meisten verletzlich ist, ist vielleicht gar nicht so leicht zu finden, aber es lohnt sich, danach zu suchen.

FLZ: *Interessant! Und wie war das denn nun mit der Preisverleihung?*

Rainer: Wir sind nach Berlin gefahren, und beim Schöneberger Forum, einer Veranstaltung des DGB, wurden die Preise verliehen. Wir zählten mit weiteren 11 Personalräten zu den „Nominierten", waren furchtbar aufgeregt und dachten zwischendurch, dass wir bestimmt doch nicht unter den drei Prämiierten sein würden. Umso schöner dann, dass es doch geklappt hat.

FLZ: *Wer hat denn Bronze und Gold bekommen?*

Marianne: Interessanterweise gingen alle drei „Medaillen" an Lehrerpersonalräte, also an GEW-Personalräte, obwohl nur eines der 10 Jury-Mitglieder aus der GEW kam und es ja noch eine Reihe anderer Öffentlichen-Dienst-Gewerkschaften gibt. Das zeigt schon mal, wie aktiv die GEW im ganzen Land ist.

Bronze ging an den Lehrerpersonalrat aus Berlin. Die beschäftigen sich schon lange intensiv mit dem Tarifvertrag der Länder, der ähnliche Bestimmungen wie der TV-Hessen hat. Im § 16 geht es ja auch bei uns um die Einstufung von Verträgen, mit andern Worten: um bares Geld von tarifbeschäftigten Arbeitnehmern. Es gibt dort unbestimmte Rechtsbegriffe wie z.B. „einschlägige Beschäftigung". Des Weiteren können auch Ermessenstatbestände dazu führen, dass die eine Person niedriger eingestuft wird als die andere. Der Berliner Personalrat hat die Schulpersonalräte aufgefordert, in Zweifelsfällen die Einstufung abzulehnen und damit Stufenfälle zu produzieren. Damit wurde der Senatsverwaltung deutlich, dass die tariflichen Regelungen spezifiziert werden müssen, und zwar mit den Personalräten.

Wir haben im GPRLL Frankfurt gerade über diesen Paragraphen im Tarifvertrag sehr lange mit dem Schulamt verhandelt. Allerdings leider nicht mit so einem durchschlagenden Erfolg wie die Berliner. Vielleicht sollten wir eine neue Initiative starten und die Schulpersonalräte auch auffordern, Einstufungen öfter abzulehnen. Denn was da auf Kosten derjenigen läuft, die meist ja auch noch prekär, sprich mit wenig Stunden und kurzer Befristung beschäftigt werden, empfinde ich als skandalös.

Rainer: Die Personalräte aus Bremen haben Gold bekommen. Sie wurden für ein Thema prämiiert, an dem wir auch in Frankfurt dran sind. Sie haben erreicht, dass prekär Beschäftigte im Schulbereich jetzt mit mindestens einer halben Stelle und unbefristet beschäftigt werden. Dies wurde in mehreren Dienstvereinbarungen festgelegt. Ich habe mir von der Bremer Kollegin, die hier federführend war, die Unterlagen geben lassen und prüfe jetzt, ob davon etwas für Frankfurt übertragbar ist. Denn wir haben hier ja auch jede Menge Personen, die sich seit Jahren von einem Vertrag zum nächsten hangeln und immer wieder um Weiterbeschäftigung bangen müssen. Für diese Menschen muss unbedingt etwas getan werden!

FLZ: *Dann bringt der Preis also nicht nur Ehre für Euch, sondern spornt auch an, weiter an anderen wichtigen Themen zu arbeiten. Gut, dass es auch anderswo in der Republik vorbildhaft arbeitende Personalräte gibt!*

Marianne / Rainer: Ja, noch einmal herzlichen Glückwunsch auch nach Berlin und Bremen!!

Solidaritätserklärung des Bezirksverbands Frankfurt

Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Sachsen im Warnstreik für angemessene Bezahlung, gerechte Eingruppierung und einen Demografie-Tarifvertrag

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die sächsische Landesregierung hat mit den Haushaltsänderungen vom 08.11.2012 ihrer Entschlossenheit Ausdruck gegeben, die Forderungen der Lehrerschaft des Landes nach einer angemessenen Bezahlung und gerechten Eingruppierung größtenteils zu ignorieren und ihren Willen klargestellt, stattdessen durch die Aufstockung der Mittel für die sogenannte „Unterrichtsgarantie" um 2,5 Mio. Euro die weitere Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse im Schulwesen zu betreiben bzw. in Form von zunehmenden Überstunden den Druck auf die Lehrkräfte noch mehr zu erhöhen.

Auf eine Aufforderung zu Verhandlungen seitens Eures Landesverbandes an den Finanzminister nur mit dem Angebot zu einem völlig unverbindlichen „Gespräch" zu reagieren, ist eine ungeheuerliche Provokation der Landesregierung, auf die Ihr zu Recht mit einem Aufruf zu landesweiten Warnstreiks geantwortet habt.

Wir Kolleginnen und Kollegen des Bezirksvorstandes der GEW Frankfurt am Main erklären uns mit Euren Forderungen und Eurem Kampf solidarisch!

Die Forderungen nach einem Demografie-Tarifvertrag, mit welchem dem aktuell stattfindenden Generationenwechsel im Schulwesen Rechnung getragen werden soll und einer angemessenen Bezahlung für die Referendarinnen und Referendare dienen nicht nur den Lehrkräften an den Schulen, sondern sichern die Bildungsinteressen der künftigen Generationen, die nicht unter die Räder einer sogenannten „Sparpolitik" kommen dürfen.

Wenn es nicht gelingt, die Ausdehnung der Lebensarbeitszeit bundesweit wieder rückgängig zu machen, werden Altersteilzeitmodelle immer dringender.

Auch von daher ist Euer Kampf eine große Ermutigung auch für unsere KollegInnen hier in Frankfurt und Hessen.

Daher möchten wir Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere kämpferischen Grüße übermitteln und wünschen Euch neben dem nötigen Durchhaltewillen viel Erfolg beim Erreichen Eurer Ziele und vor allem eine baldige Aufnahme von Verhandlungen durch die Landesregierung!

Der Bezirksvorstand des GEW-Bezirks Frankfurt am Main

Obere Reihe: *Uli Hildebrand, Sebastian Guttmann*
Zweitobere Reihe: *Waltraud Umbach, Albin Zeidlewitz, Ernst Olbrich, Daniel Gnida, Margret Kröger, Meike Bär, Christina Avellini*
Zweituntere Reihe: *Enis Gülegen, Henrich Zorko, Christa Sperr-Straub, Hanne Hirn, Ingeborg Ulrich, Claudia Glock*
Untere Reihe: *Valentin Wiedemann, Martina Dunkel-Volknandt, Bine Friedrich, Rainer Koch, Christiane Treffert, Alexandra Menk, Maike Wiedwald.*

GEW Beamte

Name	Schule	Typ	Telefon	e-Mail Adresse
Bär, Meike	FR-Dessauer Gym.	GOS	06192-309299	MeikeBar@aol.com
Dunkel-Volknandt, Martina	E-Huperdinck-Schule	GrS	069-59791886	TinaDV@gmx.de
Friedrich, Sabine	Panoramaschule	Fö	06171-4753	bine-friedrich@t-online.de
Glock, Claudia	Holbeinschule	R	069-676908	claudiaglock@web.de
Guttmann, Sebastian	Hostatoschule	GrS+	06190-8879915	ps.guttmann@t-online.de
Hildebrand, Ulrich	L-v-Rothschild-Schule	R	06101-497144	Hibrand@yahoo.de
Hirn, Hanne	Franz-Böhm-Schule	BS	06171-508241	brainmail@t-online.de
Koch, Rainer	G-August-Zinn-Schule	IGS	069-7891567	rainer.j.koch@t-online.de
Olbrich, Ernst	Klingerschule	BS	0641-9869999	Ernst.Olbrich@yahoo.com
Sperr-Straub, Christa	Fr-Fröbel-Schule	G	069- 611837	sperrnea@web.de
Treffert, Christiane	Ernst-Reuter-Schule II	IGS	069-766291	c.treff@gmx.net
Ulrich, Ingeborg	Schule am Ried	KGS	069-46308697	Ing.Ulrich@gmx.net
Wiedwald, Maike	C-v-Weinberg-Schule	IGS	069-66076959	m.wiedwald@t-online.de
Zorko, Heinrich	Ernst-Reuter-Schule II	IGS	0172-7785855	zorko.ersii@t-online.de

GEW Arbeitnehmer

Name	Schule	Typ	Telefon	e-Mail Adresse
Kröger, Margret	Panoramaschule	Fö	069-96230970	Kroeger-Frankfurt@t-online.de
Zeidlewitz, Albin	Bethmannschule	BS	069-595248	zeidlewitz@t-online.de

Nachrücker / Gewerkschaftsbeauftragte

Name	Schule	Typ	Telefon	e-Mail Adresse
Umbach, Waltraud	Kirchnerschule	GrS	069-6667588	Waltraud.Umbach@t-online.de
Lindemann, Ireen-Isabell	L-Erhard-Schule	BS	06192-8077324	i.lindemann@gmx.net
Wiedemann, Valentin	Ernst-Reuter-Schule II	IGS	069-778956	valentin-wiedemann@gmx.de
Menk, Alexandra	Walter-Kolb-Schule	HR	06146-8492575	a.menk@walter-kolb-schule.de
Gülegen, Enis	Sophienschule	H	069-547434	guelegen@googlemail.com

Schwerbehindertenvertreter

Name	Schule	Typ	Telefon	e-Mail Adresse
Wrede	Engelbert	SSA FFM	069-38989-430 069-20326287	e.wrede@f.ssa.hessen.de

Impressum info@gew-frankfurt.de

FLZ vorm. Frankfurter Lehrerzeitung
Herausgeber
Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
im DGB, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt
Tel.: 069 – 29 18 18, Fax: 069 – 29 18 19
E-mail: **info@gew-frankfurt.de**
Bürozeiten Geschäftsstelle des Bezirksverbandes:
dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uhr
donnerstags 14 bis 18 Uhr
Vorsitzendenteam
Bettina Happ-Rohé, Maike Wiedwald

Redaktion Ernst Olbrich (verantw.), Herbert Storn
Rechtsberatung Hanne Hirn, Hans Wedel, Thomas Sachs
montags 15.30 - 18 Uhr,
Tel.: 069 – 13 37 78 71, in den Ferien findet keine Rechtsberatung statt
Satz & Layout
Karin Dienst, Christian Häussler
Druck Caro-Druck
Auflage ca. 3.200
Erscheinungsweise
4 bis 5 mal jährlich

Fotos wenn nicht anders angegeben: FLZ
Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Redaktioneller Hinweis: Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als unformatierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor.
Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialien für die freundliche Überlassung.

Nachrichten ...

G9 für alle!

Für die Rückkehr zu G9 hat sich auch die Fraktion im GPRLL eingesetzt. Weniger Zeit bedeutet mehr Stress, weniger Übungsphasen und öfters auch weniger Lernerfolg und mehr Schuldzuweisungen. G9 bedeutet mehr Zeit für Inhalte, Lernprozesse und Lernerfolge. Mehr Zeit auch am Nachmittag. Mehr Zeit für Schüler/Innen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und sich auszuprobieren. Mehr Zeit für Elternhäuser sich den Kindern zu widmen, statt deren Hausaufgaben. Mehr Zeit für Lehrer/Innen, sich um die Schüler zu kümmern. Mehr Zufriedenheit. Die GEW setzt sich für eine Rückkehr zu G9 ein.

Dass in Frankfurt die Rückkehr zu G9 auch vom überwiegenden Teil der Eltern gewünscht wird, zeigen die ersten Befragungen an verschiedenen Schulen. Im Verfahren bei einer Rückkehr muss jedoch ein Einvernehmen mit der Stadt Frankfurt bezüglich des neu entstehenden Raumbedarfs erzielt werden. Hierzu war in der Presse zu lesen, dass das Bildungsdezernat bereits erklärt habe, die Stadt werde keine Schule daran hindern, zu G9 zurückzukehren.

In Frankfurt ist im Moment von mehreren Gymnasien zu hören, dass sie bereits zum kommenden Schuljahr zu G9 zurückkehren möchten, andere möchten noch abwarten, wie sich die Gesetzeslage entwickelt. Die GEW setzt sich für eine flächendeckende Rückkehr zu G9 ein, – nur die war der Landesregierung bisher immer zu teuer und wird es angesichts der drohenden Schuldenbremse vermutlich leider auch bleiben.

Fristablauf für Anträge

Der Gesamtpersonalrat weist darauf hin, dass es eine Fülle von Anträgen gibt, die bis zum 01. 02. 2013 gestellt sein müssen, damit die beantragten Maßnahmen zum 01. 08. 2013 umgesetzt werden. Dies betrifft vor allem jede Form von Teilzeitanträgen (Altersteilzeit, Stundenreduzierung, Beurlaubung...) Anträge auf Versetzung oder Abordnung, Anträge zur vorzeitigen Inanspruchnahme des Lebensarbeitszeitkontos (LAK) etc.... Wir fordern euch auf, die Anträge möglichst noch vor den Weihnachtsferien auf den Dienstweg zu geben.

Versetzungsanträge in andere Schulamtsbezirke

Wer einen Antrag auf Versetzung – auch in einen anderen Schulamtsbezirk außerhalb Frankfurts – stellt, möge sich bitte mit folgenden Gesamtpersonalratsmitgliedern in Verbindung setzen.:
Gymnasialbereich: Meike Bär, Ingeborg Ulrich, Maike Wiedwald
Grundschulbereich: Christa Sperr-Straub,
HR-Bereich: Claudia Glock, Uli Hildebrand
Förderschulbereich: Sebastian Guttmann
Berufsschulen: Hanne Hirn oder Ernst Olbrich
Gesamtschulbereich: Christiane Treffert
Die Kontaktdaten befinden sich auf den linken Spalten.

Stellenbesetzungen an Grundschulen

Vor und während der Sommerferien gab es in den Schulen wieder Aufregung, da benötigte Stellen nicht besetzt waren und die Planung für das neue Schuljahr nicht fertiggestellt werden konnte. Einigen Schulen fehlten noch zu Schuljahresbeginn LehrerInnen für das 1. Schuljahr.

Auf Nachfrage des GPRLL beim Staatlichen Schulamt wurde mitgeteilt, dass die zu bewältigende Einstellungsquote enorm hoch war und es große Schwierigkeiten gegeben habe, die Stellen zu besetzen.

Die scheinbar dazu im Widerspruch stehende Zahl von 295 Ranglistenbewerbern/-innen am 05.Oktober, die sich für eine Stelle in Frankfurt beworben hatten, ist nach Auskunft des Staatlichen Schulamtes nicht aussagekräftig, da es sich z. B. bei den nicht besetzbaren Stellen um Ausschreibungen für die Mangelqualifikation in Sport und Religion handele, die von den verfügbaren Bewerbern/-innen nicht abgedeckt würden. Das Staatliche Schulamt wies zusätzlich darauf hin, dass häufig Probleme bei der Stellenbesetzung entstünden, weil schon angenommene Bewerber/-innen kurzfristig absagen würden, wovon manche Schulen sogar im selben Stellenbesetzungsverfahren mehrfach betroffen seien. Zum Beispiel bewarb sich eine Kollegin, die schon länger in einem befristeten Arbeitsverhältnis außerhalb Frankfurts stand, auf eine Planstelle in Frankfurt. Kurz darauf wurde ihr von ihrem zuständigen Schulamt eine Planstelle angeboten. Um lange Anfahrtszeiten und einen Wohnungswechsel zu vermeiden, nahm sie die Stelle in ihrem Schulbezirk an.

Schulleitungen an Grundschulen fehlen

Auch viele Grundschulen in Frankfurt müssen ohne vollständige Schulleitung auskommen. In den letzten 4 Jahren gaben in Frankfurt 28 Rektoren oder Konrektoren ihre Ämter zurück. Neue Bewerbungen auf Konrektorenstellen werden zunehmend häufiger von angestellten LehrerInnen eingereicht und besetzt. Unserer Einschätzung nach liegt es nicht daran, dass niemand oder wenige mehr Verantwortung übernehmen möchten, sondern:

- Die Arbeitsbelastung ist enorm gestiegen.
- GrundschullehrerInnen haben mit 29 Stunden die höchste Unterrichtsverpflichtung und das geringste Gehalt.
- Auch die Schulleitungsgehälter bestehen häufig nur aus Zulagen oder einer Gehaltsstufe mehr.

Damit an den Grundschulen nach wie vor gute Arbeit geleistet werden kann, müssen die Arbeitsbelastungen gesenkt und die Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden.

Anträge zur Ausschreibung von A 14 Stellen

EndeOktober 2012 erhielt der GPRLL eine Nachricht über den Stand der Ausschreibungen der A14 Stellen in beruflichen Schulen und Gymnasien. Zu diesem Zeitpunkt lagen 11 A 14 - Ausschreibungen (aus dem Bereich Gymnasien) dem SSA noch nicht vor, es wurde daran erinnert, dass das bis zum 16. November der Fall sein müsse.

Der GPRLL fragte in den betroffenen Schulen nach und erinnerte die Personalräte daran, zu diesem Thema nachzufragen. An den meisten Gymnasien kam es aufgrund komplexer Verhandlungen über Art und Text der Ausschrei-

.... aus dem Gesamtpersonalrat

bungen zur oben genannten Verzögerung, durchaus ein Zeichen von ernst genommener Mitwirkung der Personalräte.

Zum endgültigen Abgabetermin lagen dem SSA alle Ausschreibungstexte vor.

Sabbatjahranträge

Vor einiger Zeit teilte das Staatliche Schulamt uns mit, dass es vorhabe, Anträge von Lehrkräften auf ein Sabbatjahr generell nicht mehr zu genehmigen, da dies die Lehrerversorgung nicht mehr zulasse. Auch unsere Einwände, die weiter unten noch einmal aufgelistet werden, konnten das Amt nicht zu einer Änderung seiner Haltung in dieser Frage, die für uns inakzeptabel und unzulässig ist, bewegen. Hier einige unserer Argumente:

- Die Entscheidung, ob ein Sabbatjahr genehmigt wird oder nicht, ist eine Einzelfallentscheidung, bei der zwischen den Gründen des Antragstellers und den dienstlichen Interessen abgewogen werden muss. Dies schließt generelle Ablehnungen natürlich aus.
- Das eigentliche Sabbatjahr (die Freistellung) tritt erst in einigen Jahren ein. Einen befürchteten oder erwarteten Lehrkräftemangel in der Zukunft als Ablehnungsgrund zu nehmen ist aus unserer Sicht nicht haltbar, zumal das Hessische Kultusministerium immer wieder von einer flächendeckenden Versorgung der Schulen von über 100% spricht und für die Zukunft weitere Verbesserungen verspricht.
- Das Staatliche Schulamt empfiehlt in seinen Handreichungen zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) selbst, Lehrkräfte sollten als eigenen Beitrag zum Erhalt von Gesundheit und Arbeitskraft von der Sabbatjahrregelung Gebrauch machen.

Sabbatjahre sind eine der wenigen Möglichkeiten für Lehrkräfte, sich (auf eigene Kosten!) zu entlasten. Wir empfehlen allen Lehrkräften, die dies wollen, dies auch zu beantragen und sich nicht von der „Drohung der Nichtgenehmigung“ abschrecken zu lassen.

Die örtlichen Personalräte haben bei einer Ablehnung ein Mitbestimmungsrecht. Wir fordern dazu auf, den Ablehnungen nicht zuzustimmen und die berechtigten Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu vertreten. Für Beratung und Unterstützung steht die GEW-Fraktion im GPRLL gern zur Verfügung.

Genießen vom ersten bis zum letzten Tag –
Ein Plädoyer für das Sabbatjahr

Der formale Ablauf dürfte weitgehend bekannt sein: als Lehrerin oder Lehrer im Schuldienst hat man die Möglichkeit, im Rahmen der „Besonderen Form der Teilzeitbeschäftigung“ ein Schuljahr lang bei regulären Bezügen und versichertem Status eine Auszeit zu nehmen. Die Formel (z.B. 3/4 oder 4/5 oder 5/6) legt jede/r selbst fest, der Antrag ist formlos über den Dienstweg an das Staatliche Schulamt zu richten.

Ich habe mich im Jahr 2006 dazu entschlossen, nach dem 4/5 – Modell für ein Sabbatjahr im Schuljahr 2010 / 2011 anzusparen.

Man weiß zum Zeitpunkt eines solchen Entschlusses nicht, wie der äußere Rahmen sein wird im Sabbatjahr: in welcher Situation man sich befinden wird, wie es einem gesundheitlich gehen wird, was möglich sein wird, wonach einem der Sinn steht.

Bereitschaft zum Risiko gehört demnach dazu.

Eine ebenfalls unerlässliche Zutat ist eine gute Planung für diese kommenden 13 oder 14 Monate.

Und schließlich darf die Flexibilität nicht fehlen, einzelne Punkte der Planung auch wieder über Bord zu werfen.

Kreative Ideen dazu, wie Zeit verbracht werden kann ohne zu arbeiten – diese Ideen wachsen erfahrungsgemäß von alleine.

Meine Motivation, ein Sabbatjahr einzulegen, entstand weniger aus einem Überdruss – ich arbeite gerne – sondern mehr aus dem banalen Bedürfnis, mal wieder etwas anderes zu machen als Schule. Ich verfügte über ein breites Repertoire an alternativen Ideen; das hängt vielleicht auch damit zusammen, dass ich erst im Alter von 42 Jahren im Schuldienst landete und in den Jahren davor unterschiedlichen anderen Tätigkeiten nachgegangen war.

Meine Planung sah so aus, dass ich das Jahr zunächst in Phasen dreierlei Art unterteilte: es sollte Phasen geben, in denen ich *reisen* wollte, Phasen, in denen ich *woanders tätig sein* wollte und Phasen, für die ich mir *nichts Spezielles* vornahm.

Mit ging es im Grunde genommen darum, einerseits am Ende des Jahres reicher an Erfahrungen zu sein und andererseits im Verlauf des Jahres über Raum und Zeit zu verfügen- wofür auch immer.

Überraschenderweise begann mein Sabbatjahr zwei Monate vor dem offiziellen Termin – besser gesagt: ich ließ es einfach da beginnen. Bei der jährlich international stattfindenden „Dream Night at the Zoo“ hatte ich einen Stand mit Musikinstrumenten zum Mitmachen aufgebaut. Ursprünglich war ich als Bollerwagen-Taxi im Fellkostüm vorgesehen. Noch heute bin ich mit dem Musikzelt bei der Dream-Night dabei.

Um beim Träumen zu bleiben: die kleinste Hallig, Oland mit 19 Häusern und 17 Bewohnern, zu erreichen lediglich mit einer Lore über den Damm, war mein erstes Reiseziel. Ich besuchte dort auch die Schule: fünf Schülerinnen und eine Lehrerin, mit der ich am Nachmittag eine Wanderung an der Küste entlang machte. In einer dreiviertel Stunde hatten wir die Hallig umrundet. Ich schrieb eine Karte nach Hause, zu meiner Schule.

Den Kontakt zu meiner Schule zu halten war mir von Anfang an wichtig. So bin ich gelegentlich zu Veranstaltungen gegangen oder habe aus dem Sabbatjahr heraus eine Bewerbung für ein Projekt entworfen.

Ich erinnere mich noch, dass ich im Mai auf der Insel Kreta bei meiner Freundin am Wohnzimmertisch saß und einen Beitrag für das Schulprogramm erstellte.

Das mag jede/r für sich so oder so entscheiden; für mich war dieses gedankliche Dranbleiben am Schulleben wichtig.

Eine der sicherlich intensivsten Erfahrungen war eine Reise durch Äthiopien, die ich so, wie ich sie vorbereitet und durchgeführt habe, niemals in die drei Wochen Osterferien hätte packen können. Und auch die Nachwirkung der Eindrücke aus einem so faszinierenden und zugleich sehr armen Land wäre im Schulalltag viel schneller untergegangen.

Viele Ideen gingen über Bord: zum Beispiel die, ein Praktikum im Zoo zu machen oder mit einem Frachter den Rhein hinauf oder hinunter zu fahren.

Neben den Reisen war eines nachhaltig und wäre so neben der Arbeit in der Schule nicht möglich gewesen: die Prüfung in Schulmusik abzulegen und damit einerseits neue Kenntnisse zu erwerben und mir andererseits weitere berufliche Perspektiven zu schaffen.

Um auf die Überschrift zurückzukommen: Ich hatte selbst nicht damit gerechnet, dass das Genießen so prompt einsetzt: am letzten Schultag vor den Sommerferien, pünktlich nach der dritten Stunde, begann ich fast alles, was ich tat, in einer besonderen Weise genussvoll zu tun. Denn das ist ein unbeschreibliches Gefühl: Zeit vor sich zu haben, um Gedanken und Ideen frei laufen lassen zu können aber auch, im Alltag nicht alles immer zwischendurch zu erledigen.

So genoss ich die großartigen Dinge genauso wie die Tätigkeiten des Alltags.

Und der Wiedereinstieg? Fiel er schwer? Hatte ich Horror vor dem ersten Schultag? Mitnichten. Ich freute mich auf die Arbeit, war voller Ideen und voller Schwung.

Regelrecht ungeduldig schlich ich in den letzten Wochen in der Schule herum.

Und: schon nach zwei Schulwochen spürte ich eine gewisse Unruhe um mich herum, hörte Bemerkungen wie: das schaff ich nicht, Probleme hier, schon wieder Druck.

Ich schaute, von außen, aus der Entfernung des Sabbatjahres und stellte fest: neben dem objektiv schwierigen gibt es auch viel Hausgemachtes.

Diese gewonnene Gelassenheit konnte ich mir bisher erhalten.

Ich habe nun einen kleinen Schalter, Sabbatical Feeling steht drauf. Den lege ich um, wenn alles zu viel wird, ich in Eile gerate, den Wald vor lauter Bäumen nicht sehe. Meistens, nicht immer, gelingt es mir, die Bilder dieser 13 Monate wachzurufen und damit gelange ich schnell wieder in den grünen Bereich.

Abschließend möchte ich u.a. auch für diejenigen Personen, die sich in Verantwortung für andere im Bereich Personalführung befinden, das Erlebnis Sabbatjahr so zusammenfassen: Lehrerinnen und Lehrer, die ein Jahr Auszeit nehmen, können mit neuer und innovativer Energie in den Schulalltag zurückkehren, können in Belastungsspitzenzeiten gelassener bleiben und können aus einer gesunden Entfernung ihre Rolle für sich neu definieren.

Brigitte Vock

Bericht aus dem Bildungs- und Integrationsausschuss im Römer
Zwei private Fachschulen als Antwort auf die fehlende Umsetzung des Rechtsanspruches für U3-Kinderbetreuung?

Auf eine entsprechende Anfrage der SPD antwortet das Bildungsdezernat in seinem Bericht vom 17. 08. 2012 (B 362) (Auszüge):

Die Ausbildungskapazitäten an der Berta-Jordan-Schule im Bereich der Fachschule für Sozialpädagogik wurden seit 2008 von 477 auf jetzt 954 Schülerinnen und Schüler verdoppelt. Durch die in 2009 abgeschlossene Sanierung und Erweiterung der Schule wurden für den Fachbereich neue Raumkapazitäten geschaffen. (…) Derzeit ist kein weiterer Ausbau der Ausbildungsplätze der Berta Jourdan-Schule geplant. Durch die Neueröffnung zweier privater Fachschulen voraussichtlich im August 2012 werden in Frankfurt zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen. (…)

Kita Frankfurt bietet derzeit 130 Ausbildungsplätze für Berufspraktikant/inn/en (Genderform im Folgenden geändert), 36 Stellen für Sozialassistent/inn/en, 30 Stellen für Vorpraktikant/inn/en sowie 40 Plätze im Bereich der Teilzeitausbildung an. Für dieses Angebot müssen entsprechend viele qualifizierte Anleiter/innen vor Ort zur Verfügung stehen. Eine Erweiterung der Plätze im Bereich der Berufspraktikant/inn/en würde einen deutlichen Ausbau der Anzahl der zur Verfügung stehenden Anleiter/innen voraussetzen. Dies ist ohne zusätzliche Ressource für deren Qualifizierung nicht zu gewährleisten. Diese Problematik der Qualifizierung zur Anleitung gilt auch für die anderen Kita-Träger in Frankfurt.

Um die Absolvent/innen in Frankfurt zu halten, bedarf es neben der Schaffung von Stellen für Berufspraktika auch der Erhöhung der Attraktivität von Frankfurt als Wohn- und Lebensort. (…)

Vom „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ können die Quereinsteiger/innen profitieren, die bereits als Tagesmütter oder -väter arbeiten und sich weiterqualifizieren möchten zur Sozialassistent/in oder Erzieher/in. Außerdem werden Quereinsteiger/innen gefördert, die sich gezielt für die Arbeit im Krippen- und Tagespflegebereich ausbilden lassen. Dadurch kann das Betreuungsangebot für den U3-Bereich ausgebaut werden. (…)

Die Einrichtung eines Springerpools für die städtischen Kitas und Krippen ist nicht angedacht. Auch hierfür müssten Fachkräfte gewonnen werden. Kita Frankfurt arbeitet stattdessen seit Oktober 2011 mit mehreren Personalservicefirmen zusammen, um zeitlich befristete Vakanzen mit Zeitarbeitskräften abzudecken. (…)

Darüber hinaus hat der Eigenbetrieb „Kita Frankfurt“ ein umfangreiches Konzept zur Personalgewinnung entwickelt. (…)

Als besondere Anreize für unsere neuen Mitarbeitenden stehen für alle beschäftigten Eltern bei „Kita Frankfurt“ kostenlose Betreuungsplätze für ihre Kinder bereit und bei der Suche nach Wohnraum in Frankfurt werden sie aktiv unterstützt.

Der Magistrat rechnet mit Klagen von Eltern zur Einlösung des Anspruches auf Bereitstellung eines Betreuungsplatzes. (…) Die Platzkapazitäten sind jedoch stadtweit zum Stichtag 01. 08. 2013 voraussichtlich noch nicht bedarfsdeckend ausgebaut. (…)

Der Magistrat kann Eltern in begrenztem Umfang durch temporäre Überbelegung von Kindergruppen, in anderen Stadtteilen oder bei Kindertagespflegepersonen eine kurzfristige Lösung anbieten. Diese – für betroffene Eltern sicher nicht zufriedenstellende – Lösung könnte die Anzahl der Klagen reduzieren. (…)

SPD-Antrag

Unter dem Betreff: „Wie kann Frankfurt attraktiver für Erzieherinnen und Erzieher werden?“ (NR 469) hat die SPD einen Antrag eingebracht, der die Umsetzung der im Magistratsbericht angekündigten Vorschläge fordert sowie die Prüfung einer Reihe weiterer Maßnahmen, die von Mietkostenzuschüssen über Job-Tickets bis zu Qualifizierungsangeboten für QuereinsteigerInnen gehen.

Weiter wird gefordert, dass die Kooperation mit Personalservicefirmen eingestellt wird. Es soll stattdessen ein Springerpool von städtischen Beschäftigten eingerichtet werden, die unbefristet eingestellt und nach Tarif bezahlt werden.

Dienstrecht“modernisierungs“gesetz
Verbesserungen in Aussicht gestellt, aber Nachbesserungen sind notwendig!

Wir begrüßen ausdrücklich die von den Regierungsfraktionen in Aussicht gestellten Verbesserungen für einige Gruppen von Landesbeamten im zweiten Dienstrechtmodernisierungsgesetz – diese sind nach jahrelangen Zumutungen und Verschlechterungen überfällig und notwendig – und freuen uns über einen ersten Schritt der Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern des Landes endlich nachzukommen.

Leider sind aber viele andere Notwendigkeiten nicht berücksichtigt worden. Hierfür können wir beispielhaft einige Bereiche nennen. Das Gehalt der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV), derzeit ca. 1150 Euro (brutto), müsste erhöht werden. Eine weitere Notwendigkeit ist die Angleichung der Arbeitszeit der Beamten an die der Tarifbeschäftigten (von 42 Stunden pro Woche auf 40) und die Wiedereinführung der Altersteilzeitregelung für alle Bediensteten des Landes Hessen.

Weiterhin gibt es im Schulbereich eine große Zahl an befristet beschäftigten Menschen, die jedes Jahr erneut von Arbeitslosigkeit bedroht sind und von denen immer noch über 30% keine Bezahlung der Sommerferien erhalten, da sie die engen Kriterien des Erlasses nicht erfüllen.

Presseerklärung des GEW Bezirksverbands vom 04.12.12 zum 2. Dienstrechtmodernisierungsgesetz

Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

Umsetzung Schulverwaltungs-organisationsstrukturreform-gesetz

Die Arbeit des Projektbeirats wurde beendet und ein „Aufbauteam" hat seine Arbeit aufgenommen. Für den HPRLL sind viele Fragen ungeklärt. Unklar, wie bestimmte Beteiligungsabläufe mit dem HPRLL aussehen sollen nach Eingliederung des AfL und IfQ in das Landesschulamt, auch werden Aufgaben in das Landesamt verlagert (z.B. Arbeitsschutz), bei denen die Beteiligung des PR gesichert sein muss. Bis zur letzten Sitzung im November lag der Organisationserlass zum neuen Amt noch nicht vor, obwohl dieses seine Arbeit zum 1.1.2013 aufnehmen soll. Auch hier hat der HPRLL Beteiligungsrechte eingefordert.

Der HPRLL hat scharf kritisiert, dass alle seine Anliegen (z.B. Abschaffung der Schulinspektion, Abschaffung der Führungsakademie u. Integration der entsprechenden Fortbildungen in die Lehrkräftefortbildung, Schaffung eines Stellenpools) offenbar weder im Lenkungsausschuss noch in den Arbeitspaketen zur Kenntnis genommen oder diskutiert wurden. Das HKM will dies in das Aufbauteam hineintragen. Man darf gespannt sein.

Immerhin konnte in der letzten Sitzung geklärt werden, dass die Dienstvereinbarungen zwischen StSchÄ und GPRLL erhalten bleiben. Auch in Zukunft sollen die Leiter/innen der StSchÄ solche Vereinbarungen mit den GPRLL abschließen können.

Das HKM listet alle Stellen auf, die besetzt werden müssen; welche ausgeschrieben werden, soll in Kürze bekannt werden. Zumindest ist nun klar, dass die Stelle des Präsidenten und die Stellen der Abteilungsleiter/innen (bis auf eine) ausgeschrieben werden.

Kleines Schulbudget (KSB)

In der Erörterung mit dem HKM wollte man plötzlich nichts mehr davon wissen, dass man selbst in PowerPoint-Vorträgen im Lande verkündet hat, dass die Schulkonferenz nach Vorschlag der Gesamtkonferenz bei der Einführung des Kleinen Schulbudgets zustimmen muss. Das HKM will die Sachlage noch einmal intern besprechen und innerhalb der nächsten Wochen klären, nachdem der HPRLL einen „Vertrauensschutz" für einmal gemachte Aussagen (sogar schriftl. in den Folienvorträgen) eingefordert hat. Der HPRLL hat zudem ausführlich begründet, warum es auch zweckmäßig ist, dass im Rahmen der Zuständigkeit der SK für Haushaltsfragen auch die Entscheidungsbefugnis für die Einführung des KSB liegt.

Anrechnung von Betreuungs- und Aufsichtsstunden im Rahmen des Ganztagsangebotes

Der § 15 zu den Ganztagsangeboten war in der neuen Pflichtstundenverordnung gestrichen worden. Das HKM hatte daraufhin einen Erlass an die StSchÄ geschickt, ohne ihn vorher in das Beteiligungsverfahren zu geben. Nachdem der erste Erlass zurückgezogen wurde, sollen in der neuen Fassung wiederum „pädagogische Tätigkeiten im Rahmen des Ganztagsangebots, die nicht Unterricht im Sinne der Stundentafel (Pflichtunterricht, Wahlpflichtunterricht, Wahlunterricht) sind", als „Betreuungs- und Aufsichtsstunden (...) zur Hälfte auf die Pflichtstunden der Lehrkräfte angerechnet" werden. In einer ersten Erörterung hat der HPRLL deutlich gemacht, dass Aufsicht und „Betreuung" nicht zusammengenommen werden dürfen. Zudem sieht er das Problem, dass Aufsichtszeiten grundsätzlich gedeckelt werden müssten und alle Aufsichtszeiten, die darüber hinausgehen, auf die Pflichtstunden angerechnet werden müssten. Das HKM will dieses Anliegen zunächst überdenken.

Sonderpädagogische Förderung – „Beauftragung" statt Abordnung

Das HKM hält den Begriff „Beauftragung" bei vorbeugenden Maßnahmen für richtig, da es sich um Maßnahmen des BFZ handele, nicht der Schule; bei inklusiver Beschulung handele es sich um Abordnungen, da man mit bestimmten Stunden regelmäßig an einer anderen Schule, also anderen Dienststelle arbeite. Hier ist der HPRLL also nicht weitergekommen. Es muss also genauer angeschaut werden, um welche konkreten Fälle (insbes. Dauer und Regelmäßigkeit) es sich bei der „Beauftragung" handelt.

Lehrerzuweisung für 2012 / 13 / Inklusion

Im neuen Erlass hat es aufgrund der Korrektur von Schülerzahlen marginale Änderungen gegeben. Besonders auffallend war jedoch, dass den Förderschulen rund 90 Stellen weniger zugewiesen werden, die im HKM-Pool (ZPM) gelandet sind. Der HPRLL hat das dringende Anliegen formuliert, dass diese Stellen wiederum der sonderpädagogischen Förderung im Rahmen der Inklusion zugewiesen werden. Sie könnten ein Puffer für die Förderausschüsse sein, die in vielen Schulamtsbereichen unter dem Druck standen, die zusätzlichen Stunden für die inklusive Beschulung möglichst niedrig anzusetzen. Das HKM hat nach konkreten Beispielen gefragt, die es dann prüfen würde.

Der HPRLL hat dem HKM eine Dokumentation exemplarischer Fälle übergeben, bei denen deutlich wird, wie nicht zur Verfügung stehende benötigte Stunden eine inklusive Beschulung verhindern.

Quereinstieg

In der vorliegenden Änderungs-VO wird die Altershöchstgrenze bei der Zulassung zum Vorbereitungsdienst für Quereinsteiger/innen und für Fachlehreranwärter/innen erneut auf „höchstens 40 Jahre" festgesetzt. In Fällen besonderer Härte (z. B. Betreuung eines Kindes unter 18, Pflege von pflegebedürftigen Angehörigen) kann nun die Altersgrenze auf bis zu 45 Jahre angehoben werden (Folge eines Beschlusses des VG Kassel). Der HPRLL lehnt die Altersbeschränkung insgesamt als altersdiskriminierend ab und verweist auf die Situation an Beruflichen Schulen. Dort unterrichten Personen, die bereits in anderen Berufen ausgebildet wurden, was häufig mit einem höheren Alter einhergeht. Sie unterrichten dort ohne qualifizierte pädagogische Ausbildung, die ihnen aber unbedingt ermöglicht werden sollte.

Lehrerstellen in Frankfurt schwer zu besetzen?

Sowohl das StSchA Frankfurt als auch die Ministerin hatten behauptet, dass es schwer sei, Lehrerstellen in Frankfurt insbesondere im Grundschulbereich zu besetzen. Der HPRLL konnte dies nicht nachvollziehen und hat dem HKM mitgeteilt, dass sich Anfang Oktober immer noch 1107 ausgebildete Grundschullehrkräfte auf der Rangliste um eine Stelle beworben haben, darunter knapp 300 für Frankfurt.

G 8 / G 9

Der HPRLL hat in der neuerlichen Diskussion mit der Ministerin seine Forderung zur flächendeckenden Rückkehr zu G9 mit vielen Argumenten begründet. Die Ministerin hält jedoch nach wie vor das hessische G8-Modell für eines, das vielfach gut laufen würde (wie auch die Erfahrungen mit ihren eigenen Kindern zeigen würden) und noch besser gestaltet werden könnte. Immer wieder wird das Argument wiederholt, dass man ein „vielfältiges" Bildungsangebot wünsche, daher auch möglichst überall G8 und G9 anbieten möchte.

Der HPRLL hat die notwendige Zustimmung des StSchA problematisiert, wenn eine Schule zu G9 zurückkehren will. Es kann befürchtet werden, dass die StSchÄ diese Wünsche von Schulen und Eltern beeinflussen und lenken. Dafür gibt es deutliche Anzeichen bis zu der Vorgehensweise in Fulda, wo das StSchA die Information der Eltern über die weiterführenden Schulen übernehmen wollte. Weiterhin hat der HPRLL kritisiert, dass es für die Schulen kaum mehr möglich ist, schon zum nächsten Schuljahr zu G9 zurückzukehren, obwohl eine Reihe von Schulen dies wünscht. Da die Schulen ein Konzept erstellen müssen, fordert er das HKM auf, das dafür geplante Kriterienpapier schnell vorzulegen sowie einen „Fahrplan", an dem die Schulen sich orientieren können.

Beim geplanten Schulversuch G8/G9 kritisiert der HPRLL eine Reihe von Problemkonstellationen. Inzwischen ist das HKM wohl dabei, die Regelungen des Schulversuchs in einigen Punkten zu überarbeiten, genauere Informationen gibt es noch nicht.

Entwicklung von Bildungsstandards für die Sek. II

Der HPRLL hat eine schriftliche Anfrage zur Erarbeitung und Implementierung der Bildungsstandards in der Sek. II gestellt und den Zeitplan nachgefragt. Hintergrund der Anfrage war, dass nach aktuellem Beschluss der KMK Bildungsstandards die Grundlage für einen Aufgabenpool mit bundesweiten Abiturprüfungsaufgaben bilden sollen, die der Vergleichbarkeit der Allgemeinen Hochschulreife in allen Bundesländern dienen sollen.

Ab wann soll gekürzter Zuweisungsfaktor gelten?

Das HKM wollte den Studienseminaren den gekürzten Zuweisungsfaktor von 4,75 Stunden pro LiV bereits ab dem 01. 11. 2011in Rechnung stellen. Da das Beteiligungsverfahren zu diesem Faktor im HPRLL jedoch erst im März 2012 abgeschlossen war, hat der HPRLL dies nicht akzeptiert. Um die ganze Situation zu heilen, hat das HKM nach längerem Hin und Her nun für ein halbes Jahr 10 zusätzliche Stellen für Ausbildung zur Verfügung gestellt, die anteilig den Seminaren zugewiesen werden. Das beharrliche Nachhaken und Verhandeln des HPRLL hat sich gelohnt.

Arbeitszeit der hauptamtlichen Ausbilderinnen und Ausbilder

Das HKM hat die Einwände des HPRLL gegen die vorgesehenen Faktoren der Umrechnung (bei der Berechnung der zu gewährenden Stunden) abgelehnt, die nach Auffassung des HPRLL zu niedrig bzw. bzgl. Lehrämter nicht nachvollziehbar getrennt ausgewiesen werden, obwohl Ausbildungstätigkeit bei den Schulformen gleichen Aufwand erfordert. Allerdings gibt es nun „Bemühungen", zusätzliche Ressourcen für Nachteilsausgleich und Wiedereingliederung zur Verfügung zu stellen.

Jahresgespräche an Studienseminaren

Nach Informationen des HPRLL finden an Studienseminaren obligatorisch Jahresgespräche zwischen Seminarleitung und Ausbilder/innen statt. Der HPRLL hat schriftlich nachgefragt, ob diese verpflichtend sind und wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage. Da Ausbilder/innen den Status von „Lehrkräften" haben, müsste für sie die Dienstordnung gelten; demnach wären obligatorische Jahresgespräche nicht rechtens.

Geltungsdauer befristeter Rechtsvorschriften

In Umsetzung eines Kabinettsbeschlusses werden 31 Verordnungen (z.B. VO zur Gestaltung des Schulverhältnisses) entfristet. Sie gelten nunmehr ohne Frist so lange, bis das Kultusministerium meint etwas ändern zu müssen. Weitere 34 Verordnungen werden um drei Jahre verlängert (z.B. Konferenzordnung), gelten also nunmehr 8 Jahre statt 5.

Drei VOs, die am Jahresende ausgelaufen wären, werden um ein Jahr verlängert, weil sie sich gerade in der Überarbeitung befinden (Aufsicht über Schülerinnen und Schüler, Zulassung von Schulbüchern, Sicherstellung der Verlässlichen Schule).

Schulentwicklungspläne

Im Zusammenhang mit Schulentwicklungsplänen hat der HPRLL grundsätzliche Fragen zur zukünftigen Modellregion Inklusion Wiesbaden gestellt. Sie soll am 01. 08. 2013 beginnen, das HKM will jedoch noch keine schriftlichen Festlegungen weitergeben, da diese noch in der Bearbeitung seien. Eine Startveranstaltung findet im Februar 2013 statt.

Gemeinschaftsveranstaltungen von Lehrerkollegien

Das HKM hat dem HPRLL mitgeteilt, dass im Erlass „Gemeinschaftsveranstaltungen von Lehrerkollegien während der Schulzeit" nun folgende Formulierung aufgenommen wird: „Gemeinschaftsveranstaltungen (Betriebsausflüge) von Lehrerkollegien *sollen* in der unterrichtsfreien Zeit durchgeführt werden. *Ist dies ausnahmsweise nicht möglich, dürfen sie frühestens nach der fünften Unterrichtsstunde beginnen; § 15a HSchG bleibt unberührt*". – Immerhin ein Teilerfolg!

Sonstiges

Der HPRLL
hat moniert, dass auf der Homepage des HKM bzgl. des Realschulabschlusses immer noch die Information über eine Wahlmöglichkeit zwischen mündlicher Prüfung und Präsentationsprüfung zu lesen ist. Laut Gesetz gibt es nur noch Präsentationsprüfungen.

Der HPRLL
hat die Dienststelle aufgefordert, das Programm des Europäischen Sozialfonds „Ida-Integration durch Austausch" im Jahr 2013 fortzuführen und die dafür notwendigen Schritte umzusetzen, um die nicht unbeträchtlichen Fremdmittel zur Förderung von benachteiligten Jugendlichen abzurufen.

Das HKM
hat über das Pilotprojekt zur Einführung des Deutschen Sprachdiploms (Stufe I) für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger (Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter) in Intensivklassen und -kursen in Hessen informiert. Das HKM sieht hierin ein geeignetes Instrument, um den Spracherwerbsprozess dieser SuS noch besser zu unterstützen. Die Zahl nimmt weiter kontinuierlich zu, im letzten Schuljahr haben 4.260 SuS an Intensivmaßnahmen zum Erlernen der deutschen Sprache teilgenommen.

Bettina Happ-Rohé
Klingerschule
(212-44019)
mffn1990@aol.com

Christoph Baumann
Paul-Hindemith-Schule
(21245355)
Tel. 06192-43935
gew@baumannchristoph.de

Auch wir wünschen Euch viel Kraft, Durchsetzungsvermögen und Gesundheit im neuen Jahr!

Tipps und Hinweise für die Personalratsarbeit

Rolle des / der Vorsitzenden

„Der Vorsitzende führt die laufenden Geschäfte. Er vertritt den Personalrat im Rahmen der von diesem gefassten Beschlüsse.“ So will es § 30 Hessisches Personalvertretungsgesetz (HPVG).

Der Vorsitzende ist also in sein Gremium eingebunden. Er kann nur das nach außen geben, was der Beschlusslage des gesamten Personalrats entspricht.

Diese Regelung schützt das gesamte Gremium und auch die einzelnen Mitglieder davor, von der Schulleiterin unter Druck gesetzt zu werden: „Unterschreiben Sie doch mal grade!“ Der Vorsitzende hat, wenn er sich nach dem Gesetz verhält, zuerst die anderen Personalratsmitglieder zu informieren und einen Beschluss herbeizuführen. Erst dann kann die Unterschrift geleistet werden. Unterschreibt er aus eigener Machtvollkommenheit, macht er sich eines Verstoßes gegen das HPVG schuldig.

Die anderen Personalratsmitglieder sind nicht unterschriftsberechtigt, es sei denn, der Vorsitzende ist nicht anwesend und es ist eine Vertretungsregelung für diesen Fall getroffen.

Ganz nebenbei schützt die Regelung auch die anderen Personalratsmitglieder vor allzu eigenwillig handelnden Vorsitzenden, die meinen, alles alleine entscheiden zu können oder gar die Zweisamkeit mit der Schulleiterin pflegen zu können.

Wir empfehlen ausdrücklich, niemals in Einzelgespräche mit der Schulleiterin zu gehen (Ausnahme ist der Einer-Personalrat, bei dem es nicht anders geht, siehe dazu auch unter „Gewerkschaftsbeauftragte/r“). Einzelgespräche schwächen den Personalrat.

Interne und Gemeinsame Sitzung

Der Vorsitzende lädt zu den Sitzungen des Personalrats ein (§ 31,2 HPVG), legt die Tagesordnung fest und leitet die Verhandlung.

Das HPVG stärkt die Rolle des Personalrats, indem es ihm das Heft in die Hand gibt, was und wie verhandelt wird. Der Personalrat befindet sich mit der Schulleiterin „auf gleicher Augenhöhe“.

Es gibt Sitzungen des Personalrats untereinander (=“Interne Sitzung“) und Sitzungen, bei denen nach § 31,4 HPVG die Schulleiterin eingeladen ist (=“Gemeinsame Sitzung“).

In der Internen Sitzung des Personalrats werden anliegende Themen sowie die Herangehensweise durch den Personalrat besprochen. Die Gemeinsame Sitzung wird vor- und nachbereitet. Es werden Beschlüsse gefasst. Probleme der Zusammenarbeit der Personalratsmitglieder werden hier diskutiert und möglichst gelöst. Es wird vereinbart, wie das Kollegium über die Arbeit des Personalrats informiert werden soll, z. B. auch in Personalversammlungen.

In der Gemeinsamen Sitzung muss die Schulleiterin den Personalrat über alles informieren, was die Beschäftigten wesentlich berührt (§ 60,4 HPVG). Dazu sollte es einen festen Punkt „Information der Dienststelle“ auf der Tagesordnung geben. Da die Schulleitungen dieser Verpflichtung häufig nicht ausreichend nachkommen, muss der Personalrat Augen und Ohren aufsperren und nach den Dingen im Rahmen eines festen Tagesordnungspunktes „Nachfragen des Personalrats“ fragen. Weitere Punkte ergeben sich aus dem alltäglichen Geschäft. So kann es um Personalfragen (Abordnungen, Versetzungen, Einstellungen, Beförderungen, Funktionsstellenbesetzungen, Ablehnung von Teilzeitanträgen) gehen, bei denen der Personalrat ein Mitbestimmungsrecht hat. Bevor er hierzu einen Beschluss fasst, kann und sollte er diese Fragen mit der Schulleiterin erörtern (§ 69,1 HPVG). Es kann aber auch um soziale Angelegenheiten gehen, z.B. um Maßnahmen, die der Hebung der Arbeitsleistung dienen (§ 74,1,2 HPVG), bei denen ebenfalls ein Mitbestimmungsrecht besteht. Aber auch Sachverhalte, die allgemeineren Charakter haben, z. B. die nächste Gesamtkonferenz, der Geschäftsverteilungsplan, die Stunden- oder Aufsichtsplangestaltung, das Schulfest usw. usf. sollte der Personalrat mit der Schulleiterin in der Gemeinsamen Sitzung beraten.

Auf der Homepage der GEW Frankfurt findet man unter „Info für Personalräte“ unter dem Button „Schulpersonalrat“ einen „Jahresarbeitsplan für Personalräte“, der unerfahrenen Personalräten Hinweise darauf geben soll, welches Thema sie sich in welchem Monat vorknöpfen und auf die Tagesordnung setzen sollten.

Beschlussfassung

Die Beschlussfassung des Personalrats erfolgt in der Internen Sitzung mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt.

Fehlt ein Personalratsmitglied ganz (oder zeitweise, weil es z.B. von einer Abstimmung selbst betroffen ist), dann ist ein Ersatzmitglied einzuladen. Dabei handelt es sich um den oder die erste NachrückerIn auf der jeweiligen Liste oder, falls Personenwahl stattgefunden hat, mit den nächstmeisten Stimmen. (§ 34 HPVG)

Gewerkschaftsbeauftragte

Gewerkschaften haben die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchgesetzt. Auch haben sie erreicht, dass der Gesetzgeber ihnen Einflussrechte in den Mitbestimmungsgremien zugebilligt hat.

§ 33 HPVG regelt, dass Gewerkschaftsbeauftragte an den Sitzungen des Personalrats teilnehmen können. Diejenigen Gewerkschaften können Beauftragte entsenden, die in dem jeweiligen Personalrat durch eines seiner Mitglieder repräsentiert werden. Ist also ein Personalratsmitglied in der GEW, dann kann es GEW-Gewerkschaftsbeauftragte geben. GEWerkschaftsbeauftragte werden von der GEWerkschaftsgruppe der Schule oder dem GEW-Bezirksverband benannt.

Die Gewerkschaftsbeauftragten bringen gewerkschaftliche Positionen in den Personalrat ein und koppeln die Arbeitssituation an den Schulen zurück in die Gewerkschaft, damit diese ggf. mit ihren Mitteln (re)agieren kann. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Personalräten ist also vom Gesetz gewünscht und vorgeschrieben. Der Personalrat hat das Recht, die Gewerkschaften bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in der Dienststelle zu unterstützen. Ein GEW-Personalratsmitglied kann in der Dienststelle als Gewerkschaftsmitglied mit Gewerkschaftsaufgaben tätig werden. (§ 60,2 HPVG)

Während Personalräte und Dienststelle verpflichtet sind, den Frieden in der Dienststelle zu wahren (§ 60,3 HPVG), können Gewerkschaftsbeauftragte auch im Rahmen eines Arbeitskampfes tätig werden.

Und in der Praxis? Häufig sind die Gewerkschaftsbeauftragten identisch mit den 1. Nachrückern. Dann nehmen sie regelmäßig an den Sitzungen des Personalrates teil, mal als Gewerkschaftsbeauftragte, mal als Nachrücker. Es entsteht mehr Kontinuität.

Der 1er-Personalrätin an einer kleinen Grundschule ist es zu wünschen, dass sie als GEW-Mitglied eine weitere Kollegin findet, die bereit ist, mit ihr zusammen als Gewerkschaftsbeauftragte in die Gemeinsame Sitzung zu gehen. Damit sind sie immerhin schon mal zu zweit.

Berlin: „Es gilt viele Mauern abzubauen“ … auch in Bezug auf die Mitbestimmung!

Schwerbehindertenvertretung

Nach § 37 HPVG hat die Schwerbehindertenvertretung das Recht, an allen Sitzungen des Personalrats mit beratender Stimme teilzunehmen.

Bei der Organisation der Schwerbehindertenvertretung ist für eine bestimmte Anzahl Schwerbehinderte jeweils eine Person zuständig („Örtlicher Schwerbehindertenvertreter“). Wer dies für die jeweilige Schule ist, kann man beim Gesamtschwerbehindertenvertreter erfahren, der im Staatlichen Schulamt sitzt und für ganz Frankfurt zuständig ist (siehe die Daten am unteren Ende der Liste der GPRLL-Mitglieder in der FLZ). Da die Kolleginnen und Kollegen meist auch im Unterricht eingebunden sind, ist es ihnen nicht möglich, an allen Personalratssitzungen der Schulen, für die sie zuständig sind, teilzunehmen. Sie haben aber das Recht dazu, und wenn Angelegenheiten der Schwerbehinderten im Personalrat zur Sprache kommen (auch, wenn Schwerbehinderte unter den Bewerbungen für eine Funktionsstelle sind!), dann sollten sie auf jeden Fall eingeladen werden.

Personalräte haben im Übrigen die Pflicht, sich für die Eingliederung und berufliche Entwicklung Schwerbehinderter einzusetzen. (§ 62,1,4 HPVG)

Protokolle

Dies ist in § 38 HPVG leicht verständlich geregelt. Auf das Schreiben von Protokollen zu verzichten kann nicht empfohlen werden. Mindestens ist der Wortlaut der Beschlüsse festzuhalten. Aber auch so manche Schulleiter-Aussage möchte man manchmal später noch einmal nachlesen. Übrigens: wenn die Schulleiterin behauptet, eine Aussage, die im Protokoll steht, nicht gemacht zu haben, dann streiten wir uns nicht mit ihr. Sie soll dann gemäß § 38,2, Satz 4 eine schriftliche Einwendung verfassen, die dem Protokoll beigefügt wird.

Protokolle dienen, wenn nach einem Jahr der Rechenschaftsbericht vor der Personalversammlung abgegeben werden soll, auch der Erinnerung an das, was der Personalrat im vergangenen Jahr geleistet hat. So mancher Personalrat hat sich schon sehr gewundert, was da alles zusammen kam und ohne Protokoll vielleicht schon lange in Vergessenheit geraten wäre.

Sitzungstermin

Nach § 32 HPVG finden die Sitzungen des Personalrats während der Arbeitszeit statt. Im Kapitel „Schulen“ lesen wir in § 93,1 HPVG, dass sie außerhalb der Unterrichtszeit gelegt werden sollen.

Was stimmt? Die Lösung ist, dass Arbeitszeit nicht mit Unterrichtszeit gleichgesetzt werden kann. Nach der „Verordnung über die Ermäßigung der Pflichtstundenzahl für Personalratsmitglieder im Schulbereich“, abgedruckt im GEW-Dienst-und-Schulrecht, hat jedes Personalratsmitglied Anrecht auf eine Deputatsstunde (die übrigens nicht aus dem Schuldeputat geht, sondern getrennt zugewiesen wird. Sie wird wirklich zusätzlich zugewiesen, sie kostet die Schule nichts!). Diese Deputatsstunde ermöglicht es jedem Personalratsmitglied, nicht während seiner eigenen Unterrichtszeit tagen zu müssen. Mit der Freistellung der Personalratsmitglieder im Rahmen einer Pflichtstunde ist die allgemeine Bestimmung umgesetzt, dass Personalratsarbeit Arbeitszeit ist.

Jeder Personalrat sollte von seiner Schulleitung verlangen, dass ein Termin gefunden wird, an dem die Sitzungen des Personalrats regelmäßig stattfinden können, ohne dass die Personalratsmitglieder durch ihren Stundenplan zu langen Wartezeiten oder gar zur Extra-Anreise gezwungen werden. Eine Schulleitung, die behauptet, dies sei nicht möglich, verstößt gegen § 64,1 HPVG, nach dem Personalratsmitglieder nicht behindert oder benachteiligt werden dürfen, wenn sie ihren Aufgaben nachgehen. Dies ist ein gravierender Verstoß gegen ein gültiges Gesetz!

Immer wieder machen wir in Personalratsschulungen die Erfahrung, dass auch große Schulen mit komplizierten Stundenplänen in der Lage sind, ihren Personalräten eine solche Zeit frei zu halten, z. B. montags in der 6. Stunde.

Übrigens: Personalräten mit 5 oder mehr Mitgliedern steht eine „Poolstunde“ zu, die z.B. dem oder der Vorsitzenden zugesprochen oder z. B. zwischen Vorsitz und Schriftführung geteilt werden kann.

Geschäftsbedarf und Fortbildung

Die Sachkosten der Personalratsarbeit trägt die Dienststelle. Dies gilt für Räume, Geschäftsbedarf sowie Fortbildungen / Reisen (Tagungs- und Reisekosten). (§ 42 HPVG)

Mindestbedarf eines Personalrats dürfte ein abschließbarer Schrank sein. Als Quelle für wichtige Gesetze, Verordnungen und Erlasse empfehlen wir das „Dienst- und Schulrecht“ der GEW, das für jede Schule erschwinglich ist und entweder im Personalratsschrank oder frei zugänglich im Lehrerzimmer stehen sollte. Was darüber hinaus beansprucht werden kann, dürfte sich an dem orientieren, was ansonsten in der Schule üblich ist. Die Frage des eigenen Computers ist (bisher?) nicht abschließend juristisch geklärt. Wenn aber alle Schulleitungsmitglieder über ein solches Gerät verfügen, sollte der Personalrat (gleiche Augenhöhe!) dies auch verlangen.

Will ein Personalratsmitglied an einer Schulung teilnehmen, so ist ihm die erforderliche Dienstbefreiung zu gewähren. (§ 40,2 HPVG) Hier gibt es keine Einschränkung nach dem Motto „wenn zwingende dienstliche Gründe nicht entgegenstehen“. Der Personalrat sollte in seiner internen Sitzung vorher einen Beschluss über die Teilnahme fassen, damit das Personalratsmitglied auch Reisekosten erstattet bekommt. (§42,3 HPVG)

Marianne Friemelt

Ökonomisierung oder Demokratisierung?

Unter dem Titel „Ökonomisierung oder Demokratisierung – Was wird aus unserem Bildungswesen“ veranstaltet die Marburger GEW seit dem 01.11.2012 eine Vortragsreihe, deren Thematik Modellcharakter für die in der nächsten Zeit zu führenden prinzipiellen Auseinandersetzungen auf dem Feld der Bildungs- und Schulpolitik besitzt. Die Reihe, die am 01. November durch eine Podiumsdiskussion mit Vertretern von Verbänden und Einrichtungen eingeleitet wurde und auch den Landesvorsitzenden der hessischen GEW Jochen Nagel auf dem Podium begrüßen konnte, umfasst sechs Vortragsveranstaltungen bis Anfang Februar 2013, über welche die FLZ auswahlweise berichten wird, weil sie grundsätzliche Themen behandeln. Die nachfolgend abgedruckten Beiträge berichten über die Vorträge von Prof. Hans Peter Klein aus Frankfurt und Dr. Sigrid Hartong von der Uni Bamberg, die sich mit Bildungsstandards und der Rolle der OECD beschäftigten.

„Von der OECD zur neuen Unterrichtspraxis: Wie das Wirtschaftsdenken das Klassenzimmer erreicht“
Vertiefende Überlegungen zum Anlass des Vortrages von Dr. Sigrid Hartong am 19. 12. 2012 in Marburg

Die lästigen Diskussionen und politischen Auseinandersetzungen über Ziele und Inhalte von Bildungspolitik und Schulwesen ein für alle Mal loswerden: Welcher konventionelle Bildungspolitiker hätte davon in der Vergangenheit nicht manchmal – oder auch dauerhaft –geträumt? Man denke nur an die Verwerfungen der schon kreuzzugshaften Streitereien, die vor Jahrzehnten in der hessischen Bildungslandschaft durch die Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre ausgelöst wurden: Von den einen gepriesen wie der Führer ins gelobte Land der Aufklärung, von den anderen mit geradezu exorzistischer Wut als Ticket ohne Rückfahrschein ins Fegefeuer der Indoktrination bekämpft!

Der Traum davon, ultimative Ruhe an der Zweck- und Inhaltsfront von Bildungsdiskussionen zu erreichen, ist im letzten Jahrzehnt ein gutes Stück vorangekommen. Das Zauberwort zu dieser Entwicklung lautet *Effizienz*. Seitdem es gelungen ist, das Kriterium der Effizienz als das Alpha und Omega aller bildungspolitischen Diskussionen durchzusetzen, auf das sich jeder Beitrag, ob befürwortend, ob reserviert abwägend und distanziert zweifelnd gefälligst zu beziehen hat, ist ein grundlegender Wandel im Nachdenken über Bildung und Schule eingetreten, der in vielen Bereichen schon zu umsturzhaftem Wandel geführt hat und in anderen gerade im Begriff steht, das Terrain gründlich umzupflügen.

In Hessen steht Schwarz/Gelb für die Hardcore-Linie dieses Wandels, auch wenn die meisten anderen politischen Akteure auf Landesebene von den geistigen Schockwellen der neuen Denkrichtung nicht unberührt als Fels in der Brandung dastehen. Wie könnten sie auch, werden doch – wenigstens in der politischen Arena – diejenigen, die sich der ultimativen Effizienzlogik auch nur teilweise verweigern, von deren Befürworten als hoffnungslos veraltet, fortschrittsfeindlich, antiaufklärerisch und realitätsuntauglich vorgeführt. Jüngstes Beispiel der polit-ideologischen Ausprägung dieser femeartigen Diskussionsmachart war der an die Adresse des Oppositionsführers im hessischen Landtag, Thorsten Schäfer-Gümbel gerichtete Invektive des Ministerpräsidenten, er wolle zurück in eine „Steinzeitpädagogik“, wenn er das Ziel einer flächendeckenden Gemeinschaftsschule verfolge.

In Argumentationsmustern wie diesem wird dann schon die pure Tatsache, einen im Verlauf der Umgestaltung der Bildungslandschaften erreichten Stand aus wohlerwogenen politischen Gründen verändern zu wollen, zum Vorwurf selbst: Was in den letzten Jahren an Neuerungen installiert wurde, dem soll auf einmal schon Ewigkeitswert zukommen und wer andere schulpolitische Ziele verfolgt, wird als der angebrochenen neuen Epoche ohnehin nicht gewachsen hingestellt.

„Mit der absoluten Konzentration auf das ‚Measurement‘ und einer in diesem Sinne unternommenen permanenten Datenermittlung in Schule und Bildungswesen wird nicht nur das Paradigma installiert, Bildung sei prinzipiell zu managen, sondern auch das dazu passende Menschenbild des modernen marktkonformen Individuums als eines ‚Selbstoptimierers‘, wie es vor allem von der Chicago School of Economics vertreten wird und im Konzept des homo oeconomicus zum Ausgangspunkt ordnungspolitischer Programme wird.“

Globaler Bewusstseinswandel durch freiwillige Übernahme von „rationalen“ Kriterien

Die Frage, wie es gelingen konnte, einen derart tiefgreifenden geistigen Wandel global durchzusetzen, war der Hauptgegenstand des Vortrages von Sigrid Hartong am 29. 11. 2012 im Rahmen der auch von LEA beworbenen Vortragsreihe der Marburger GEW. Die globale Etablierung dieses neuen Wissensregimes wird maßgeblich von der *Organization for Economical Cooperation and Development* (OECD) vorangetrieben, die zwar über kein demokratisch legitimiertes politisches Mandat zur Bildungspolitik verfügt, nichtsdestoweniger aber als Teil eines weltweiten Netzwerks eine machtvolle Einflussgröße bildet. Was diesen Einfluss so durchschlagskräftig werden lässt, ist die Tatsache, dass die OECD mit der Technik des *Benchmarkings* über ein scheinbar unschlagbares Argument verfügt. *Benchmarking* bedeutet im entsprechenden Fall nichts anderes als eine transnational ausgeübte Vergleichsprozedur von schulischen Leistungen, die sich immer an der jeweils erzielten Bestmarke orientiert und diese zum Maßstab aller anderen am Vergleich teilnehmenden Akteure erklärt.

Die ab dem Jahr 2000 in Deutschland eingesetzte PISA-Studie ist dabei das bis heute wirkungsvollste Instrument der Durchsetzung transnationaler Standards, die geeignet sind, den wohl tiefgreifendsten Wandel im Nachdenken über Schule seit vielen Jahrzehnten auszulösen und ein jahrhundertealtes System, so die Referentin, aufzubrechen. PISA vollbringt diese Leistung aufgrund der Tatsache, dass es einerseits einen global als „objektiv richtig“, weil messbar, anerkannten Maßstab für die schulischen Leistungen in den getesteten Fächern zu repräsentieren behauptet, dabei aber andererseits von Autoren produziert worden ist, die alles andere getan haben als sich der Mühe zu unterziehen, die teilweise sehr unterschiedlichen Schulkulturen der nachmaligen Testländer in das Design der Studie mit einfließen zu lassen.

Da die Auswahlkriterien für die den Schülerinnen und Schülern präsentierten Testaufgaben selber der kulturellen Prägung der Testautoren entspringen, was im konkreten Fall bedeutet, dass sie eher den Schwerpunkten des entsprechenden Unterrichts in den angelsächsischen Ländern, speziell den USA, entsprechen, kommen Schülerinnen und Schüler in Ländern mit einer weitgehend anderen Schul- und Bildungskultur und dem gemäßen Inhalten bei den Testergebnissen schlecht weg. Im öffentlichkeitswirksam publizierten Ranking kommt es dabei zu dem als katastrophal skandalisierten Abschneiden deutscher Schüler/-innen im Vergleich mit den Testergebnissen, die in anderen Ländern gewonnen wurden. Auch wenn diese Ergebnisse nichts über die tatsächliche vergleichsweise Leistungsfähigkeit deutscher Schüler/-innen aussagt und selbst von den PISA-Autoren vor einer derart generalisierenden Interpretation ihrer Studie gewarnt wurde, führte das mediale Echo dazu, das deutsche Bildungssystem insgesamt für international abgehängt zu erklären und damit den Reigen der Umgestaltungswutanfälle zu eröffnen, die seitdem das Land überziehen.

PISA konnte sich dabei unter anderem auch zunutze machen, dass aus ganz anderen Gründen in breiten Kreisen der Lehrerschaft Unzufriedenheiten an den begrenzten Möglichkeiten und dem immer wieder feststellbaren partiellen Versagen der verfügbaren Bildungswege in vielfältiger Form bestanden, kritische Einstellungen also, die nun durch PISA neues Anschauungsmaterial und zugleich die Fiktion eines Lösungsweges erhielten.

Wettstreit um die Position in der globalen Wissensgesellschaft

Die erreichte Stellung Deutschlands als international erfolgreichem wirtschaftlichem „Player“ bei gleichzeitigem Aufstieg neuer dynamischer Akteure auf dem Weltmarkt ließ sich hervorragend mit der Frage verbinden, wie es um die zukünftige Position der Bundesrepublik in der globalen Konkurrenz aussehen würde. Die PISA-Ergebnisse waren ein mächtiges Instrument, um Ängste vor einem schon an der Gegenwart ablesbaren angeblichen Abstiegsszenario zu schüren und als Gegenmittel das Konzept des lebenslangen Lernens für die globale Wissensgesellschaft zu propagieren.

So wurde beispielsweise laut den Ausführungen der Referentin durch PISA erreicht, dass zwei traditionell miteinander um Deutungshoheit streitende Einrichtungen wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Kultusministerkonferenz (KMK) seit der Schulstudie in holder Eintracht am gleichen Strick einer grundlegenden Reform des Schulsystems ziehen.

Mit der absoluten Konzentration auf das *Measurement* und einer in diesem Sinne unternommenen permanenten ***Datenermittlung*** in Schule und Bildungswesen wird nicht nur das Paradigma installiert, Bildung sei prinzipiell zu ***managen***, sondern auch das dazu passende Menschenbild des modernen marktkonformen Individuums als eines ***Selbstoptimierers***, wie es vor allem von der *Chicago School of Economics* vertreten wird und im Konzept des homo oeconomicus zum Ausgangspunkt ordnungspolitischer Programme wird. Auf verschiedenen Ebenen wurde und wird durch die OECD die Vernetzung von Wissenschaftlern und anderen Akteuren in internationalen und nationalen Organisationen vorangetrieben, die in ihrer Tätigkeit und ihrem Wirken in der Öffentlichkeit diese Sichtweise vertreten und propagieren, deren hauptsächliche Theoreme in der heutigen Diskussion auch in der Bundesrepublik schon weitgehend den Status von ***unumstößlichen Wahrheiten*** gewonnen haben. Ein Status, der so weit geht, dass Vertreter/-innen anderer Ansichten teilweise Hohn und Spott – wenn nicht noch Schlimmeres – fürchten müssen, wenn sie sich öffentlich zu ihren Vorstellungen bekennen. So wie es beispielsweise „unmöglich“ geworden ist und als Zeichen grundlegender Zurückgebliebenheit lächerlich gemacht würde, als Anhänger/-in des Frontalunterrichts aufzutreten oder etwa die Wirksamkeit des sogenannten ***Selbstorganisierten Lernens*** anzuzweifeln. Dabei ist anzumerken, dass viele der mit dem Paradigmenwechsel einhergehenden Denkfiguren längst zum Selbstläufer in der pädagogischen Diskussion geworden sind, die keiner prinzipiellen Infragestellung mehr unterliegen (dürfen), sondern nur noch unter dem Gesichtspunkt ihrer weiteren Optimierung zu betrachten sind. Dieser Prozess, der sich bei der Verwirklichung des Lehrerwillens zu einem guten Unterricht unter sich verändernden Rahmenbedingungen quasi „unbewusst“ vollzieht, sozusagen in das Bewusstsein der Akteure/-innen der unteren Ebenen einschleicht, hat mittlerweile einen Stand erreicht, in dem ein Zurück kaum mehr möglich erscheint.

„Mit PISA und ähnlichen Instrumenten hat die Dauerreform im Zeichen der Optimierungspermanenz Wirklichkeit gewonnen. Und in dem darauf fußenden Wettbewerb um die best practice wurde dem Einzug des Wirtschaftsdenkens in die Schule eine breite Schneise geschlagen.“

Legislative und administrative Instrumente wie jüngst in Hessen die Novellierung des Hessischen Schulgesetzes, die Schaffung des Hessischen Referenzrahmens Schulqualität oder des Instituts für Qualitätsentwicklung sorgen in Top-Down-Manier für die Durchsetzung der entsprechenden Rahmenkonzepte und der dazu passenden Sprachregelungen. Die in den meisten Schulen mittlerweile vorhandenen Steuerungsgruppen gehören zu den „selbstverantwortlichen“ Transferinstrumenten und der/die freundliche Supporter/Supporterin aus dem Schulamt verwandelt in deren Sitzungen gestandene Lehrkräfte vorübergehend in Schüler/-innen, die zunächst einmal lernen müssen, dass ein auf dem Flipchart fixiertes Arbeitsprogramm ab sofort „Aktivitätenspeicher“ heißt, der verantwortliche Leiter einer Sitzung der *process owner* ist und dass zu erreichende Ziele der Arbeit künftig in Indikativsätzen formuliert werden, als seien sie schon erledigt: *„Die Kollegiumsmitglieder **verfügen** über Grundkenntnisse in Kollegialer Fallberatung“*, steht dann im „Aktivitätenspeicher“. Diese sprachliche Um-Erziehung ist nicht einfach kleinkariert, sondern insoweit eines der Kernstücke des Paradigmenwechsels, da derjenige, der über die Festlegung der allgemein gültigen Sprachregelungen verfügt, damit auch exzellente Ausgangsbedingungen zur Monopolisierung der in diesen Ausdrucksformen verbreiteten Inhalte besitzt.

Andererseits weist der Prozess der Umstrukturierung eines traditionell völlig anders ausgerichteten Schulsystems nach den PISA-Vorgaben auch seine Paradoxien auf, da er – in der Bundesrepublik auch infolge des föderalen Systems sowie der unterschiedlichen Interessensgruppen – zu einem Nebeneinander von „neuem Denken“, diesem entsprechenden neuartigen Verfahrensweisen und andererseits zählebigen Relikten traditionellen Schulverständnisses führt, wie sie z. B. in der Dreigliedrigkeit des deutschen Schulsystems vorliegen, einem Merkmal, das Kriterien entspricht, die weit entfernt von den Überlegungen einer bildungsökonomischen Rationalität sind und bleiben werden. Ergebnis ist in Deutschland derzeit die Herausbildung eines schulischen Hybridsystems, in dem die gegensätzlichen Fliehkräfte einander widersprechender Bildung„philosophien“ um die Oberhand ringen, ohne dass schon absehbar wäre, wie die zukünftige Entwicklung aussehen wird.

Jedenfalls ist den dienstbeflissenen Vollzugsmeldungen von BMBF und KMK, die in neueren Folgestudien auf eine „Verbesserung“ der Ergebnisse des deutschen Schulsystems mit stolz geschwellter Brust hinweisen, auch deswegen zu misstrauen, weil durch die wiederholte Anwendung von PISA einfach auch die ***Testabsolvierungskompetenz*** steigt, was Verbesserungen zwar für den engen Bereich, dem die Tests gewidmet sind, anzeigen mag, darüber hinaus aber keine Evidenz für den gesamten Bildungsstand der getesteten Schüler/-innen besitzt. Das ändert aber leider nichts daran, dass mit PISA und ähnlichen Instrumenten die Dauerreform im Zeichen der Optimierungspermanenz Wirklichkeit gewonnen hat und in dem darauf fußenden Wettbewerb um die best practice dem Einzug des Wirtschaftsdenkens in die Schule eine breite Schneise geschlagen wurde.

Ernst Olbrich

Der Bluff der Bildungsstandards –
Folge des OECD-Orientierungsrahmens?

Die Vortragsveranstaltung der Marburger GEW mit Prof. Hans Peter Klein, Biologe der Universität Frankfurt, erbrachte zahlreiche Belege dafür, dass die neoliberale Wende im deutschen Bildungssystem – weit davon entfernt, die angestrebten Erfolge zu erbringen – zu zahlreichen Verschlechterungen geführt hat.

Ausgangspunkt der Umgestaltung sei, laut dem Referenten, die Absicht gewesen, die Zahl der studierfähigen Schulabgänger und damit letztlich der qualifizierten Hochschulabgänger deutlich zu erhöhen. Um dem vorgegebenen Ziel, mehr hochqualifiziertes „Humankapital" zu produzieren, nachzukommen, habe die OECD Druck auf die maßgeblichen Akteure der deutschen Bildungspolitik ausgeübt, das nationale Bildungssystem stärker an das US-amerikanische anzupassen. Der PISA-Schock als äußerer Auslöser eines groß angelegten Meinungsumschwungs habe das Seinige getan, um eine Entwicklung anzuschieben, die in den Hochschulen zur Implementierung des Bologna-Prozesses mit seinen Bachelor- und Master-Studiengängen führte. Allerdings falle hier ein wichtiger Unterschied auf: Während in den USA für das Erreichen eines Bachelor immerhin acht Regelstudiensemester zur Verfügung stünden und außerdem freie Kurswahl geboten werde, sei das hierzulande installierte System durch hohen Verschulungsgrad und verkürzte Dauer geradezu dafür prädestiniert, den gesetzten Ansprüchen nicht einmal innerhalb des neuen Rahmens Genüge zu tun.

Die mittlerweile auf breiter Front angelaufene Umformatierung der Schule soll die stattgefundene an den Hochschulen von unten her flankieren und unterstützen. Sie baut auf dem zentralen Gedanken der Schlüsselqualifikationen auf, die auch Schlüsselkompetenzen, überfachliche Kompetenzen oder *soft skills* genannt werden. Schlüsselkompetenzen verfolgen in erster Linie das Ziel, die Beschäftigungsfähigkeit *(employability)* einer Person zu sichern. Sie verlangen eine Pluralisierung der Lernbedingungen und gleichzeitige „Entschlackung" der Lehrpläne, die angeblich „überladen" seien. Das steht beispielsweise in diametralem Gegensatz zum deutschen System der Berufsausbildung, das in seinen Berufsbildern auf möglichst umfassend in ihrem Bereich qualifizierte Experten/-innen zielt und damit einen hohen Standard der beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten in genau diesem Feld erzeugt, ein System übrigens, das ironischerweise nach einer Phase der innerdeutschen Infragestellung mittlerweile im europäischen Ausland als „Exportschlager" gerade auch von deutschen Großbetrieben angepriesen und in verschiedenen Ländern als probates Mittel gegen die verbreitete Jugendarbeitslosigkeit rezipiert wird. Demgegenüber setzte sich im bisherigen Verlauf der Auseinandersetzung auf breiter Front der Gedanke von der vermeintlichen Antiquiertheit des deutschen Bildungsdenkens durch, eine Idee, die lediglich mit der ebenso vermeintlichen Überlegenheit des anglo-amerikanischen Wettbewerbsprinzips begründet wird. *„Des weiteren"*, schreibt die OECD, *„steht das hergebrachte deutsche, nicht-ökonomische Leitprinzip des Erziehungswesens im Gegensatz zum Orientierungsrahmen der OECD."* [1]

Druck, sich dem OECD-„Orientierungsrahmen" anzupassen, wird durch eine Flut von Studien und Statistiken seitens dieser Organisation und ihrer Filialbildungen ausgeübt, die von allen Seiten gerne und ohne jedes Bedenken verwendet werden, zumal immer wieder auch Daten dabei sind, die den Anliegen der OECD einen sozialen Anstrich geben. Nicht dabei übersehen werden sollte jedoch die Tatsache, dass für die OECD auch die Vorstöße gegen Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungswesen einzig und allein dem Grundgedanken der optimalen Mobilisierung des *human capital* zu Nutzen und Frommen der jeweiligen Volkswirtschaften (und ihrer Vorzugsbürger) zu dienen haben. Hierbei kommt den Bildungsstandards eine entscheidende Rolle zu, denn sie legen fest, über welche fachlichen, sozialen und methodischen Kompetenzen die Schülerinnen und Schüler bis zum Ende einer bestimmten Klassenstufe verfügen müssen und konkretisieren diese Ziele in Form von Kompetenzanforderungen. Das bisher geltende Prinzip der additiven Anhäufung von Wissen gemäß einem Lehrplan wird nach dieser Vorstellung durch das outporientierte kumulative oder vernetzte Lernen ersetzt, das den Vorgaben eines Kerncurriculums entspricht. Soweit die Theorie.

Die Praxis – vor allem durch die direkten „Akteure" in den Schulen auszuüben – sieht so aus, das nun einerseits die zusätzliche Belastung der Erarbeitung von Schulcurricula ansteht, für die andererseits in Form der Kerncurricula nur äußerst unzureichende Vorgaben gemacht und Hilfestellungen gewährt werden. Das bedeutet zum einen die Eröffnung von Marktchancen für alle möglichen „Berater"institutionen und -firmen, bewirkt aber zum anderen eine Zersplitterung der Schullandschaft, die in Deutschland schon durch das Problem der föderalen Sonderwege in der Bildungspolitik und der Dreigliedrigkeit des Schulwesens gezeichnet ist. Setzt sich die Bewegung hin zur Implementierung von Schulcurricula flächendeckend durch, könnte schon der Umzug einer Familie mit zwei Kindern drei Landkreise weiter zu einer schulpolitischen Abenteuerexkursion werden. Mobilität und Flexibilität – um einmal nur bei den obersten Geboten des Wirtschaftsdenkens zu bleiben – sehen anders aus!

Auch der maßgebliche Kompetenzbegriff führt hier nicht weiter. Laut Weinert (2001) versteht man unter Kompetenzen, *„die bei Individuen verfügbaren oder durch sie erlernbaren Fähigkeiten und Fertigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen, sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen* [=willensmäßigen, E. O.] *und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, um die Problemlösungen in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können"*. Hans Peter Klein stellte klar, dass Kompetenzen damit lediglich ***Ergebnisse*** des Lernens beschreiben, aber keine Unterrichtsmethoden oder -strategien vorgeben. Das an die Adresse derjenigen, die mit der Durchsetzung eines kompetenzorientierten Unterrichts zugleich das Dogma vom Selbstorganisierten Lernen als dem einzig zulässigen Königsweg verkünden! Abgesehen davon ist der ***Anpassungsbereitschaft*** von durch die Arbeitsbedingungen manipulierbarem Personal damit Tür und Tor geöffnet.

Eindrucksvoll demonstrierte Hans Peter Klein an neueren Abiturprüfungsaufgaben aus NRW, wie mit der Einführung kompetenzorientierter Zielsetzungen zugleich ein Verfall des vermittelten Sachwissens im Fach Biologie vor sich geht. Immer weniger entsprächen so die in der Schule erworbenen Kenntnisse den Anforderungen an ein wissenschaftliches Studium, was sich nicht nur in entsprechenden Klagen der Hochschullehrer ausdrücke, sondern sich auch in horrende gestiegenen Durchfallquoten beispielweise bei den Ingenieurwissenschaften niederschlage. Der Druck, den in Absolventenzahlen gemessenen Output zu erhöhen, führt so zu Mogelpackungen bei der Justierung der Messlatten für die zu erbringende Leistung; nach H. P. Klein gibt es aus den USA darüber hinaus Beispiele dafür, dass diese Tendenz zum Selbstbetrug bis in die bewusste Täuschung münden kann (wie zum Beispiel im sogenannten Cheating scandal of Atlanta, wo eine große Zahl von Lehrkräften Ergebnisse zentraler Prüfungen fälschte, um dem Druck nach steigender Effizienz nachzukommen).

In Deutschland wächst mittlerweile der Widerstand gegen eine Entwicklung, durch die das Hochschulwesen schon erheblich geschädigt wurde und die dabei ist, im Schulsystem ähnlich desaströse Folgen zu bewirken. Diesen Widerstand gilt es zu verstärken und in breitere Kreise der Öffentlichkeit zu tragen.

Ernst Olbrich

Stellungnahmen zum Hessischen Kerncurriculum

„...ich gebe zu, dass mir anscheinend die Kompetenz fehlt, den Entwurf zu den Bildungsstandards ohne Gefährdung meiner biologischen Integrität vollständig zu lesen. Eine moderne Naturwissenschaft beruht auf Fachkenntnissen, ohne die Kompetenzen nicht erreichbar sind. Diese Fachkenntnisse sind nicht intrinsisch vorhanden wie der Entwurf glauben macht.

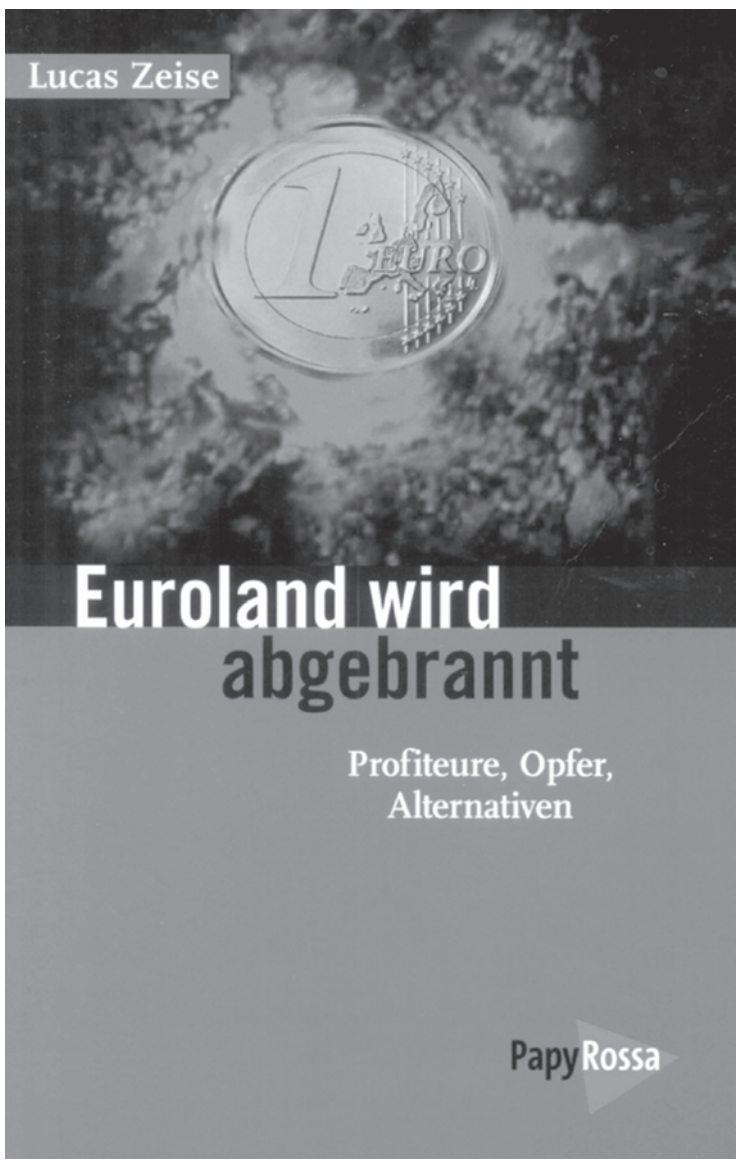
... werden fachliche Dinge behauptet, bei denen die Ersteller jegliche Fachkompetenz fehlen lassen: z.B. dass die Biologie ein Brückenfach zwischen Sozial- und Geisteswissenschaften einerseits und den Naturwissenschaften andererseits ist.

Es erscheint mir immer wahrscheinlicher, dass die Biologie als „weiche" Naturwissenschaft in den geisteswissenschaftlichen Bereich verschoben werden soll. Bürger mit „gefühltem Wissen" sind wesentlich leichter mit Worten manipulierbar.

Prof. Wolfgang Nellen, Kassel, Vorsitzender des hessischen Vbio

1 *Im Original: „Furthermore, the traditional German non-economic guiding principle of education stands in contrast to the orientational framework of the OECD..." (Übersetzung oben E. O.)*

Buchbesprechung
Euroland wird abgebrannt



Der Finanzjournalist Lucas Zeise, unter anderem Mitarbeiter der mittlerweile in Abwickelung begriffenen *Financial Times Deutschland*, der schon durch instruktive frühere Veröffentlichungen zur sogenannten Finanzkrise hervorgetreten ist, erweist sich in seiner neuesten Publikation als wohlinformierter Streiter gegen verbreitete Legenden, mit denen im Verlaufe der Eurokrise die Mainstreammedien geflutet werden. Von einem „Versagen der Politik" gegenüber der „Macht der Banken", so ein auch in Gewerkschaftskreisen geachteter Denkansatz, wird man daher bei Zeise nichts finden. Demgegenüber besteht der Autor auf der Systembedingtheit der Krisen im Kapitalismus, der dazu verdammt sei, sich in periodischen Abständen im Big Bang von Überproduktionskrisen wie derjenigen Ende der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts zu entladen, mit all ihren katastrophalen Folgen.

Zeise geht von der Herrschaft des – laut ihm – monopolistischen Finanzkapitals aus, das die ihm staatlicherseits verliehene Fähigkeit zur Kredit- und damit Geldschöpfung dazu einsetze, die im Spekulationsgeschäft wirkende Illusion des grenzenlosen Wachstums der Geld- und Profitmenge der Realwirtschaft als ihr Zwangsgesetz aufzuherrschen. Eine Gesetzmäßigkeit, die im Aufschwung die angebliche Überlegenheit dieser Wirtschaftsweise vorzutäuschen vermag, da *„der fiktive Reichtum der Spekulanten [bewirkt], dass die Gesellschaft, in der das stattfindet, real mehr Reichtum produziert und konsumiert."*

Zeise beschreibt, wie mit der weltweiten Durchsetzung des neoliberalen Regimes die Erhöhung der Kapitalrendite in radikalisierter Form zur alleinigen Leitlinie kapitalistischen Wirtschaftens wurde und damit ein globaler Rahmen gesetzt war, in dem die Kreation des Euro von vorneherein zur Schaffung eines europäischen Wirtschaftsmodells führte, in dem die ***Konkurrenz*** der teilnehmenden Staaten das jedem ökonomischen Verkehr zugrundeliegende Prinzip darstellte. Dem neoliberalen Dogma entspricht die Orientierung der Volkswirtschaften am Export als realökonomischem Geldbeschaffer par excellence. Genau darauf hin, nämlich den Erfolg im länderübergreifenden Export, wurde die Eurozone mit ihrem Abbau von Handelshemmnissen konstruiert, was sich aufgrund der vorliegenden Gegebenheiten vor allem zum Vorteil der großen und damit deutschen Kapitale auswirkte.

Zeise weist nach, dass die Konstruktionsfehler der Eurozone, die in den derzeitig vorliegenden Zustand ihrer inneren Zerrüttung geführt haben, Gegenstand bewusster politischer Planung waren und dass die bislang unerschütterte Bereitschaft zum Festhalten an den einmal gesetzten Prinzipien eine erfolgreiche Krisenbewältigung, wie sie vom maßgeblichen politischen Personal auch aus Gründen der eigenen Macherhaltung publikumswirksam suggeriert wird, als illusorisch erscheinen lässt.

Auch wenn man vielleicht nicht jeden analytischen Schritt Zeises mitzugehen bereit ist, stellt *„Euroland ist abgebrannt"* eine gut lesbare Übersicht über die im globalen Neoliberalismus und in seiner Euro-zonalen Ausprägung herrschenden Gesetzmäßigkeiten und die ihnen innewohnenden Folgen dar. Eine Pflichtlektüre für alle diejenigen, die sich aktiv gegen die als stets „alternativlos" behaupteten Brutalitäten des herrschenden Euroregimes stellen wollen!

Lucas Zeise, Euroland wird abgebrannt – Profiteure, Opfer, Alternativen, PapyRossa-Verlag Köln 2012, Euro 11,90

Ernst Olbrich

IGS-West als weiteres Finanzprodukt

GEW wirft der Stadt Einknicken vor Bankenlobbyismus, Missachtung ihres eigenen Revisionsamts und undemokratische Intransparenz vor.

Nachdem die GEW zwischenzeitlich alle Stadtverordneten und Fraktionen angeschrieben (und die Medien informiert) hat, zeichnet sich ab, dass die Regierungsfraktionen offensichtlich ein gutes Geschäft für die Banken (in diesem Fall über die LHI Leasing GmbH die Landesbank Baden-Württemberg und die Norddeutsche Landesbank) und ein schlechtes für die Stadt unter größtmöglichem Ausschluss der Öffentlichkeit und vermutlich größtmöglicher Unkenntnis des Stadtparlaments durchziehen wollen.

Dabei scheint man sogar (leider nicht zum ersten Mal) das eigene Revisionsamt außen vor zu lassen und mit unzureichenden Informationen zu versorgen.

Auf eine Vergleichsrechnung, die belegen soll, dass das Finanzprodukt günstiger für die Stadt ist als Bau und Betrieb der Schule in Eigenregie, wurde anscheinend gleich ganz verzichtet. Wie übrigens schon beim ersten Schul-PPP, dem Bildungszentrum Ostend.

Wie die Finanzierung einer Schule und deren Betrieb über ein PPP-Verfahren „outgesourced“ werden kann, ohne die Finanzen der Stadt nachhaltig zu beeinträchtigen, ist kaum vorstellbar, wenn man sich vergegenwärtigt, wie viele Firmen dabei absahnen wollen:

Zunächst verdienen allein 3 Beratungsunternehmen am Vorverfahren, dann die Stefano-GmbH, die den Zuschlag erhielt, dann die dahinter stehende LHI-Leasing-GmbH, dann deren Tochter LHI Capital Management GmbH, die deren Fondsprodukte vertreibt, die beiden Landesbanken (denen die LHI gehört) und die Anleger, die die Fonds-Anteile über 67 Mio Euro Finanzsumme schließlich kaufen. Dafür wird das Investitionsvolumen für die Schule von 25 Mio Euro auf 67 Mio Euro aufgebläht. Außerdem verdient die BAM Deutschland AG als Bauunternehmer und Bewirtschafter (wie schon beim Bildungszentrum Ostend).

Würde die Stadt für den Bau in Eigenregie stattdessen einen Kommunalkredit aufnehmen, müsste sie gegenwärtig knapp über 1% Zinsen bezahlen!

Die GEW fragt sich, warum die Stadt Finanzlobbyisten einen Gefallen tun möchte und fordert, das Abstimmungsverfahren in der Stadtverordnetenversammlung bis zu einer Klärung und Stellungnahme des Revisionsamts auszusetzen.

Die GEW hatte damit gerechnet, dass nach dem Scheitern des PPP-Brückenprojekts endlich Vernunft in den Römer einkehren würde und die Argumente gegen PPP und für Rekommunalisierung dort angekommen seien.
An die Adresse der Grünen gerichtet: Sieht so eine nachhaltige Finanzpolitik aus?
An die Adresse der SPD gerichtet: Sieht so eine demokratische Politik gegenüber der Bankenlobby aus?

Nachdem Bürgerinnen und Bürger in dreistelliger Milliardenhöhe für die Folgen der von der Finanzindustrie angerichteten weltweiten Krise haften müssen, sollte man von Kommunalpolitikern doch endlich erwarten können, dass sie nicht noch mehr öffentliche Gelder in Anlageformen der Banken leiten.

Zum Stichwort ‚Bürgerhaushalt‘: Warum wird nicht öffentlich dargelegt, weshalb dieses Finanzprodukt angeblich günstiger sein soll als Bau und Betrieb in Eigenregie?!
Wer kann noch daran glauben, dass es hier um das Wohl der Stadt und den verantwortlichen Umgang mit knappen Steuermitteln geht?

Presseerklärung des Bezirksverbands Frankfurt vom 09. 10. 2012

PPP – ein Scheunentor für Korruption

Veröffentlichung eines ELF Piraten-Antrags wird Opfer des § 24 HGO

Das Stadtschulamt verschafft mit der Integrierten Gesamtschule West (IGS West) privaten Investoren wieder einmal ein lukratives Geschäft auf Kosten der Steuerzahler. Im Rahmen eines Public-Private-Partnership (PPP) Projektes will sie die Schule planen, bauen, betreiben und unterhalten lassen. Die ELF Piraten Fraktion im Römer hat einen Antrag dagegen gestellt. Nach dem Willen der Fraktion soll die Schule schnell gebaut werden, aber nicht als PPP-Projekt. Diese Privatisierungsprojekte sind in den letzten Jahren aufgrund ihrer intransparenten Verträge, der langen Laufzeiten und ihrer Unwirtschaftlichkeit in Verruf geraten – ein Grund, warum sich der Magistrat ständig neue Fantasienamen dafür ausdenkt. Neusprech für PPP ist nun „Mietvertrag mit Bauerrichtungs- und Betriebsverpflichtung (MBV)“.

Die Verträge sind nicht einmal für die Stadtverordneten vollständig einsehbar, so dass eine informierte Entscheidung und Kontrolle unmöglich ist. „Der Magistrat hat vollendete Tatsachen geschaffen. Der Vertrag für das 67,5 Millionen Euro teure Schulprojekt wurde am Parlament vorbei entschieden, unterschrieben und zur Geheimsache erklärt. Wir tagen am Donnerstag unter Ausschluss der Öffentlichkeit, das ist eine Farce! Dabei werden die Eltern aus dem Frankfurter Westen als Druckmittel benutzt, um die SPD zum Einknicken zu bewegen“, so Martin Kliehm, Stadtverordneter der Piratenpartei.

„Ein Wirtschaftlichkeitsvergleich fehlt, das Revisionsamt wurde zu spät informiert, obwohl das Projekt schon im April 2011 ausgeschrieben wurde. Jetzt haben wir die Kosten für die nächsten 30 Jahre am Hals. Wir sehen ja im Landkreis Offenbach, wohin solche Projekte führen“, so Kliehm weiter. In Offenbach stiegen aufgrund von Unabwägbarkeiten die jährlichen Kosten für PPP-Schulen von 52 Millionen Euro im Jahre 2004 auf 78 Millionen im Jahr 2012. Der Kreis steht nun vor der Pleite, während der ehemalige Landrat Peter Walter Vorsitzender des Lobbyvereins „PPP Hessen/Thüringen“ geworden ist und Vorträge über die Vorzüge von PPP hält. Die Staatsanwaltschaft ermittelt in einem anderen Fall gegen ihn wegen Untreue im Amt. „Wir wollen nicht, dass Frankfurt ein zweites Offenbach wird“, betont Kliehm.

Fraktionsvorsitzender Herbert Förster ergänzt: „Nach unserer Einschätzung hätte die Stadt die Schule in konventioneller Weise günstiger planen, bauen und finanzieren können. Gegenüber dem Planungsamt herrscht bei einigen Dezernaten ein Misstrauen. Diese Parallelstrukturen sind ineffizient und kosten die Stadt ein Vermögen!“

Unterdessen ist die Website der Fraktion unter der Last an Anfragen zusammengebrochen. Das Büro der Stadtverordnetenversammlung hatte gebeten, den Antrag vom Netz zu nehmen, da sonst Ordnungsgelder bis zu 1000 Euro drohen würden. Die Stellungnahme der ELF Piraten dazu wurde so oft aufgerufen, dass der Server überlastet war. Mittlerweile ist der Antrag wieder sichtbar, denn darin werden überwiegend Dinge beschrieben, die ohnehin bereits in der Presse standen und somit öffentlich sind. Zur Sicherheit wurde der Antrag im Piratenwiki gespiegelt.

Publiziert am 10. Oktober 2012 von ELF Piraten Fraktion

Beide Fotos:

Öffentlichkeitsaktion der Privatisierungs-AG anlässlich der Stadtverordnetenversammlung am 15. 11. 2012 vor dem Frankfurter Römer

PPP – Projekte IGS West

„Wir brauchen Transparenz und keine Klientelpolitik à la Mappus!“

Der Frankfurter Magistrat will wieder einmal in einem Schnellverfahren ein PPP-Projekt verabschieden, das die Stadt für 30 Jahre an einen Vertrag bindet, dessen Risiken nicht abzuschätzen sind. Genauso wie bei den PPP-Projekten zuvor sollen die Stadtverordneten über etwas abstimmen, dessen Inhalt sie nicht kennen und dessen Tragweite sie überhaupt nicht einschätzen können. Für die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Carmen Thiele, ist das nicht hinnehmbar.

„Das Vorgehen des Magistrats ist ungeheuerlich. Nicht nur soll das PPP- Projekt zum Bau der IGS West in einem Schnellverfahren durchgepeitscht werden, es soll auch noch vertraulich behandelt werden. D.h. die Öffentlichkeit wird aus den Beratungen und der Abstimmung zu der Vorlage ausgeschlossen. Das Ganze hat mehr als ein `Geschmäckle´. Denn vieles bei diesem Geschäft ist unklar, was im Übrigen auch vom Revisionsamt bemängelt wird. So sind die vermeintlichen Vorteile für die Kommune zu bezweifeln, denn die Wirtschaftlichkeit dieses `Geschäfts´ ist aus unserer Sicht durch nichts belegt worden. Wurde vielleicht gar keine vergleichende Wirtschaftlichkeitsberechnung gemacht, oder ist sie so katastrophal ausgefallen, dass man sie den Stadtverordneten nicht zumuten kann, ohne die Abstimmung zu gefährden? Und, schließlich könnte die Stadt problemlos den Bau der IGS West über die Aufnahme von derzeit günstigen Kommunalkrediten finanzieren. Dafür brauchen wir keine ausgebufften PPP-Verträge, die über 30 Jahre laufen und nur den Beratern und Finanzinstituten Vorteile bringen.“

DIE LINKE. im Römer will darauf bestehen, dass die Vorlage des Magistrats zum PPP-Projekt im öffentlichen Teil der Plenarsitzung am 11. Oktober behandelt wird. Lothar Reininger, wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der LINKEN im Römer:

„Wir brauchen Transparenz und keine Klientelpolitik à la Mappus! Wenn es sein muss, werden wir eine namentliche Abstimmung beantragen. Denn es muss für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sein, wer die Interessen der Stadt vertritt und wer Klientelpolitik für PPP-Lobbyisten betreibt. Für uns als LINKE ist eines klar: Wir werden auf keinen Fall einem 30jährigen Vertrag mit einem Gesamtvolumen von über 65 Millionen Euro zustimmen, wo der Vertragspartner weniger als 10.000 Euro Bilanzsumme aufweist.

Presseerklärung der Linken Stadtverordnetenfraktion vom 10.10.2012

Die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit im Pädagogik-Studium

Benjamin Ortmeyer

Bildung bedeutet unter anderem, nicht nur einzelne Fakten zu kennen, sondern sich über die Geschichte der Menschheit bis in die Gegenwart in all ihren Facetten selbständig mehr und mehr Klarheit (und oft genug neue Unklarheiten zugleich) zu verschaffen. Der große Gelehrte des 17. Jh. Jan Ámos Komenský (Comenius) fasste dies in der Forderung zusammen, omnes omnia omnino excoli“: Allen Menschen möglichst alles allseitig zu lehren. Dieser Forderung nach allgemeiner und allseitiger Bildung gilt es nachzueifern. Zweifelsfrei ist die Geschichte der Menschheit einschließlich der Geschichte der NS-Zeit Teil der Allgemeinen Bildung. Da sind wir aber bei der Frage nach der Vorbereitung der später pädagogisch Handelnden auf ihren Beruf im Rahmen ihres Studiums, ihrer Bildung an den Universitäten, bei der Frage der Erziehungswissenschaften und Pädagogik überhaupt.

Gerade im Umgang mit Jugendlichen ist es wesentlich, dass gebildete Pädagoginnen und Pädagogen auch grundlegende Kenntnisse über die NS-Zeit besitzen. Es muss also tiefer angesetzt werden, die Beschäftigung mit dem NS-Regime muss Teil der Vorbereitung auf den Lehrberuf sein. Während in den Schulen laut Lehrplan immerhin die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit obligatorisch ist, existiert die – falsche – Vorstellung, dass sich zukünftige Lehrende nur, wenn sie später Geschichte unterrichten, mit der NS-Zeit auseinandersetzen müssten.

Um diesen Gedankengang zu verdeutlichen und öffentlich zu unterstreichen und um Möglichkeiten für weitere und vertiefte Möglichkeiten des „forschenden Lernens“ über die NS-Zeit zu schaffen, wurde ein größeres Projekt mit Studierenden der Erziehungswissenschaften an der Goethe-Universität in Frankfurt durchgeführt. Dabei ging es ausdrücklich nicht um spätere Geschichtslehrende. Ausgangspunkt war vielmehr, dass alle in einem Lehrberuf Tätigen sich im universitären Bildungsprozess nach der Schulzeit erneut mit der NS-Zeit und insbesondere mit den Verbrechen, der Ideologie und der Pädagogik der NS-Zeit auseinanderzusetzen haben, wenn sie als gebildete Pädagoginnen und Pädagogen später in die Auseinandersetzung mit Kindern und Jugendlichen treten, um dort Bildungsprozesse zu erleichtern und zu fördern.

Umfrage an der Frankfurter Goethe-Universität

Eine in diesem Projekt verankerte Fragebogenaktion diente nicht einfach der Erhebung von Daten, sondern verfolgte auch unmittelbar pädagogische Ziele. Die Studierenden wurden mit der Erfahrung des eigenen Nicht-Wissens produktiv konfrontiert („sokratische Methode“). Viele waren ernsthaft erschüttert, was sie alles nicht wussten. So konnte zu ihrer kritischen Selbsteinschätzung beigetragen werden und Interesse am Wissen über die NS-Zeit gefördert werden. Über 90% begrüßten diese Methode und unterstützten den Vorschlag, solche Fragebögen auch weiterhin in Vorlesungen einzusetzen. Bei ihnen sei so ein Interesse erwachsen, sich genauer mit den Verbrechen des NS-Regimes zu befassen.

Diese Erhebungen wurden nicht durchgeführt, um Studierende zu blamieren und über ihr mangelndes Wissen zu jammern. Ganz im Gegenteil, im Sinne der alten Sokratesmethode ging es darum, Impulse zu geben, Nichtwissen in Wissen zu verwandeln. Wir sind tatsächlich auf erhebliche Wissenslücken gestoßen. Die Zahl von 6 Millionen ermordeten Juden oder auch der Begriff Auschwitz sind zwar bekannt, aber fundierte Kenntnisse darüber hinaus fehlen.

Um wesentliche Beispiele zu nennen: die in der NS-Zeit vorhandenen Vernichtungslager waren weitgehend unbekannt, das gleiche gilt für die vom NS-Staat überfallenen Länder und die Zahl der dort Ermordeten. Stattdessen wird etwa die Zahl der in Deutschland lebenden und dann ermordeten Juden und Jüdinnen aus Deutschland viel zu hoch eingeschätzt. Mehr als 70% der Befragten gingen von mehreren Millionen Juden in Deutschland aus, dabei waren es in Wirklichkeit ca. 500.000. Die Dimension, dass aus ganz Europa Millionen Juden und hunderttausende Sinti/Roma zur Ermordung in Vernichtungslager verschleppt wurden, war keinesfalls fester Bestandteil ihres Wissens. Auch haben viele Studierende keine Kenntnisse über Vernichtungslager wie Treblinka, Sobibór, Chelmno und Belzec. Dieser Punkt betrifft das fehlende Verständnis für die Einmaligkeit des staatlich organisierten und industriell durchgeführten Massenmords an den Sinti und Roma und der jüdischen Bevölkerung während der NS-Zeit

Ein zweiter Punkt soll hervorgehoben werden: Das Ausmaß der Verbrechen in den von Deutschland besetzten Ländern ist nahezu ein schwarzes Loch. Über die Verbrechen in Griechenland aber auch in der Sowjetunion und in Ländern wie Norwegen und so weiter ist so gut wie nichts bekannt.

Daraus folgt, wenn die Prämisse akzeptiert ist, dass Kenntnisse über die NS-Zeit gerade für angehende Pädagoginnen und Pädagogen zur Allgemeinbildung gehören, dass die NS-Zeit in der Erziehungswissenschaft an den Universitäten systematisch *erneut* behandelt werden muss. „Erneut“ deshalb, weil die NS-Zeit vor Beginn des Studiums in den Schulen schon Thema war.

Für die Zugänge zum Wissen über die NS-Zeit gilt, dass neben Familie, Film und Fernsehen gerade die Schule zentralen Stellenwert hat. Ein großer Teil des Fragebogens bezog sich daher auf Schule und Unterricht.

In dieser Untersuchung zeigte sich auch, dass das weitverbreitete Märchen, dass Schülerinnen und Schüler das Thema NS angeblich gar nicht mehr hören könnten, weil es bis zum Überdruss immer wieder durchgekaut würde, in doppelter Hinsicht für Studierende nicht stimmt. Der wichtigste Punkt ist, dass die Studierenden im Rückblick auf ihre Schulzeit ganz im Gegenteil hervorhoben, dass der Unterricht umso besser gewesen sei, je intensiver sich die Lehrkräfte mit ihnen zusammen und auf vielfältige Weise mit dem Thema auseinandergesetzt hätten. Gleichzeitig ergab sich aber auch, dass ein wiederholtes kurzes, nur dozierendes und oberflächliches Anreißen des Themas negativ eingeschätzt wurde.

Bei der sozialempirischen Studie unter Pädagogik-Studierenden der Goethe-Universität ergab sich folgendes Bild: immerhin 45% der 321 Befragten gaben an, und begrüßten es ausdrücklich, dass es während ihrer Schulzeit besondere Projekte zur NS-Zeit gab und es auch zu Kontakten mit Überlebenden / Verfolgten des NS-Regimes kam. An dieser Stelle kann und muss auf die ungeheure Leistung der überlebenden Verfolgten des NS-Regime verwiesen werden, die noch im hohen Alter von über neunzig Jahren wie Trude Simonsohn und Irmgard Heydorn den Weg zu den Jugendlichen gehen.

Die Befragung der Pädagogik-Studierenden über ihre eigene Schulzeit, ihre eigenen Zugänge zur NS-Zeit, war ebenfalls auch ein Mittel, die Selbstreflexion zu erleichtern, um auch für die eigene pädagogische Arbeit in der Zukunft gut zu überlegen, wie Inhalt und Methode der Unterrichtung über die NS-Zeit kombiniert werden können.

NS-Zeit: Verbrechen – Ideologie – Pädagogik

Das Beharren auf der zentralen Bedeutung von Menschen- und Bürgerrechten im Kontext umfassender Bildung, die sich tendenziell gegen Hierarchie und Herrschaftsverhältnisse richtet, schließt Wissen und Bewusstsein über die Vorgeschichte und die Folgezeit des NS-Regimes und Wissen und Bewusstheit über die Strukturen der NS-Diktatur und der NS-Verbrechen mit ein.

Die Problematik, realistisch den Umfang und die wirkliche Bedeutung des Widerstands gegen das NS-Regime einzuschätzen, hängt eng mit dem Verständnis der Kombination von NS-Terror einerseits und NS-Indoktrination andererseits zusammen. Ergebnisse der NS-Diktatur sind nicht nur die welthistorischen Verbrechen, die im Begriff Shoah, Holocaust oder Auschwitz zusammengefasst sind, nicht nur die Kriegsverbrechen gegen andere Länder, die Verbrechen gegen Minderheiten und Opponenten in Deutschland, sondern ein zentrales Ergebnis der NS-Diktatur war eben auch die sogenannte „Volkserziehung“, vom Kleinkind bis zum Mitglied des Volkssturms, in Deutschland.

Die Problematik der Definition einer NS-Ideologie und einer spezifischen „NS-Moral“ kann nur erkannt werden, wenn der politisch koalitionäre Charakter des NS-Regimes auch auf ideologischem Gebiet verstanden wird: Es handelt sich bei der NS-Ideologie eben nicht um eine vollständige Neukonstruktion, sondern um eine spezifische Kombination von Ideologemen, sowohl aus der Geschichte der Philosophie und Pädagogik als auch aus der deutschen Geschichte. Die enorme Wirkungsmacht der NS-Ideologie auf immer größere Teile der deutschen Gesellschaft lässt sich nicht aus einem einzelnen Ideologem (sei es Antisemitismus, sei es Nationalismus, sei es der Führungsgedanke) heraus erklären, sondern aus der vom NS-Regime zusammengestellten und in verschiedenen Situationen variierten Kombination solcher Elemente.

Aufklärung lediglich über einzelne Elemente dieses Konglomerats in Theorie und Praxis reicht offensichtlich nicht, um das Gesamtsystem zu erfassen, also sowohl dessen Bestandteile als auch das Ganze zu erkennen. Sowohl die Teile als auch das Ganze der NS-Ideologie zu erfassen, ist aber eine der Voraussetzungen, um Bildungsprozesse als Teil einer emanzipatorischen und demokratischen Pädagogik zu entwickeln. Um mit Albert Einstein zu argumentieren: So einfach wie möglich, aber nicht einfacher. Es geht um die Aufklärung über die NS-Zeit als Teil der allgemeinen Bildung.

Hier liegt eine wesentliche Aufgabe universitärer Bildung: Die zukünftig in pädagogischen Berufen Arbeitenden sollten durch die gründliche Beschäftigung mit der NS-Zeit im Studium darauf vorbereitet werden, vielfältige Formen des forschenden Lernens bei Jugendlichen zu unterstützen und Aktivitäten zur Aufklärung über die NS-Zeit auch angesichts aktueller Entwicklungen zum festen Bestandteil schulischer und außerschulischer Bildung werden zu lassen.

Im Januar 2012 wurde das 2009 begonnene Lern- und Forschungsprojekt „Reflexionen über die NS-Zeit und über die NS-Pädagogik als Vorbereitung auf den Lehrberuf“ der Hans-Böckler-Stiftung an der Goethe-Universität abgeschlossen. U. a. wurden 24 Vortragskonzepte zur NS-Zeit in den Themenblöcken „Verbrechen – Ideologie – Pädagogik“ mit einem Zusatz zur Lage nach 1945 als Powerpoint-Präsentationen entwickelt und durch Vorschläge für einzusetzende „Schlüssel-Szenen“ (kurze Film- oder Audiosequenzen) ergänzt. Es handelt sich um Vorschläge für pädagogische Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Die Präsentationen sind so aufgebaut, dass es möglich ist, Themen anders zusammenzustellen, zu variieren oder zu ergänzen. Das gilt auch für die ausgewählten Schlüssel-Szenen, die als Diskussionsanregung, aber zum Teil auch als Gedächtnisanker dienen können. Die Materialien sind zu finden unter: *www.paedagogikundns.wordpress.com*

Nazi-Ideologie heute und die Bedeutung der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit

Die NSU-Morde und noch mehr die Zusammenarbeit der Nazis mit staatlichen Behörden, die rassistischen Übergriffe gerade auch aus Reihen der Polizei, die zunehmende Hetze gegen Sinti und Roma oder die Tatsache, dass es Politiker führender Parteien mit rassistischen Pamphleten in die Bestsellerlisten schaffen; der nachweislich sich verschärfende Antisemitismus, sei es in den Debatten um Israel oder angesichts diverser Verschwörungstheorien in Zeiten der Krise oder (…), ein wachsender sich als Party-Patriotismus tarnender Nationalismus oder auch der wieder aufkommende Militarismus (Bundeswehr an Schulen und Hochschulen) (…). Es lassen sich viele Beispiele finden, die zeigen: Elemente der Nazi-Ideologie sind nicht erledigt, sondern vielfach erschreckend alltäglich.

Umso wichtiger ist die Auseinandersetzung mit dieser Ideologie und das betrifft auch die historische Analyse und die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit. Es geht dabei nicht um die einfache und zudem falsche Gleichsetzung historischer Geschehnisse mit aktuellen. Allerdings will der Gedanke nicht verschwinden, dass man angesichts dessen, was passiert ist, doch schlauer sein könnte – oder das andernfalls nicht sein will.

Die historische Analyse und Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie und der Geschichte ist folglich nach wie vor wichtig. Die an der Goethe-Universität gegründete „Forschungsstelle NS-Pädagogik“, die von Apl. Prof. Dr. Benjamin Ortmeyer und Prof. Dr. Micha Brumlik geleitet wird, widmet sich dieser Aufgabe mit dem besonderen Fokus auf der Frage der Vermittlung und Wirkungsweise dieser Ideologie.

Ein Grundgedanke der Forschungsstelle ist es Forschung und Lehre stärker zu verbinden und Studierende direkter in die Forschungsarbeiten einzubeziehen. Aktuell geht es schwerpunktmäßig um die Analyse der NS-Propaganda anhand von NS-Zeitschriften.

Seit drei Jahren wurde für Studierende, aber auch für die gewerkschaftliche und sonstige Bildungsarbeit an der Goethe-Universität ein Konzept entwickelt, um mit Vorträgen und kurzen Videoausschnitten die Aufklärung über die NS-Zeit zu fördern. Neben der Vermittlung historischen Wissens geht es dabei immer wieder auch um aktuellere Fragen.

Um einen Überblick über die Bandbreite der behandelten Themenbereiche zu geben, sind im Folgenden einige Ausschnitte aus dem Angebot der frei zugänglichen Homepage angegeben, auf der sich weitere Materialien finden. *(http://paedagogikundns.wordpress.com/)* Ein Blick in die Vortragskonzepte und die hochgeladenen Video-Ausschnitte lohnt sich allemal.

Homepage der Forschungsstelle: *http://forschungsstelle.wordpress.com*

Vernichtung: *Berichte über die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Europa*
Tagebucheintrag Anne Franks vom 9.10.1942 und Mitschnitt einer BBC-Radiosendung vom 24.12.1942:
„Der letzte Akt der Judentragödie beginnt. In Massen wurden die übrig gebliebenen Juden – Greise, Frauen, Kinder – in unbeheizten Viehwagen nach den polnischen Ghettos verfrachtet. Unzählige gingen unterwegs zu Grunde an Erschöpfung und Hunger. Ganze Transportzüge wurden vergast. […] Millionen Menschen werden ausgerottet.“ (Video, 3:00)
Weitere Angebote auf der Homepage der Forschungsstelle und des GEW Bezirksverbands Frankfurt

Katha Rhein

Offener Brief an die Musterschule –
Keine Bundeswehr beim Berufsinformationstag!

Anlässlich der Einladung der Bundeswehr zu einem Berufsinformationstag an der Musterschule hat der Bezirksvorstand am 07. 11. 2012 den folgenden Brief an Schulleitung, Elternbeirat, Schülervertretung mit der Bitte um Weiterleitung an die Schulkonferenz und an den Personalrat der Musterschule geschrieben.

Der Schulleiter hat dies getan. In der Schulkonferenz sei mit deutlicher Mehrheit beschlossen worden, den Vertreter der Bundeswehr nicht auszuladen. Gleichzeitig habe man beschlossen, sich mit zeitlichem Abstand zum Berufsinformationstag noch einmal mit diesem Thema im Hinblick auf zukünftige Berufsinformationstage zu beschäftigen.

Es handele sich um keine Werbeveranstaltung für die Bundeswehr. Schülerinnen und Schülern werde lediglich die Möglichkeit gegeben, sich zu informieren. Es stehe den Schülerinnen und Schülern frei, an welchen Veranstaltungen sie im Rahmen des vom Schulelternbeirat organisierten Berufsinformationstages teilnehmen.

Demonstration „Bundeswehr raus aus dem Klassenzimmer“, Freiburg, 23. 01. 2010

Der Brief der GEW

Wir wurden von einem Kollegen darauf aufmerksam gemacht, dass an der Musterschule am kommenden Samstag im Rahmen eines Berufsinformationstages, der Schülerinnen und Schülern Wege ins Berufsleben zeigen soll, auch die Bundeswehr auftreten wird.

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass ein Berufsinformationstag eine sehr gute und wichtige Einrichtung für Jugendliche ist. Wir bitten Sie aber, nochmals zu überlegen, ob die Bundeswehr in diesem Zusammenhang gut platziert ist.

Die Bundeswehr ist kein „normaler“ Arbeitgeber. Sie tritt bei solchen Veranstaltungen nach unserer Kenntnis zwar als solcher auf und gibt vor, eine Super-Ausbildung zu optimalen Bedingungen mit perfekten Aufstiegs- und Zukunftschancen zu bieten. Manchmal hat man den Eindruck, dies finde auf einem großen Abenteuerspielplatz statt. In Wirklichkeit aber hat die Bundeswehr ihre Rolle als Verteidigungsarmee bereits in den 90er Jahren aufgegeben. Sie ist eine Armee im Einsatz, zur Sicherung wirtschaftlicher Interessen und sie bildet zum Töten aus. Wer sich bei ihr verpflichtet, läuft erhöhte Gefahr, selbst getötet zu werden oder mit einem posttraumatischen Belastungssyndrom nach einigen Monaten im Einsatz für sein ganzes Leben gezeichnet zurückzukommen. All dies wird bei Werbeauftritten der Bundeswehr verschwiegen.

Auf Ihrer Homepage haben wir gelesen, dass die Schulgemeinde der Musterschule sich zu friedlichem Miteinander der Kulturen bekennt. Eine Streitschlichtungsgruppe befasst sich damit, Streit „gründlich und gewaltfrei“ zu klären. Nur so kann es nach unserer Überzeugung gehen – auch im Zusammenleben der Völker. Leider steht die Bundeswehr nicht dafür, wenn sie dies auch nach außen hin behauptet. Wir erinnern nur an den Vorfall in Kundus, als ein Oberst Klein die Bevölkerung bombardieren ließ, die sich an einem liegen gebliebenen Lastwagen Treibstoff holen wollte. Herr Klein wurde für diese Fehlentscheidung aber nicht disziplinarisch zur Verantwortung gezogen, sondern wird im Gegenteil nun befördert!

Die Bundeswehr soll nach einem von Verfassungsrechtlern schwer kritisierten Urteil des Bundesverfassungsgerichts demnächst auch für Einsätze im Inland, also gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden.

Diese Vorgänge sind für uns Beispiele dafür, dass die Bundeswehr Instrument einer schleichenden Entdemokratisierung ist. Dagegen sollten wir uns stellen, vor allem auch im Interesse der Schülerinnen und Schüler, die den meisten Teil ihres Lebens noch vor sich haben und denen wir wünschen, dass sie dies in Frieden und unter demokratischen Bedingungen verbringen können.

Wir bitten Sie daher: **Laden Sie die Bundeswehr wieder aus!**

Nein zur Entsendung von deutschen „Patriot“-Staffeln in die Türkei!

Der GEW Bezirksverband Frankfurt/Main protestiert aufs Schärfste gegen die von der Bundesregierung beabsichtigte Entsendung von „Patriot“-Luftabwehrraketenstaffeln der Bundeswehr in das türkische Grenzgebiet zu Syrien.
Als Gewerkschaft, von der Regierung unabhängig und den Interessen der Arbeitnehmer verpflichtet, lehnen wir die Einmischung fremder Mächte in die Angelegenheiten der Völker Syriens und der Türkei ab!
Wir fordern deshalb die Abgeordneten des Bundestags, die „Vertreter des Volkes“, auf, einen Antrag der Bundesregierung auf das Mandat für den Bundeswehreinsatz in der Türkei abzulehnen.

Diese Anzeige wurde von Lehrer/innen der Ernst-Reuter-Schule II verfasst und finanziert.
ViSdHPR: Katja Weber

Gemeinsamer Unterricht soll bleiben

Förderlehrer Freddy von der Ernst-Reuter-Schule II hat bisher in seiner Klasse Sport und GL unterrichtet. Es hat allen Spaß gemacht.

Jetzt darf er nicht mehr. Dafür soll er andere Lehrer/innen (die er nicht kennt) an anderen Schulen beraten, wie sie mit Kindern (die er nicht kennt) arbeiten sollen. Das verschafft ihm einen Albtraum.

Das ist der Albtraum: Die Ministerin erklärt: Wenn Ihr Kind Zahnschmerzen hat, gehen Sie zum Augenarzt. Augenärzte werden jetzt vier Stunden in der Woche von Zahnärzten beraten. Das ist gut so, oder?

Förderschülerin Giova ist jetzt in der 9. Klasse und will in der 10. Klasse ihren Hauptschulabschluss machen. Sie hat hart dafür gearbeitet mit ihrer Förderschullehrerin Sonja. Die ist aber nicht mehr an der Schule, dafür darf sie jetzt (Augenärzte), Verzeihung, andere Lehrerinnen beraten, die Förderschüler / innen unterrichten sollen, aber dafür nicht ausgebildet sind. Giova versteht das nicht. Sonst irgendjemand?

IIjana hat ein behindertes Kind und will es auf die Ernst-Reuter-Schule schicken. Ihre Freundin Yeliz hat dort eine Tochter in einer Klasse mit behinderten und nichtbehinderten Kindern. Da sind 22 Kinder und es tut allen gut. Die neue Klasse mit IIjanas Kind soll 26 Kinder aufnehmen. IIjana hält das für keine Verbesserung. Wer tut das schon?

Diese Inklusion brauchen wir nicht!

Die Ernst-Reuter-Schule II als Schule mit Gemeinsamem Unterricht soll erhalten bleiben.
Verschlimmbesserungen helfen weder Kindern (und Eltern) noch Lehrer/innen.

Für das Weiterbestehen der Frankfurter Rundschau –
Solidarität mit den Beschäftigten

Der Bezirksvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften erklärt seine Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen der Frankfurter Rundschau, die während der letzten zehn Jahre in einem beispiellosen Prozess des Stellenabbaus und der Verschlechterung ihrer Arbeits- und Einkommensbedingungen einen über jedes zumutbare Maß hinausgehenden Beitrag zum Erhalt des Drucks- und Verlagshauses der FR geleistet haben.

Die Frankfurter Rundschau ist dank ihrer jahrzehntelangen Tradition kritischer Berichterstattung und der Bereitschaft, virulente soziale und politische Themen anzugehen, aus der Frankfurter und deutschen Medienlandschaft nicht wegzudenken. Mit dem kürzlich gestellten Insolvenzantrag droht nun die Einstellung eines Mediums, das gerade auch in Frankfurt selbst kritischen Diskussionen ein Forum eingeräumt hat, das wir als für die demokratische Öffentlichkeit unverzichtbar halten.

Die GEW Frankfurt fordert daher die Gesellschafter der Medienholding dazu auf, sich im Insolvenzverfahren für eine Weiterführung der FR einzusetzen und damit zu gewährleisten, dass die bestehende Situation nicht weiter auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen und dem demokratischen Meinungspluralismus ein irreparabler Schlag versetzt wird.

DGB-SeniorInnen Frankfurt
Bildungsprogramm 2013
„Aktiv und solidarisch im Alter“

Die DGB-Seniorinnen und Senioren beteiligen sich an der Sicherung des Friedens und der Wahrnehmung der Interessen der Seniorinnen und Senioren sowie an Aktionen und Veranstaltungen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Die DGB-Seniorinnen und Senioren werden bei Problemen, die uns alle angehen, über die Mitgliedsgewerkschaften reagieren und handeln.
Vorsitzender der DGB-Seniorinnen und Senioren: Karl Steiss, ver.di, Stellvertretender Vorsitzender: Hellfried Graf, GEW
Durch aktuelle Anlässe können Themen verändert und Termine verschoben werden!
Kontaktaufnahme und Anmeldungen zu allen Veranstaltungen bitte an den DGB Stadtverband Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt/Main, Telefon: 069-273005-0, Fax: 069-273005-79, Email: Horst.Koch -Panzner@dgb.de.

- 30. Januar; 14.30 Uhr: Neuere Entwicklung des Rechtsextremismus in Europa und Präsentation des Internetportals Gedenkorte in Europa 1939-1945, Horst Schmitthenner, Hermann Unterhinninghhofen, Studienkreis Deutscher Widerstand, Frankfurt
- 27. Februar, 14.30 Uhr: Inside Steuerfahndung: Ein Steuerfahnder spricht über die Methoden Frank Wehrheim, Steuerfahnder a. D.
- 09. - 10. März: Wer, wenn nicht wir, aktiv für die Interessen der SeniorInnen Seminar mit Arbeit und Leben Frankfurt am Main
- 27. März, 14.30 Uhr: Ist die Realisierung einer Nachhaltigen Energieversorgung gegeben? Hartmut Plötz, ver.di
- 24. April, 10.00 - 14.00 Uhr: Wie ist die Situation in der gesetzlichen Pflege in Frankfurt? Besuch des August-Stinz Zentrums mit Dr. Jürgen Richter, AWO-Frankfurt
- 29. Mai, 14.30 Uhr: Auswirkungen der Energiewende auf die Arbeitsbedingungen der lohnabhängig Beschäftigten, Liv Dizinger, DGB-Bezirk Hessen-Thüringen
- 26. Juni, 10.00 - 17.00 Uhr: Besuch des Hessenparks Führung und Gespräch mit dem Geschäftsführer Jens Scheller
- 28. - 30. Juni, 9.00 Uhr, ab DGB-Haus Frankfurt: „Eine Reise in die Vergangenheit“ Seminar in der Gedenkstätte KZ-Buchenwald/Weimar, Horst Koch-Panzner
- 28. August 10.00 Uhr, ab DGB-Haus Frankfurt: Antifaschistische Taunusrundfahrt Horst Koch-Panzner und Bernd Vorlaeufer-Germer
- 25. September, 14.30 Uhr: Revolutionen im Nahen Osten - Was folgt daraus? Willi van Ooyen, Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt am Main
- 31. Oktober, 14.30 Uhr: Gesundheit im Alter - Wie ernähre ich mich richtig? AOK Frankfurt am Main
- 09. - 10. November: Wer, wenn nicht wir, aktiv für die Interessen der SeniorInnen Seminar mit Arbeit und Leben Frankfurt am Main
- 28. November, 14.30 Uhr: Der neue Bundestag ist gewählt – Wie weiter in der Gesundheits- und Rentenpolitik? Brigitte Baki, DGB-Bezirk Hessen-Thüringen
- 12. Dezember: 14.30 Uhr, Jahresabschluss mit Kultur

Grundsätzlich finden die Veranstaltungen im Willi-Richter-Saal, Foyer des DGB Hauses in Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen!

Den Redaktionschluss der nächsten FLZ finden Sie demnächst auf unserer Homepage: *www.gew-frankfurt.de*